Otto Hammann

ur Vorgeschichte des Weltkrieges

943.08 N224

DUKE UNIVERSITY LIBRARY
DURHAM, N. C.

Rec'd Sept. 28, 1926
Library Budget
Fund

Digitized by the Internet Archive
in 2018 with funding from
Duke University Libraries

https://archive.org/details/zurvorgeschichte01hamm_0

Zur Vorgeschichte des Weltkrieges

Erinnerungen aus den Jahren 1897–1906

von

Otto Hammann

C

1918

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

84225

Alle Rechte vorbehalten
Copyright by Reimar Hobbing, Berlin

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin SW 48

9/28/16
Budget f.
Champagne
$1.50
943.08
H224

Inhalt.

Seite

I. Der neue Staatssekretär 1

Vom Palazzo Caffarelli nach der Deckerschen Villa. — Bernhard v. Bülow kommt gern nach Berlin. — Besuch in Friedrichsruh. — Reisen mit dem Kaiser. — Der Weltmann Bülow und der einsame Sonderling Holstein. — Die Kretafrage. — Das französische Gelbbuch. — Zauderpolitik Englands und Frankreichs. — Abneigung der russischen Politik gegen die Rückkehr nach Europa. — Kiautschou. — Bülows erstes Auftreten im Reichstag. — Die berühmte Stelle von der Flöte. — Lob der Bismarckblätter. — Die ersten englischen Annäherungsversuche.

II. Bismarcks Vermächtnis 18

Worte und Taten. — Historischer Rückblick. — Bismarcks Jugendtraum. — Die ersten diplomatischen Großtaten. — Der cauchemar des coalitions nach der Reichsgründung. — Grundlinien seiner Staatskunst 1870—1890. — Am Ende Hinneigung zu engerer Freundschaft mit England. — Ringen mit dem historisch-politischen Schicksal des Landes der Mitte. — Bismarck im Ruhestande. — Seine Mahnungen, im Innern: Achtung der Sozialdemokratie, im Äußern: Rückkehr zu Rußland. — H. Oncken und L. Raschdau über den Rückversicherungsvertrag. — Dostojewski über die verhängnisvolle Bestimmung Deutschlands. — Der entamtete Kämpfer und der neue Polenkurs. — Frühere Gedanken über eine Lostrennung Kongreßpolens. — Das Gespräch mit dem Grafen St. Vallier. — Die Hamburger Nachrichten über England. — Die Vermutung des Grafen Monts. — Wie die unverbrüchliche Russenfreundschaft zum Dogma wurde. — Der hervorspringende Punkt in den Erinnerungen des Altreichskanzlers. — Schwerstes Hindernis für eine deutsch-englische Allianz.

84225

III. Deutschland und England 1898–1900 45

Diplomatische Händel, Feldzüge und drohende Kämpfe im englischen Kolonialreich. — Ende der splendid isolation. — Chamberlain regt vertraulich englisch-deutsche Verständigung an. — Hatzfeldts Antwort. — Das Abkommen über die portugiesischen Besitzungen. — Unerfüllte Hoffnungen. — Der sog. Windsorvertrag von 1899. — Aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky. — Sir Edward Grey verlangt Veröffentlichung des Windsorvertrages. — Das Ende der Dreiherrschaft auf den Samoainseln. — Alldeutscher Lärm. — „Reichsverräter" Bülow. — Der Burenkrieg. — Gegen die Gefühlspolitik. — Die beiden russischen Versuche der Einmischung gegen England. — Dank des Prinzen von Wales für die deutsche Haltung. — Die chinesischen Boxerwirren. — Waldersee Oberbefehlshaber. — Der Yangtsevertrag.

IV. Kanzlerwechsel 65

Der hochbetagte Fürst Hohenlohe. — Nur noch stark in der Abwehr unvernünftiger Maßregeln. — Ein peinlicher Vorfall im Reichstag. — Prinz Alexander Hohenlohe, Minister Thielen und A. v. Huhn raten zum Rücktritt. — Die sanfteste aller Kanzlerkrisen. — Der neue Kanzler. — „Er macht's nicht lange." — Umbau des Kanzlerhauses. — Gräfin v. Bülow. — Der erste große Empfang. — Bülow und Büchmann. — Vorbereitung der Kanzlerreden. — Der „geschickte Menschenfänger". — Die alldeutschen Speere. — Optimist, Eklektiker und Opportunist. — Die Arbeitslast des Kanzlers. — Bülow und die Sozialdemokratie. — War er ein schöpferischer Staatsmann? — Geführt aber hat er.

V. Das englische Bündnisangebot 1901 81

Gespräch auf dem Lande mit Chamberlain. — Drohung oder Bluff? — Reise des Kaisers an das Sterbelager der Königin Victoria. — Das Nachspiel zum Yangtsevertrag. —

Trotzdem Salisbury einem Bündnis geneigt. — Holsteins Idee von der Fünfergruppe. — Aus Briefen Holsteins. — Fühlung mit Hayaschi. — Baron Eckardtstein und Graf Hatzfeldt. — Salisbury will nicht in Wien verhandeln. — Die Besprechungen schlafen ein. — Delcassés Marokkopolitik. — Englische Anregung zu gemeinsamem Vorgehen in Marokko. — Berlin lehnt wieder ab. — Wir wußten nichts von stillen Riffen. — Die unüberspringbare Hürde. — Wachsen der feindseligen Stimmung hüben und drüben. — Bündnis von Volk zu Volk kaum mehr möglich. — Schuld der Holsteinschen Thesenpolitik an der Ablehnung des Marokkoangebots.

VI. Das System der Gegengewichte 96

Die russische und die englische Gruppe in Tokio. — König Eduard wünscht dauernde Verständigung mit Japan. — Hayaschi in London und Ito in Petersburg. — Der englisch-japanische Bündnisvertrag. — Warum Deutschland nicht beteiligt war. — Der russisch-französische Gegenzug ein Scheinmanöver. — Tertius gaudens oder Tertius patiens? — England „bewilligt" Bündnisse. — Erneuerung des Dreibunds. — Französische Wühlarbeit in Italien. — Der Franzosenfreund Prinetti. — Warum Italien im Dreibund blieb. — Frohlocken Delcassés in der Deputiertenkammer. — Noch ist das System der Gegengewichte scheinbar im guten Gang. — König Eduard in Paris. — Die widersinnig gekuppelten Pferde. — Die stillen Riffe kommen zum Vorschein.

VII. Vor der Marokkokrisis 113

Bemühungen des Grafen Bernstorff in London gegen den Strom. — Der Admiral of the Atlantic. — Die deutschfeindliche Haltung der Times. — Der bekannte Herr v. Wesselitzki. — Mr. Harmsworth (später Lord Northcliffe). — Die vereitelte Audienz der Burengenerale beim Kaiser. — Englische Erregung gegen das gemeinsame Vorgehen im Bene-

zuelastreit. — Beginn der entente cordiale. — Präsident Loubet in London. — Der französisch-spanische Marokkovertrag 1903. — Fürst Uchtomski über die russische Selbstbescheidung im europäischen Orient. — Besuch des Zaren in Wien. — Warum er nicht nach Rom ging. — Delcassé und die Wacht an der Weichsel. — Das französisch-englische Kolonialabkommen vom 8. April 1904. — Das Projekt einer Begegnung des Kaisers mit Loubet in den italienischen Gewässern. — König Eduard in Kiel. — Graf Seckendorf und die Bülowreden über England. — Holstein verlangt einen anderen Staatssekretär. — Zerwürfnis mit Bülow und Entlassungsgesuch.

VIII. Um Algeciras 130

Die französisch-spanische Erklärung über Marokko vom 5. Oktober 1904 und der geheime Teilungsvertrag. — Klein beigeben oder auftrumpfen? — Mission des Gesandten Saint René Taillandier nach Fez. — Die Kaiserfahrt nach Tanger. — Delcassés Enthüllung über die 100 000 Engländer an der schleswig-holsteinischen Küste. — Verleihung der Fürstenwürde an Bülow. — Holstein will mit Krieg in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung drohen. — Warum Jaurès nicht nach Berlin kam. — Der versöhnliche Rouvier. — Die Sendung Rosens nach Paris. — Die rauhen Methoden und ihr psychologischer Fehler. — Holsteins Geiseltheorie. — Der Björkövertrag. — Tirpitz und Galster. — Frankreichs diplomatische und publizistische Rüstung. — Die Sackgasse von Algeciras. — Ni vainqueurs ni vaincus. — Holsteinkrisis und Kanzlerohnmacht. — „Das war uns Marokko nicht wert." — Der mißverstandene Bismarck.

Nachwort 153

Brief des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury . . 154

Namenverzeichnis 160

I. Der neue Staatssekretär.

Der Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes ist nur von wenigen seiner Inhaber vorher begehrt worden. Wer schon die Kaiserliche Majestät bei einer Großmacht vertreten hatte oder hoffen durfte, alsbald Botschafter zu werden, der konnte sich schwerlich nach einer Stellung sehnen, die ihn in unmittelbare Abhängigkeit vom Reichskanzler brachte, mit den Sorgen und Mühen der Leitung einer großen, weitverzweigten Behörde belastete und obendrein noch in den Bezügen um reichlich die Hälfte schlechter stellte als bisher. Für manchen nur an den Verkehr auf glattem Parkett gewöhnten und mit Wort und Feder in vertraulichen Unterhaltungen und Berichten geübten hohen Diplomaten konnte auch die Aussicht nicht verlockend sein, in der parlamentarischen Arena Rede und Antwort stehen zu müssen. Bei der Übersiedelung des Bülowschen Ehepaares von dem Palazzo Caffarelli in der ewigen Stadt nach der einfachen, vorzeiten für einen Junggesellen erbauten Villa im Garten der Wilhelmstraße 75 kam der weite Abstand in den äußeren Annehmlichkeiten trefflich in dem stolzen Wort des französischen Kochs zum Ausdruck, der auf die Frage, ob er der Herrschaft nach Berlin folgen werde, erwiderte: „Quand on a partagé les beaux jours de ses maîtres, on ne doit pas les quitter dans la misère."

Als fünfzehn Jahre später nach viermaligem Wechsel auf dem Posten des Staatssekretärs ein Nachfolger für den jäh dahingeschiedenen Herrn von Kiderlen-Wächter gesucht wurde, bedurfte es langen Zuredens und wiederholter kaiserlicher Willensäußerung, um den in ungewöhnlich schneller Laufbahn zu einem Botschafterposten aufgestiegenen Herrn v. Jagow zum Verlassen des Palazzo Caffarelli zu bestimmen. Der geistig hochstehende Mann aus altpreußischem Junkergeschlecht fühlte sich körperlich der schweren

Aufgabe eines Leiters des Auswärtigen Amts, dessen Betrieb er als Vortragender Rat kennengelernt hatte, nicht gewachsen, war auch bei seiner Anlage zur Kritik selbstkritisch genug, um zu wissen, daß mancher andere nach seinen menschlichen Eigenschaften ebensogut und besser geeignet wäre, einen so großen, im In- und Ausland wirkenden Beamtenkörper zu beherrschen und nach außen kräftig zu vertreten.

Bernhard von Bülow dagegen sträubte sich nicht gegen die Last von Arbeit und Verantwortung, er verließ die große und in jeder Beziehung angenehme Stellung, die er sich in Rom erworben, ohne übermäßiges Bedauern und ging bereitwillig und gern nach Berlin. Für ihn lagen auch die Verhältnisse in jeder Hinsicht günstiger als in irgendeinem anderen Falle. Seine diplomatische Erfahrung, seine Kenntnis der internationalen europäischen Welt, sein von jedem Vorurteil freies Verständnis für alles Menschliche, alte enge Beziehungen zum kaiserlichen Hofe — auch sein hochbegabter, bei einer Schleppjagd in Hessen-Darmstadt (Herbst 1897) verunglückter Bruder, Flügeladjutant Generalmajor v. Bülow, stand in höchster Gunst —, vor allem aber sein vom Vater, der „heiligen Kraft" unter Bismarck im Auswärtigen Amt, überkommener eiserner Fleiß durften ihm das feste Zutrauen einflößen, daß er alsbald gegenüber dem unter hohen Jahren schon ganz ermüdeten Kanzler Fürsten Hohenlohe vollsten Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Politik erlangen werde. Ferner machte ihm das Auftreten im Reichstage keine Sorgen. Bei seiner geistigen Behendigkeit und der Beherrschung des Ausdrucks bedurfte es nur der Schulung in den parlamentarischen Gebräuchen, um einen Redner zu bilden, der sich vor keiner Debatte zu fürchten brauchte. Endlich war er bisher glücklich im Strom des Lebens geschwommen. Wenn es gelang, im auswärtigen Geschäfte Erfolge zu erzielen, den Einfluß auf den Kaiser zu stärken und mit dem Reichstage gut auszukommen, so war damit bei dem nächsten, doch binnen kurzer Zeit bevorstehenden Kanzlerwechsel für den Nachfolger Marschalls die beste Anwartschaft auf den höchsten Beamtenposten im Reiche vorhanden. Einer solchen Berechnung brauchte kein gewöhnliches Strebertum zugrunde zu liegen. Man denke nur an Treitschkes Wort von dem „massiven Egoismus",

der leidenschaftlichen Freude am Erfolg, die jedem bedeutenden Staatsmann eigen sein müsse.

Am 25. Juni 1897 wurde Bernhard v. Bülow in Kiel der Posten des Staatssekretärs übertragen, zunächst sollte er den beurlaubten Freiherrn v. Marschall vertreten und die Geschäfte erst im Oktober endgültig übernehmen. Auf der Rückreise nach Berlin machte er gemeinsam mit dem Kanzler Fürsten Hohenlohe dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch. Unter dem Fürsten Bismarck war Bülow während des Berliner Kongresses im Auswärtigen Amt beschäftigt, darauf als zweiter und erster Botschaftssekretär in Paris tätig gewesen, 1884 nach Petersburg versetzt und 1888 zum Gesandten in Bukarest ernannt worden. Von da kam er im letzten Jahre der Caprivizeit als Botschafter nach Rom. Dabei wurde von der allgemeinen Regel abgewichen, daß das Reich auf ausländischen Missionen nicht von Diplomaten vertreten werden soll, die mit einer Tochter dieses Landes verheiratet sind. Die Folge bewies, daß in diesem Falle die Ausnahme nicht nur unbedenklich, sondern auch nützlich war. Frau v. Bülow geb. Prinzessin di Camporeale, durch ihre frühere Ehe mit dem Grafen Dönhoff schon Deutsche geworden, mit dem künstlerischen und geistigen Leben in Deutschland eng vertraut, erleichterte es ihrem Gatten, bald in allen Kreisen, der deutschen Kolonie sowohl wie am Hofe König Humberts und in der römischen Gesellschaft, Ansehen und Einfluß zu gewinnen.

Zur Zeit des Besuches in Friedrichsruh war die tiefe Verstimmung, die nach der Enthüllung der Hamburger Nachrichten über den nach Bismarcks Abgang nicht erneuerten deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag in Berlin bei Kaiser und Kanzler entstanden war, wieder gewichen. Auch Fürst Bismarck war milder gestimmt, da nun die Entfernung von Böttichers und Freiherrn v. Marschalls aus ihren Ämtern, wie er es schon beim ersten Besuch Hohenlohes in Friedrichsruh (1895) angeraten hatte, zur Tatsache werden sollte, und besonders konnte es ihn befriedigen, daß ein Diplomat der alten Schule berufen war, an die Spitze des Auswärtigen Amtes zu treten. So fiel mit dem Ende des neuen Kurses das Ende der sog. Bismarckfronde zusammen, und diese lebte auch bis zum Tode des Altreichskanzlers nicht wieder auf.

Für Bülow aber war der Besuch in Friedrichsruh der würdigste Beginn einer zwölfjährigen Periode deutscher Geschichte, die seinen Namen trägt.

Alsbald nach Übernahme der Geschäfte in Berlin ging der neu erwählte Staatssekretär auf ein paar Wochen zur Erholung nach dem Semmering. Im August begleitete er den Kaiser von Kiel nach Petersburg. In dem Reiseprogramm war ursprünglich nur die Begleitung durch den Fürsten Hohenlohe vorgesehen. Der Kaiser hielt es jedoch für gut, daß auch Herr v. Bülow bei dem Besuche am Zarenhofe zugegen sei. Um dem achtzigjährigen Fürsten Hohenlohe die Beschwerlichkeiten der Seefahrt zu ersparen, stieß dieser auf dem Landwege erst in Narwa zu dem kaiserlichen Gefolge.

An den Besuch in Petersburg schlossen sich im September Begegnungen des Kaisers mit dem König Humbert von Italien bei den deutschen Manövern in Hessen, und mit dem Kaiser Franz Josef bei den österreichisch-ungarischen Manövern in Totis in Ungarn an, bei denen Herr v. Bülow ebenfalls einen bevorzugten Platz in der Umgebung des Kaisers einnahm. Bülow nahm diese günstigen Gelegenheiten wahr, um das Vertrauen der mit dem Kaiser befreundeten und verbündeten Monarchen in seine Person zu befestigen. Die erste Aufgabe nach seiner endgültigen Ernennung zum Staatssekretär im Oktober war, bei dem größeren Stellenwechsel auf den diplomatischen Posten, der durch seine Versetzung von Rom nach Berlin veranlaßt war, seinen Einfluß geltend zu machen. Bülow war sich von vornherein klar darüber und sprach es auch gelegentlich zu mir aus, daß er allmählich drei Dinge fest in seine Hand bekommen müsse: die Personalien, die Presse und die politische Polizei. Er wußte auch genau, daß es dabei namentlich in der Frage der Personalien nicht ohne Reibungen mit seinem alten Freunde v. Holstein abgehen würde. Es galt, sich dessen außerordentliche Arbeitskraft im diplomatischen Geschäft zu bewahren und zugleich seinen Machteifer, seinen stets regen Argwohn vor Intrigen und seine Absonderlichkeiten in der Beurteilung von Menschen zu hemmen. Die Aufgabe erforderte größte Geschicklichkeit und Geduld und führte zu mancherlei Komödien, in denen sich der in der Kunst der Menschen-

behandlung geübte Weltmann als der überlegene Spieler gegenüber dem innerlich einsamen Sonderling erwies. Bei dem ersten großen Stellenwechsel im Oktober 1897 wurde die Empfindlichkeit Holsteins noch geschont. Ein Jahr später kam es schon bei einer gleichen Veranlassung zu einem Zerwürfnis, das erst nach achtwöchiger Abwesenheit Holsteins vom Amte wieder eingerenkt wurde. Wieviel Nervenkraft Bülow die Mühe kostete, die Leistungen dieses Mitarbeiters dem Dienst zu erhalten und seine gefährlichen Eigenheiten zu zügeln, wird sich später noch zeigen.

Nach Rom kam Graf Saurma, bisher Botschafter in Konstantinopel, sein Nachfolger wurde der bisherige Staatssekretär Freiherr v. Marschall. Zum Unterstaatssekretär wählte sich Bülow an Stelle des Freiherrn v. Rotenhan den fleißigen, in wirtschaftlichen Fragen bewanderten und in parlamentarischen Kreisen wohlgelittenen bisherigen Kolonialdirektor Freiherrn v. Richthofen aus. Freiherr v. Rotenhan ging nach Bern, Graf Tattenbach von Bern nach Lissabon, Freiherr v. Derenthal von da nach Stuttgart, Herr v. Holleben von da als Botschafter nach Washington. Der Posten in Washington war dadurch frei geworden, daß der Botschafter Freiherr v. Thielmann als Nachfolger des Grafen v. Posadowsky Reichsschatzsekretär wurde. Der Übergang von der Diplomatie zu Zöllen und Steuern erklärte sich daraus, daß sich Freiherr v. Thielmann, ein weltkundiger, die wirtschaftlichen Fragen beherrschender scharfsinniger Mann, bei den Verhandlungen über den ersten langfristigen Handelsvertrag mit Rußland (1893—1894) verdient gemacht hatte. Auf der außerordentlichen Kräftigung, die der Vertrag wie überhaupt die Caprivische Tarifpolitik der deutschen Industrie verschaffte, beruhen zum Teil ihre unvergleichlichen Leistungen im Weltkrieg.

Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen stand nur eine wichtige Angelegenheit im Vordergrund, die Liquidation des griechisch-türkischen Krieges um Kreta, sonst war ziemlich ebene Sicht. Aber auch die Kretafrage hatte nicht mehr dasselbe bedrohliche Aussehen wie zu Anfang des Jahres 1897, und an ihrer Behandlung unter dem Vorgänger Bülows brauchte nichts Wesentliches geändert zu werden. Am besten unterrichtete über die damalige Gruppierung der Mächte das französische Gelbbuch, das

der Minister des Auswärtigen Hanotaux im Juli 1897 erscheinen ließ. Nach dem Gelbbuch stellte sich die Tätigkeit der Diplomatie bis zu der auf Bitten des geschlagenen Griechenlands von allen Großmächten unternommenen Intervention wie folgt dar:

Ende Januar 1897 wird die Gärung auf der Insel Kreta bedrohlich. In den Küstenorten Kanea, Kandia und Rathymo hat sich die muselmännische Bevölkerung erhoben, im Innern streifen, aufgereizt durch griechische Komitees, christliche Banden umher. Die fremden Konsuln nehmen die Hilfe der Kriegsschiffe zum Schutze der fremden Untertanen in Anspruch. Griechenland schickt Anfang Februar Schiffe nach Kreta, unter großem Lärm verlangen die Griechen die Einverleibung der Insel, wo ganze mohammedanische Dörfer christlichen Sengern, Brennern und Plünderern zum Opfer fallen. Am 10. und 11. Februar erklärt der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Marschall, dem französischen Botschafter Marquis Noailles, die deutsche Regierung halte es für am wirksamsten, Griechenland sofort die Rückberufung seiner Kriegsschiffe aufzuerlegen, sie werde sich jeder energischen Maßregel der andern Mächte anschließen. Dulde man die griechische Annexion, so werde der Status quo der Türkei auch auf dem Balkan bedroht. Nachdem man den Sultan an der Entsendung von Truppen nach Kreta gehindert habe, müsse man gegen die Räuberei Griechenlands einschreiten.

Am 13. Februar Anweisung an die russische Flotte vor Kreta, jeden feindseligen Akt der griechischen Schiffe zu verhindern. Deutschland schließt sich sofort an für das von ihm entsandte Schiff „Kaiserin Augusta".

Am 14. Februar Besuch Kaiser Wilhelms bei dem Marquis Noailles. Seine Majestät hält eine Blockade des Piräus für das geeignetste Mittel, nachdem die griechische Regierung mit der Mobilisierung der Armee begonnen und die Ermahnungen der Mächte nicht beantwortet hat. Prinz Georg ist mit 6 Torpedobooten von Athen abgedampft, Truppensendungen nach Kreta sind im Gange, auch eine Proklamation des griechischen Truppenführers Vassos erscheint, die die Annexion der Insel verkündet.

Am 17. Februar erklärt Lord Salisbury, an die Ausführung einer Blockade solle man erst denken, nachdem man sich über das

künftige Schicksal Kretas schlüssig gemacht habe. Wie in England, ist auch in Frankreich und Italien die griechenfreundliche Strömung gegen den Blockadevorschlag.

Am 22. Februar russischer Vorschlag: keine Annexion der Insel, Zusicherung der Autonomie, Mitteilung dieser Entschlüsse in Konstantinopel und Athen nebst Ultimatum an die griechische Regierung zur Rückberufung der Truppen des Obersten Vassos. Deutschland stimmt sofort ohne Vorbehalt zu und lehnt die Anregung von anderer Seite, zunächst Griechenland aufzufordern und dann erst, wenn es sich weigert, das Ultimatum zu stellen, rundweg ab. England möchte auch die Türkei aufgefordert wissen, daß sie ihre militärischen Kräfte von Kreta zurückziehe. Hanotaux wünscht und erreicht eine Sommation (dringliche Aufforderung) statt des Ultimatums. Diese wird am 2. März mit einer sechstägigen Frist überreicht. Deutschland schließt sich sofort den von den Admiralen für den Fall einer ablehnenden Antwort Griechenlands beschlossenen Zwangsmaßregeln an. Die Antwort Griechenlands macht viel Worte und gewährt nichts. Wieder zaudert Salisbury, er meint, man könne vielleicht die griechischen Soldaten des Vassos in eine Polizeitruppe verwandeln und zur Beruhigung der Kreter verwenden. Der russische Graf Murawiew erklärt am 10. März die Antwort Griechenlands einfach für unannehmbar und nimmt eine Blockade des Hafens von Volo sowie eine Okkupation der Insel durch ein kombiniertes Korps in Aussicht. Deutschland stimmt wieder der Blockade griechischer Häfen und der Verstärkung des Landungskorps auf Kreta (wenngleich ohne eigene Beteiligung) sofort zu, während England zwar ein Truppenkontingent für Kreta stellt, die Blockade griechischer Häfen aber verschoben wissen will.

Am 18. März wiederholt Rußland angesichts der Truppenanhäufungen an der thessalischen Grenze den Vorschlag, Volo zu blockieren, England weicht aber wieder aus mit dem Gegenvorschlag, beide Teile, Türken und Griechen, aufzufordern, daß sie ihre Truppen an der Landgrenze auf soundso viel Meilen zurückziehen und so eine neutrale Zone herstellen. Bis Ende März geht viel kostbare Zeit verloren, ohne daß eine Einigung zustande kommt. Die Admirale verlangen am 29. März nochmals den Blocus von Athen. Endlich willigt England ein, sich an der Blockade der Festlands-

küste zu beteiligen, jedoch mit Ausschluß von Volo, das von den Schiffen der anderen Mächte blockiert werden soll. Aber nun ist es zu spät. Ehe die Blockade zur Ausführung kommt, haben die Griechen bald nach dem Jahrestag ihrer Selbständigkeit (6. April) den Krieg an der Grenze begonnen.

Am 13. April schlägt Rußland vor, volle Neutralität im griechisch-türkischen Kampfe zu beobachten und so den Landkrieg zu lokalisieren, bis auf Anruf eines der kämpfenden Teile; die Blockade von Kreta soll fortdauern. Deutschland stimmt zu und verweigert auf eine französische Anregung, nochmals in Athen vorstellig zu werden, jede Teilnahme an solchen aussichtslosen Schritten (16. April). Am 17. April ist der Krieg mit Abberufung der beiderseitigen Gesandten offiziell eröffnet. Nach blutigen Kämpfen geschieht endlich Mitte Mai, was schon Mitte Februar auf unblutige Weise hätte erzwungen werden können, die Rückberufung der griechischen Truppen von Kreta und der Verzicht auf die Annexionspolitik.

Wie aus dieser Darstellung des Gelbbuches hervorgeht, hatte sich Deutschland, nachdem der Vorschlag, mit der Blockade des Piräus Griechenland zur Rückberufung der Truppen des Passos zu zwingen und es an den Kriegsrüstungen an der Landgrenze zu hindern, an der Scheu der Staatsmänner Englands, Frankreichs und Italiens, mit der griechenfreundlichen Stimmung in ihren Parlamenten in Streit zu kommen, gescheitert war, seinen geringen unmittelbaren Interessen im östlichen Mittelmeere entsprechend jeder Initiative enthalten und sich folgerichtig immer den Vorschlägen angeschlossen, die, abgesehen von der rechtzeitigen Blockade des Festlandes, am wirksamsten zur Vermeidung des Krieges erschienen. Diese Vorschläge gingen in der Regel von Rußland aus, und so sehen wir während des ganzen Verlaufs der Angelegenheit die deutsche Diplomatie und ähnlich auch die österreichisch-ungarische an der Seite der russischen.

Im Gegensatz dazu verfolgte England eine Zauderpolitik, die in der Wirkung einer Begünstigung des griechischen Übermuts gleichkam. Die französische Diplomatie sehen wir in dem Gelbbuch bemüht, zwischen dem russischen und dem englischen Standpunkt zu vermitteln. Ihr Herz war mehr auf der griechischen Seite, ihr Kopf mußte sich jedoch aus bekannten Gründen Rußland gefällig

erweisen; so kamen durch Hanotaux Abschwächungen der von den Ostmächten vertretenen Maßregeln zustande. Auch die italienische Politik neigte dem mildern Verfahren zu. Erst nach dem militärischen und moralischen Zusammenbruch Griechenlands wurde die griechenfreundliche Stimmung in England, Frankreich und Italien kleinlaut.

Im Reichstage war vom Abg. Richter bemängelt worden, daß Deutschland überhaupt eine Initiative in der Kretafrage ergriffen habe. Als vereinzelte Erscheinung örtlichen Charakters angesehen, konnte die Kretafrage für Deutschland keinen Grund zur Einmischung bieten. Kreta war an und für sich nur ein kleines Stück aus dem orientalischen Kuchen. Man hätte aber nur dann ruhig zusehen können, wie ein Heißhungriger es verspeisen wollte, wenn dadurch nicht Begehrlichkeiten anderer gereizt worden und der ganze Kuchen in Gefahr geraten wäre. Die Kretafrage hatte sofort eine schwierige diplomatische Lage internationalen Charakters geschaffen, bei der eine Friedensmacht wie Deutschland nicht mit verschränkten Armen im Hintergrund stehen konnte. Wie die Folge zeigte, hat der Vorschlag, den Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges durch eine Blockade griechischer Häfen zu verhindern, dem deutschen Ansehen nichts geschadet, im Gegenteil, auch englische Blätter erkannten später an, daß der deutsche Vorschlag das beste Mittel zur Dämpfung des griechischen Feuers gewesen wäre. Dagegen machte das fortgesetzte Verzögern ernster Maßregeln den Eindruck, als ob ein kleiner Dieb nicht gehängt werden dürfe, weil er einem großen auf dem Schoße sitze.

Das Bemerkenswerteste an dem diplomatischen Verlauf der Kretafrage war die allmählich deutlich hervortretende Annäherung der beiden Festlandsmächte, die an den Balkanangelegenheiten am meisten beteiligt waren, Österreich-Ungarn und Rußland. Sie kam bei dem Besuche des Kaisers und Königs Franz Josef in Petersburg Ende April 1897 nicht nur in dem warmen Tone der Trinksprüche der beiden Monarchen, sondern auch in einer gemeinsamen politischen Handlung der beiderseitigen Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski und Murawiew, zum Ausdruck. Von Petersburg aus erließen sie gleichlautende Noten an die österreichisch-ungarischen und die russischen Vertretungen in Bukarest,

Sofia, Belgrad und Cettinje, in denen die Befriedigung beider Herrscher über die ruhige Haltung der vier Balkanstaaten während des griechisch-türkischen Krieges ausgesprochen wurde. Die der deutschen Politik willkommene Verständigung zwischen den beiden meistbeteiligten Festlandsmächten erlitt auch dadurch keine Störung mehr, daß Rußland, das bisher das starke verwandtschaftliche Interesse des Zarenhofes an dem Geschick der griechischen Königsfamilie unterdrückt hatte, bald nach der Kaiserbegegnung vorschlug, sämtliche Großmächte sollten dem neuen radikalen Kabinett in Athen ein Interventionsangebot machen. Erst nachdem das neue griechische Kabinett, dem Verlangen Österreich-Ungarns und Deutschlands entsprechend, in einer Note die Rückberufung der Truppen des Obersten Vassos von Kreta angekündigt und mit ausdrücklicher Anerkennung der künftigen Autonomie der Insel die Annexionserklärung vom 14. Februar zurückgenommen hatte, kam die Vermittelung aller Mächte in Konstantinopel zustande.

Das war die Lage, die der neue Staatssekretär vorfand. Ich bin ausführlicher darauf eingegangen, als es die Episode des griechisch-türkischen Krieges an sich verdient, weil in der politischen Literatur die Ansicht vertreten worden ist, daß nach Marschalls Abgang ein Umschwung in der deutschen Politik eingetreten sei. Das ist nicht der Fall. Ein Grund zu einem Wandel lag in Wirklichkeit auch nicht vor. Für die deutsche Politik war es ein günstiger Umstand, daß auf der einen Seite England es gern gesehen hätte, wenn Rußland durch Ausdehnung des griechischen Brandes stärker im nahen Orient beschäftigt und damit von seinen Unternehmungen im fernen Osten abgezogen worden wäre, daß aber auf der anderen Seite Rußland gerade damals einen allgemeinen Brand auf der Balkanhalbinsel vermieden zu sehen wünschte.

Der englisch-russische Gegensatz in Asien hatte sich mehr und mehr verschärft. Einmal infolge der russischen Eroberungen in Zentralasien, die in England starke Sorgen um die Sicherheit der indischen Grenze einflößten, dann aber auch, weil Rußland soeben eine aktive imperialistische Politik im fernsten Osten begonnen hatte. Bei der Anwesenheit Li-hung-Tschangs als chinesischer Sondergesandter zu der Krönungsfeier in Moskau war ein

Abkommen über die Führung der sibirischen Bahn durch die Mandschurei nach Wladiwostok vereinbart und außerdem ein geheimes Defensivbündnis zwischen Rußland und China gegen Japan geschlossen worden. Japan rüstete mit aller Macht zu Wasser und zu Lande, um sich mindestens völlig freie Hand in Korea zu erzwingen. Baron Rosen, einer der besten Kenner Japans, und ebenso wie der Finanzminister Witte nicht blind für die inneren Schwächen und Gefahren des Zarenregiments, schrieb gleich nach Antritt des russischen Gesandtenpostens in Tokio im Sommer 1897 übereinstimmend mit einer früheren Denkschrift: „Wir müssen vollkommen darauf vorbereitet sein, daß die Krisis in unseren Beziehungen zu Japan unvermeidlich eintreten wird, sobald wir in irgendwelche ernste Verwicklungen in Europa mit hineingezogen werden*)."

Aus dieser Abneigung der russischen Politik gegen „die Rückkehr nach Europa" ergab sich in der Kretafrage von selbst die für Deutschland erwünschte Annäherung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Die deutsche Politik unter Marschall brauchte daher weder prorussisch noch antienglisch zu sein, sondern nur europäisch, was sie auch in Wirklichkeit war. Allerdings mußte dabei der Nachteil in den Kauf genommen werden, daß unser dritter Bundesgenosse, Italien, deutlich empfand, wieviel näher ihm in einer Mittelmeerfrage die Anlehnung an England als das Zusammengehen mit den beiden Zentralmächten lag.

Mit dem von den Großmächten in Konstantinopel herbeigeführten Waffenstillstand und Beginn der Friedensverhandlungen war die Hauptgefahr für den europäischen Frieden beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten dauerten noch Jahr und Tag. Die Hauptschwierigkeiten entstanden wegen der Einsetzung einer Finanzkontrolle über Griechenland und wegen der Wahl eines Gouverneurs für Kreta. Natürlich konnte, nachdem einmal das überwundene Griechenland auf sein Kriegsziel verzichtet hatte, die Sprache ihm gegenüber freundlicher sein als vorher. Die erste Amtshandlung unter dem Nachfolger Marschalls war aber doch

*) Siehe Fürst Trubetzkoi: Rußland als Großmacht. 2. Aufl. Stuttgart-Berlin S. 53.

der Vorschlag, daß sich die Finanzkontrolle nicht bloß auf die an die Türkei zu zahlende Kriegsentschädigung, sondern auch auf den Zinsendienst für die älteren griechischen Anleihen erstrecken sollte. Das geschah im Interesse der deutschen Gläubiger und wurde nach Schwierigkeiten, die wieder von englischer Seite ausgingen, schließlich durchgesetzt. Bülow hat auch selbst in seinen ersten Reichstagsreden wiederholt hervorgehoben, daß die deutsche Politik in der ganzen Sache klar und folgerichtig gewesen sei. Nachdem unser Hauptinteresse, die Bewahrung des europäischen Friedens, gesichert war, konnten wir wieder im europäischen Konzert uns mit einer bescheidenen Rolle begnügen und gelegentlich sogar die Flöte auf den Tisch legen und den Konzertsaal verlassen.

Zu dem Kretarest aus der Zeit der Marschallschen Geschäftsführung kam im November 1897 eine neue Aufgabe hinzu: die deutsche Besetzung von Kiautschou mit ihren diplomatischen und politischen Folgen. Als der Kaiser nach Rücksprache mit dem Kanzler Fürsten Hohenlohe den Befehl an das ostasiatische Kreuzergeschwader ergehen ließ, zur Sühne für den an zwei deutschen Missionaren verübten Mord so schnell als möglich die Bucht von Kiautschou zu besetzen, war der Staatssekretär v. Bülow unterwegs nach Rom, um dem König von Italien sein Abberufungsschreiben zu überreichen. War er auch an dem Entschluß zu der Unternehmung nicht beteiligt, so hatte er doch schon unterwegs durch telegraphische Ratschläge und erst recht nach seiner Rückkehr maßgebend mitzuwirken, um die in Petersburg und Peking entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Wie sich die Spannung mit der russischen Regierung löste und der deutsche Pachtvertrag für Kiautschou und der russische wegen Port Arthur zustande kam, ist schon in meiner Schrift „Der neue Kurs" geschildert.

So bildeten also die Haltung der deutschen Regierung im Mächtekonzert während des griechisch-türkischen Krieges und bei den nachfolgenden Friedensverhandlungen und die durch deutsches Vorgehen veränderte Lage im fernen Osten die Hauptgegenstände, über die der neue Staatssekretär im Reichstage zu sprechen hatte. Die Spannung auf sein erstes parlamentarisches Auftreten war durch Berichte aus Rom verstärkt worden, die viel Sympathisches von der Persönlichkeit Bülows meldeten und auf

einen günstigen Eindruck im Reichstage vorbereiteten. Da wurde eine gewinnende Art des Verkehrs mit anderen Menschen, eine nie versiegende Liebenswürdigkeit, eine seltene Rede- und Unterhaltungsgabe, die mit Vielseitigkeit des Wissens und Lebendigkeit des Geistes gepaart sei, gerühmt und u. a. angekündigt: In Herrn v. Bülow dürfte die Ministerbank der deutschen Parlamente einen Redner erhalten, wie sie wenige gehabt hat; er spricht mit gut abgewogener Stimmkraft, in tadellosen, niemals stockenden Perioden, nie verlegen um das treffende Wort, um ein packendes Zitat, und mit der ruhigen Klarheit, die nur der Redner erreicht, der, statt sich von seinem Gegenstande hinreißen zu lassen, ihn und sich selbst völlig beherrscht.

Diese Vorhersagen erwiesen sich als nicht übertrieben. Die Erklärungen, die Herr v. Bülow in der vierten Tagung des neunten Reichstags abgab, machten auf allen Seiten den Eindruck, daß der neue Staatssekretär über reiche Ausdrucksmittel verfüge und ein kluger Kopf und modern empfindender Mensch sei. Liest man heute diese meist kurzen Reden im Zusammenhange nach, so fällt auf, daß sie viel mit Antithesen arbeiteten, und man fragt sich, welcher tiefe, sachliche Inhalt sich darunter verbarg. „Wir empfinden nicht das Bedürfnis, unsere Finger in jeden Topf zu stecken, aber Deutschland läßt sich in zukunftsreichen Ländern (China) nicht von vornherein ausschließen vom Mitbewerb anderer Völker.“ „Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ „Wir werden weder in Abenteuer hineindampfen, noch irgendwem zu nahe treten, sondern lediglich die Rechte und Interessen schützen, die wir in Ostasien besitzen.“ „Wir werden vorgehen ohne Überhastung, aber auch ohne kleinliche Engherzigkeit, stetig, besonnen, nicht als Konquistadoren, aber auch nicht als Kalkulatoren, sondern usw.“ „Den Störenfried werden wir nirgends spielen, das Aschenbrödel aber auch nicht.“ Aber diese Selbstverständlichkeiten mit nein und ja, einerseits anderseits, waren gerade für die Wirkung das Richtige, zumal da sie mit frischem Ton und in leichter Haltung, den Daumen im Armloch der Weste, vorgetragen wurden.

Auch die Kunst der Steigerung des Effekts verstand der neue Herr mindestens ebensogut wie ein alter Parlamentarier. Als

Beispiel diene die berühmte Stelle von der Flöte, die sich im stenographischen Bericht wie folgt ausnimmt:

„Es ist ja nicht nötig, daß in einem Konzert — auch nicht im europäischen Konzert — jeder dasselbe Instrument spielt.

(Heiterkeit. Sehr gut.)

Der eine schlägt die Trommel

(Heiterkeit),

der andere stößt in die Trompete

(Heiterkeit),

der dritte hält die große Pauke in der Hand

(Große Heiterkeit).

Wir bliesen in Konstantinopel die Flöte diplomatischer Überredung, und wir bliesen sie nicht umsonst

(Sehr gut. Heiterkeit).

— — Wenn Streit entsteht, treten wir ruhig beiseite

(Sehr gut!),

wenn Differenzen laut werden, legen wir die Flöte still auf den Tisch und verlassen den Konzertsaal."

(Große andauernde Heiterkeit.)

Der Redner v. Bülow ging ganz bewußt darauf aus, wie das Mädchen aus der Fremde da und dorthin Blumen zu verstreuen und möglichst vielen zu gefallen, jedoch nicht aus persönlicher Eitelkeit und Koketterie — dazu war er in seines Wesens Grunde zu ernst — sondern aus der klaren Überlegung, daß im Verfassungsstaate mit seiner Rede-, Preß- und Agitationsfreiheit die Gunst der öffentlichen Meinung und der Mehrheitsparteien ein wesentliches Element sei, um die Aufgaben des Staatsmannes zu erleichtern. Über die sorgfältige Vorbereitung seiner Kanzlerreden wird später noch mehr zu berichten sein. Einstweilen genügt es zu sagen, daß das Werben für sein persönliches Ansehen ganz dem Zwecke diente, so leicht und ausgiebig als möglich politisch wirken zu können. Dabei war freilich immer die Gefahr zu vermeiden, daß die Macht der Persönlichkeit in den letzten Endes doch unbestechlichen Augen des wahren Volkes Schaden litt. Andere Kanzler nach Bismarck, die keinem solchen gewissermaßen aufgeklärten Egoismus huldigten, haben schwerer mit sich und den mitbestimmenden politischen Faktoren zu kämpfen gehabt als er.

Bei einem Rückblick auf das erste Jahr seit der Berufung Bülows auf den Staatssekretärposten finden wir also, daß alles vortrefflich gegangen war. Die Gunst des Kaisers hatte sich erhalten und fing an, sich zu einem wahren Vertrauensverhältnis zu gestalten. Vor dem Lande führte in auswärtigen Angelegenheiten der Staatssekretär allein das Wort. Reichstag und Presse waren fast einstimmig im Lob der rhetorischen Talente des neuen Staatssekretärs. Eine grollende Fronde gab es nicht mehr. Bald nach dem ersten Auftreten im Reichstage schrieben die Bismarckblätter, daß die korrekten Erklärungen Bülows stellenweise an die Sprache unter dem alten Kurse erinnerten (Hamburger Nachrichten) und daß die Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten in die besten Hände gelegt sei (Münchener Allgemeine Zeitung).

Das Leben schien nur freundliches Lächeln für Bülow zu haben. Mit dem Verdienst hatte sich Glück verkettet. Mit dem Reichstage, der vor fünf Jahren seine Tätigkeit mit der Genehmigung der Caprivischen Wehrvorlage begonnen hatte, war der für den Schutz der deutschen Interessen im Auslande notwendige Ausbau der Flotte ungehindert durch das Budgetrecht auf eine feste gesetzliche Grundlage gestellt worden. Die Entsendung eines Teils der Kriegsflotte nach Kiautschou hatte, wie es in der Rede des Kaisers zum Schluß des Reichstags (6. Mai 1898) hieß, den lang gehegten und wohl berechtigten Wunsch nach einem kommerziell entwicklungsfähigen und militärisch gesicherten Stützpunkt in Ostasien ohne nachhaltige Trübung unserer Beziehungen zu anderen Staaten erfüllt. Die Zertrümmerung der spanischen Kolonialmacht in dem Kriege mit den Vereinigten Staaten, in dem wir neutral bleiben konnten und mußten, eröffnete die Aussicht auf den friedlichen Erwerb einer Inselgruppe in der Südsee. Das zeitweilige Ausscheiden Deutschlands und Österreich-Ungarns aus dem Konzert der Mächte wegen der Wahl des Prinzen Georg von Griechenland, des ehemaligen Reisegefährten des Thronfolgers Nikolaus in Ostasien, zum Gouverneur der autonomen Insel Kreta hatte der Freundschaft mit Rußland keinen Abbruch getan. Von dem französischen Nachbar war nichts zu fürchten, sein inneres Leben wurde noch immer von dem Dreyfusskandal beherrscht, der im Zolaprozeß seine häßlichste Gestalt annahm, und im Hinter-

grunde der kolonialen Streitigkeiten mit England in Afrika lauerte schon die Schmach von Faschoda.

Das Wichtigste war aber, daß das Kabinett Salisbury vor aller Welt deutliche Zeichen seines Wunsches gab, durch einen engeren Anschluß an das Deutsche Reich und den Dreibund die weltpolitischen Schwierigkeiten für ein isoliertes Großbritannien zu überwinden. Im Frühjahr 1898 hatte das Kabinett heftige Angriffe der liberalen Opposition wegen der veränderten Lage im fernen Osten in beiden Häusern des englischen Parlaments abzuwehren. Grey sprach im Unterhause von einer widersinnigen Politik der Regierung, die das englische Prestige schwer geschädigt habe. Weihaiwei habe das Gleichgewicht in der Machtverteilung nicht wiederhergestellt. Harcourt tadelte besonders die unnötige Freundlichkeit gegenüber Deutschland, die in der freiwilligen Erklärung gelegen habe, die englische Regierung werde Deutschland in Schantung keine Schwierigkeiten bereiten und keine Eisenbahnen von Weihaiwei aus nach dem Innern der Provinz anlegen. Die Angriffe verschärften sich noch nach der berühmten Birminghamer Rede, in der Chamberlain für ein angelsächsisches Bündnis mit den Vereinigten Staaten eintrat, aber gleichzeitig auch gegen Rußland das Sprichwort anwandte: „Wer mit dem Teufel suppen will, der braucht 'nen langen Löffelstiel", und ein Bündnis mit einer europäischen Militärmacht nicht ablehnte. Harcourt nannte das die große Sturmglocke läuten, und Asquith warnte vor einer Allianz mit Deutschland, weil sie England in Gegensatz mit Mächten bringen würde, deren Freundschaft ein legitimer Bestandteil der britischen Politik wäre. Chamberlain stellte darauf zwar ein Ausschauen nach Bündnissen aus Schwäche in Abrede, berief sich aber zugleich auf die Verdienste des Dreibundes um die Erhaltung des Weltfriedens und wiederholte offen, daß er bessere Beziehungen zu Deutschland wünsche. Das war schon recht viel für den Anfang einer englisch-deutschen Annäherung.

Wer konnte damals ahnen, daß die Geschicke Europas an einem Wendepunkt von größter weltgeschichtlicher Bedeutung angelangt waren? Die Augen des großen Sehers im Sachsenwalde waren unter dem bitteren Erleben der acht Jahre nach der Ent-

fernung aus seinen Ämtern getrübt und müde geworden und schlossen sich am 30. Juli 1898 für immer. Aus seinem politischen Nachlaß aber lebten zunächst im Gedächtnis der deutschen Mitwelt die Äußerungen aus seinen letzten Passionsjahren viel stärker fort als die Grundlehren aus seiner langen und unvergleichlich reichen Schöpferzeit. Das wird zunächst ins Auge zu fassen sein, bevor ich in den Erinnerungen an den Verlauf der Besprechungen über einen dauerhaften Ausgleich der englisch-deutschen Gegensätze fortfahre.

II. Bismarcks Vermächtnis.

Manchem geschriebenen und gesprochenen Worte des Fürsten Bismarck ist das Unrecht widerfahren, daß es von der Zeit und den Umständen, in denen er es gebrauchte, losgelöst und als allgemein und fortdauernd gültige Wahrheit angesehen wurde. Da seine ganze Politik den wechselnden Ereignissen und Bedürfnissen angepaßt war, so können auch seine Aussprüche nur aus den Zusammenhängen mit den Zwecken und Zielen, denen sie jeweilig dienen sollten, richtig begriffen werden. Wer den wahren Wert seiner staatsmännischen Kunst erkennen will, darf die Bedingtheit seiner Worte nicht übersehen, die, in Fülle während einer fünfzigjährigen politischen Tätigkeit entstanden, oft genug scheinbare Widersprüche untereinander enthalten. Der bleibende Kern ruht in seinen Taten *).

Was den großen Meister vor allem auszeichnete, war das klare Erkennen der geschichtlichen Gründe für das Mächteverhältnis in Europa, das feinste Empfinden für die nationalen Schwächen und Kräfte des deutschen Volkes, und der hellseherische Blick, vereint mit Kühnheit im Erfassen der Zukunft. In einfachen großen Linien mögen wir uns die Grundgedanken, die sein Werk erfüllen, etwa so vorstellen:

In den vorangegangenen Jahrhunderten hatten die beiden Flügelländer Europas, Rußland im Osten, England im Westen, ihre Macht allmählich immer weiter ausgebreitet, während sich die Grenzen im Zentrum, unter beständigen Kriegen ohne große Eroberungen, bald so bald so, in geringem Umfang verschoben.

*) „Alle äußere Politik ist eine außerordentlich komplexe Erscheinung: Wer nur Teile in der Hand hat und das geistige Band verschmäht, kann ihrer niemals Herr werden." Hermann Oncken: „Das alte und das neue Mitteleuropa"; Gotha 1917, Vorwort XI.

Wie die Allianzen unter den Herrschern und Kabinetten wechselten, so wechselten auch die Siege und die Niederlagen. Unter den blutigen Opfern der Völker und der Verwüstung der von den Kriegen heimgesuchten Gegenden blieben der Länderbesitz und die Mächteverhältnisse so ziemlich die alten. Als stärkste Macht unter den Rivalen in den innereuropäischen Kämpfen erwies sich Frankreich, weil es in sich national geschlossen war und einheitlich regiert wurde. Was es aber etwa an Landstreifen gewann, wurde reichlich aufgewogen durch die Stellungen, die es in anderen Erdteilen, Amerika und Asien, zugunsten Englands verlor. Ähnlich erging es der österreichischen Hausmacht. Nach den Erfolgen ihres Widerstandes gegen das Vordringen der Türken trat das im Zeitalter Peters des Großen und der Zarin Katharina erstarkte Rußland als Erbe des „kranken Mannes" in Konstantinopel für den Südosten Europas auf. Nach Westen vergrößerte es seinen Besitz durch Zertrümmerung des allmählich durch Mißwirtschaft und inneren Streit zerrütteten Wahlkönigreichs Polen. Dabei fielen kleinere Teile an Österreich und an das während des Verfalles des alten deutschen Reichs aus eigener Kraft unter dem Großen Kurfürsten, dem Soldatenkönig und seinem großen Sohn emporgekommene Preußen.

Aber Rußland blieb, abgeschlossen von den Hauptstraßen des Weltmeeres, immer noch Großmacht nur zu Lande. England dagegen hatte sich, inzwischen Beherrscherin der Meere geworden, an den Küsten aller Erdteile Stützpunkte geschaffen und große Kolonien erworben und trat so in allen Erdteilen als Weltmacht auf. Als solche konnte sich England erst recht frei nach innen und außen festigen und entwickeln, nachdem sein grimmigster Gegner, Napoleon, mit Hilfe der Zentralmächte und Rußlands niedergerungen und von einem englischen Schiff als Gefangener nach St. Helena verbracht worden war.

Auf dem Wiener Kongreß wurde mit Errichtung des deutschen Bundestags als Zentrale der Glieder des ehemaligen Reichs die deutsche Frage, die Frage der Bildung eines Nationalstaats unter Beteiligung des Volks am Gestalten seiner eigenen Geschicke, in die Zukunft verschoben, nicht gelöst. Gelöst werden konnte sie nicht vom großdeutschen Standpunkte aus, der den Nationalitäten

staat an der Donau gespalten hätte, sondern unter Führung der deutschen Macht, die innerlich am festesten gefügt und militärisch am stärksten war.

Als Herr von Bismarck-Schönhausen als preußischer Gesandter nach Frankfurt ging, empfand er noch österreichisch im Sinne der dualistischen Auffassung Österreich-Preußen für die deutsche Frage. Dort sah er bald ein, daß die gegenseitige Anlehnung von Preußen und Österreich ein „Jugendtraum" war, und daß der gordische Knoten der deutschen Zustände mit der passiven Planlosigkeit der preußischen Politik nicht in Liebe dualistisch gelöst, sondern nur militärisch durchhauen werden konnte, am leichtesten in Fühlung mit Rußland. Bei seinem Pariser Aufenthalte gewann er mit dem Scharfblick des Menschenkenners in der Unterredung mit Napoleon III. den Eindruck, daß dieser nicht das genie du mal, als welches er in der Welt galt, sondern ein von Prestigewahn ergriffener Schwächling war, der mit dem Gedanken, wenn nicht der Einverleibung des ganzen linksrheinischen Gebiets, so doch einer petite rectification des fronctières und eines von Frankreich ganz abhängigen Italiens mit französischen Küstenpunkten spielte. Auf den „Zwischenzustand", der bis zu dem in der Budgetkommission des preußischen Landtags gesprochenen Wort vom Blut und Eisen (30. September 1862) dauerte, folgte alsbald die erste vorbereitende Tat, die vielgescholtene, aber für die notwendige Rückendeckung an Rußland glücklich fortwirkende Hilfe in dem Kampfe gegen die polnische Revolution.

Eine zweite, auf die Zukunft berechnete diplomatische Großtat war die dem König Wilhelm I. abgerungene Mäßigung im Nikolsburger Frieden. Der Donaumonarchie wurde ohne Demütigung und Gebietsverkleinerung der Rang einer bündnisfähigen Großmacht erhalten, die berufen war, den Weg nach Konstantinopel für Mitteleuropa offen zu halten und die Teilung des Besitzes der Türkei zwischen Rußland und England zu verhindern*).

*) Fürst Bismarck hat sich über Fragen des nahen Orients je nach dem diplomatischen Zweck, der sich aus der jeweiligen Konstellation ergab, verschieden geäußert. Daß er wirklich nicht nur Österreich-Ungarn

Für das Werk der nationalen Einigung, unter Ausschluß von Österreich, war mit der Begründung des Norddeutschen Bundes die größere Hälfte getan. Seine Vollendung wurde zum Glück noch dadurch erleichtert, daß sich der Franzosenkaiser in seiner eitelen Rolle als festländischer Schiedsrichter dazu treiben ließ, als Kompensation für Sadowa die bayrische Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz zu verlangen. Die Folge davon war der beschleunigte Abschluß von Verhandlungen über Verträge, durch die sich die deutschen Südstaaten verpflichteten, ihre Heeresmacht

---

im Stich, sondern die Russen nach Bulgarien und Konstantinopel lassen wollte, wie Dr. A. Köster jüngst in der „Glocke" (4. Jahrg., Nr. 13) behauptete, stimmt gewiß nicht. Dem Russen sagte Fürst Bismarck: Mach' was du willst, wir haben dort keine direkten Interessen. Dem Bundesgenossen an der Donau riet er, erst zu deployieren, wenn der Russe schon in Bulgarien stehe, weil man ihn dort in der Schere habe (Ende 1886). Als ihm von verschiedenen Blättern das Programm zugeschrieben wurde, das Vordringen Rußlands auf Konstantinopel zu unterstützen, erklärten die „Hamburger Nachrichten" (17. Dezember 1892) in seinem Auftrage: „Der Fürst ist niemals der Ansicht gewesen, daß die Unterstützung der russischen Pläne Aufgabe der deutschen Diplomaten sein müsse, sondern er hat die Ansicht vertreten, daß es nicht Sache Deutschlands sei, Rußland an der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist ein großer Unterschied. Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß denjenigen Mächten zu, deren Interesse durch ein russisches Vordringen direkt verletzt werden würde." — In einem Schreiben an den Deutschen Kronprinzen (15. Juli 1880) rechtfertigte er die Entsendung von Offizieren und Beamten nach der Türkei mit den Worten: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wäre die Haltung und Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig. Gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber können unter Umständen ihre Feinde auch unsere werden." (Hohenlohe II, S. 302.) — „Bismarck hat die immer näherkommende Gefahr mit dem klaren Zukunftsblick, der ihm eigen war, erkannt; er hat den russischen Eroberungsplänen offen und insgeheim Hindernisse bereitet und dort, wo er sie scheinbar ermutigte, wie in Konstantinopel und am Balkan, dies doch nur getan, um die Politik des Zaren mit der stärksten Gegnerschaft anderer Mächte zu belasten." (Johannes Haller, Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow; „Süddeutsche Monatshefte" 1917, Januar, S. 423.)

im Kriegsfall unter preußischen Oberbefehl zu stellen. Die beiden Flankenmächte Europas ließen es zu, England leichter und williger als das Rußland Gortschakoffs, daß von nun an die inneren Zustände Deutschlands nicht mehr zum Vorwand für fremde Einmischungen und Machtgier dienen konnten.

Nach der blutigen Abrechnung mit dem friedlosen Nachbar im Westen ward endlich das Schlußstück des deutschen Einigungswerks im Saale von Versailles vollendet. Die französischen Rheingelüste aus dem Zeitalter der Ludwige hatten die große Revolution und des großen Napoleons Aufstieg und Sturz überlebt, sie traten während des zweiten Kaiserreichs wieder offen zutage und verschwanden auch nach 1870 nur wohlbehütet unter die Oberfläche, um zu gegebener Zeit von neuem emporzuschießen. Der starke Sinn des Franzosen für Prestige war durch Sedan viel empfindlicher gereizt worden als durch Waterloo oder Sadowa. Deshalb hätte die vom Westen drohende Gefahr für das neue Reich vielleicht auch ohne den Wiedererwerb Elsaß-Lothringens fortgedauert, zu dem sich Bismarck weniger aus sentimentalen historischen Gründen als wegen der notwendigen Sperrung der Einfallstore nach Süddeutschland verstand*). Jedenfalls konnte die Gefahr erst ausbrechen, wenn es Frankreich gelänge, Bundesgenossen zu einem neuen Krieg gegen Deutschland zu finden. Das zu verhindern, war die Hauptaufgabe der vorausschauenden Politik des Fürsten Bismarck in den beiden Jahrzehnten nach der Reichsgründung bis zu seinem Rücktritt.

Die Kultur wies das junge Reich nach Westen, die Geschichte nach Osten. Vom Westen kam die Gefahr am Rhein, die unter den freundlichen höfischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg die Fortdauer der Rückendeckung an Rußland empfahl. Aber Rußland war und blieb ein Erobererstaat mit abstoßenden

*) Aus der Reichstagsrede vom 3. März 1874: „Wir haben uns nicht geschmeichelt, daß es uns rasch gelingen würde, die Elsässer glücklich zu machen, und wir haben auch darum nicht die Annexion betrieben; wir haben ein Bollwerk gebaut gegen die Irruptionen, die seit zweihundert Jahren diese leidenschaftliche kriegerische Völkerschaft, deren alleiniger direkt ausgesetzter Nachbar in Europa zu sein Deutschland das Unglück und die Unannehmlichkeit hat, unternimmt."

asiatisch-barbarischen Regierungsmethoden. Zur Erhaltung und zum inneren Ausbau brauchte das von Bismarck geschaffene Werk den Frieden, Rußland dagegen den Krieg, weil ohne ihn die zarische Willkürherrschaft über eine Vielheit unterjochter Völker nicht von Bestand sein konnte. Das Drei-Kaiser-Bündnis von 1872 half fürs erste über die Sorge hinweg, die Richtung der aggressiven Tendenzen des russischen Nachbars von der Mitte Europas abzulenken und einen Bund zwischen ihm und dem alten Feind im Westen, wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens hinauszuschieben. Aber schon 1876 wurde Fürst Bismarck von dem russischen Kanzler Fürst Gortschakoff, der sich im Jahre vorher als Friedensretter Europas aufzuspielen versucht hatte, vor die Frage gestellt, ob Deutschland im Falle eines Krieges mit Österreich-Ungarn wegen der orientalischen Fragen neutral bleiben würde. Die Antwort lautete dahin, daß sich bei Gefährdung der Integrität Österreich-Ungarns für Deutschland die Zwangslage ergäbe, für die Monarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könnte. Die Gegenfrage Bismarcks, ob Gortschakoff gegen Unterstützung im Orient auf einen Garantievertrag für den deutschen Besitzstand eingehen wollte, wurde rundweg abgelehnt*).

Liebesdienste konnten Rußland nicht für die Dauer an Deutschland fesseln. Bismarck war sich stets klar darüber, daß den russischen Despoten und ihrem panslawistischen Anhang der Wert der deutschen Freundschaft durch ein möglichst freundliches Verhältnis zu England fühlbar gemacht werden müßte. Umgekehrt lag freilich der Fall ganz ähnlich: Ein offenes Zerwürfnis mit Rußland hätte uns abhängig von England gemacht. Deshalb widerstand er jeder offenen oder versteckten englischen Versuchung, die russische Freundschaft der englischen zu opfern, und suchte eine vorzeitige Option für die eine oder die andere Seite zu vermeiden. Wie er voraussah, stieß der russische Koloß bei seinem Vorrücken im türkischen Krieg über den Balkan bis vor den „Eckstein der Erde" auf den Einspruch der Weltmacht England.

---

*) Vgl. L. Raschdau: „Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag" in den „Grenzboten" vom 12. April 1918, S. 27.

Der Berliner Kongreß sah den Fürsten Bismarck auf der Höhe seiner diplomatischen Kunst. Aber trotz aller ehrlichen Maklerschaft verließ Fürst Gortschakoff den Kongreß mit ungestilltem Ehrgeiz. Bald darauf erscholl zum erstenmal aus der panslawistischen Presse der Ruf: „Konstantinopel muß in Berlin erobert werden", der später in wenig veränderter Fassung aus dem Munde Skobeleffs zum geflügelten Wort wurde. Fürst Bismarck hatte gesagt, im Reichstag am 5. Dezember 1876: „Niemand als die kaiserlich-russische Regierung selbst wäre imstande, in die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen ihr und der preußischen Regierung einen Riß zu machen", und zu Gortschakoff in Berlin 1878 während des Kongresses: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu wählen." Der Inhalt der Warnung wurde schon 1879 zur Tatsache. Die Umstände, unter denen sich Bismarck zum schleunigen Abschlusse des Bündnisses mit Österreich-Ungarn gedrängt sah, sind noch nicht in allen Einzelheiten aufgeklärt. Ganz klar wird man erst sehen, wenn veraltete Rücksichten fallen und die Akten des Auswärtigen Amtes den Geschichtschreibern zur vollständigen Einsicht geöffnet werden. Jedenfalls waren es nicht die wütenden Ausfälle der russischen Presse gegen Deutschland nach dem Einrücken Österreich-Ungarns in das Limgebiet (Novibazar), auch nicht bloß der Drohbrief des Zaren Alexander II. an seinen kaiserlichen Oheim, sondern auch geheime, auf ein offensives Vorgehen gerichtete Besprechungen zwischen Petersburg und Paris, die im Hochsommer 1879 den Fürsten Bismarck bestimmten, während seiner Gasteiner Kur und in Wien zusammen mit dem Grafen Andrassy das Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich-Ungarn ins Werk zu setzen. Schon im Juni 1879 hatte Fürst Gortschakoff in Baden-Baden einem vom Herzog von Decazes empfohlenen Vertreter des Pariser „Soleil" erklärt, er habe sich die Feindschaft Bismarcks zugezogen, weil er offen die Ansicht vertrete, daß Frankreich sich stark machen und wieder die ihm gebührende Stellung unter den europäischen Mächten einnehmen müsse*).

*) Ein Jahr darauf erregte eine Wahlrede des früheren württembergischen Staatsministers Frhrn. v. Varnbüler großes Aufsehen. Darin hieß es nach Erwähnung der russischen Truppenanhäufung in Polen

Viel schwieriger gestaltete sich im zweiten Jahrzehnt nach der Reichsgründung die Aufgabe, die nunmehr verbündeten Mächte der Mitte vor einer Allianz der revanchedurstigen Gallier im Westen mit den eroberungssüchtigen Slawen im Osten zu bewahren. Der cauchemar des coalitions wurde bis zum Ende der Amtszeit des Fürsten Bismarck immer drückender. Zunächst gelang es noch einmal mit Hilfe der guten dynastischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg Rußland zur Mitte herüberzuziehen. Im Frühjahr 1880 erhielt der Botschafter Saburoff vom Zaren Alexander II., der mit seinem Drohbrief nach eigenem Geständnis eine Dummheit begangen hatte, den Auftrag, in Besprechungen mit dem Deutschen Reichskanzler über Fragen des nahen Orients einzutreten. Fürst Bismarck verlangte den Beitritt Österreich-Ungarns und brachte nach langem Widerstreben des Wiener Kabinetts jenes geheime dreiseitige Neutralitätsabkommen, zunächst auf drei Jahre, zustande, das er selbst fünfzehn Jahre später, nachdem es längst abgelaufen war, vor der Mitwelt enthüllte, und das heute noch im Meinungsstreit von Politikern und Gelehrten fortlebt. Dieser sog. Rückversicherungsvertrag wurde 1884 auf weitere drei Jahre erneuert, 1887 aber nur von Rußland und Deutschland fortgesetzt, bis er fast zu

---

1879: „Rußland hatte an Frankreich den Antrag gestellt, ein Offensivbündnis mit Rußland abzuschließen und sogleich zu verwirklichen, weil Deutschland das österreichisch-ungarische Vorgehen in Bosnien zugegeben habe. Waddington (damals französischer Minister des Äußeren) hat diesen Antrag an Bismarck nach Gastein geschickt. Deshalb unterbrach Bismarck seine Kur und reiste nach Wien. Der Mann, der das Bismarck mitgeteilt hat, ist von Gambetta gestürzt worden." Diese Erzählung wurde von Waddington in allen Punkten dementiert. Der Friedrichsruher Hausarzt Dr. Cohen vermerkte jedoch in seinem Tagebuche unter dem 13. September 1880 folgende Äußerung des Fürsten Bismarck: „Varnbülers Enthüllungen seien durchaus wahr. — Als Bismarck von den Schritten Rußlands in Paris sichere Kenntnis hatte, ging er sofort nach Wien und schloß ab. — Man muß nur nicht glauben, daß solche Eröffnungen direkt an das Auswärtige Amt gingen. So etwas würde im Salon, am Kamin durch nichtoffizielle Leute besorgt, die zuerst nur sondieren." (Erinnerungen an Bismarck, S. 312.)

gleicher Zeit mit dem Rücktritt Bismarcks von seinen Ämtern erlosch. Mit dem Ausscheiden des Dritten im Bunde war der Draht nach Rußland dünner und brüchiger geworden.

Wirksamer als dieses Mittel zum Schutze gegen einen Krieg mit zwei Fronten erwies sich die Aufnahme Italiens in das mitteleuropäische Bündnis. Der Flankenschutz, den die mit Frankreich nach der Besetzung Ägyptens überworfene Weltmacht England wegen ihrer Mittelmeerinteressen dem Dreibunde gewährte, erleichterte es Bismarck, für die überschüssige Kraft des Reiches vorsichtig und behutsam koloniale Erwerbungen in der Südsee und in Afrika zu machen. Aber immer noch saß ihm das russische Hemd näher als der englische Rock. Als für Rußland nach seinem Vorstoß gegen Merw ein ernster Konflikt drohte, leistete er ihm den Dienst durch Druck auf die Pforte, daß die Dardanellen gegen Kriegsschiffe verschlossen blieben *).

Erst in den letzten Jahren der Amtszeit des Fürsten Bismarck, als das Drängen der Franzosen zu einem Bündnis mit Rußland immer offener zutage trat und die Saat des Hasses und der Verachtung in den russischen Oberschichten üppiger aufging, mehren sich die Anzeichen für eine Hinneigung zu engerer Freundschaft mit England. Es war die Zeit des Boulangismus in Frankreich, des Beginns der riesigen französischen Geldopfer für Rußland, der ersten russischen Waffenbestellungen in Frankreich. Man vergleiche die beiden Reden des Fürsten zur Begründung der Vorlage vom Herbst 1886 wegen Erhöhung der Friedenspräsenz des Heeres. Die erste, in der Reichstagskommission am 11. Januar 1887 gehalten, lehnt noch die Annahme ab, daß Rußland nach Bündnissen suchte und wir einer Koalition von Frankreich und Rußland gegenüberzutreten haben würden, nennt die Freundschaft mit Rußland noch heute über jeden Zweifel erhaben und sieht die größte Gefahr darin, daß der seit drei Jahrhunderten zwischen Deutschland und Frankreich schwebende Prozeß noch nicht beendigt sei und daß unter dem Druck energischer Minoritäten, die in schweren Momenten immer die Entschließungen bewirkt hätten und heute von dem feu sacré der Revanche ergriffen wären, ein neuer, diesmal ein

*) L. Raschdau, a. a. O.

letzter, weil mit einem saigner à blanc endigender Waffengang drohe. Italien und England werden nur der Vollständigkeit halber erwähnt, weil kein Grund vorliege, daß wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten. Die zweite, die von allen Bismarckreden berühmteste, vom 6. Februar 1888, ist auf einen anderen Ton gestimmt. Da kommt die Klage über unsere geographische Lage, daß Gott uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die eine Seite gesetzt und auf der anderen, der russischen, kriegerische Neigungen hat groß werden lassen. Da wird zum erstenmal von dem mit furor teutonicus geführten Volkskriege gegen zwei Fronten gesprochen, und da sprudeln nach historischen Erinnerungen die markigen Worte hervor: „Um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis (zu Rußland) wieder zu gewinnen, aber wir laufen niemand nach!“ Italien und England kommen nur noch in ein paar historischen Betrachtungen vor.

Zwischen der ersten und der zweiten Rede liegt die Verlängerung des Vertrags mit Italien, zu dem nach dem Besuche Crispis in Friedrichsruh noch eine Militärkonvention hinzukam, liegt auch der Brief Bismarcks an Salisbury vom 22. November 1887. In ihm wurde in großen Zügen die Notwendigkeit, angesichts der beständigen Gefahr eines Zweifrontenkriegs die deutsch-englische Freundschaft zu pflegen, dargelegt und auf die panslawistischen Umtriebe und inneren Zustände des russischen Reichs hingewiesen, wo Reaktion und Revolution gleicherweise ihr Ziel durch Krieg zu erreichen suchten *). Lord Salisbury ließ zwar seine Bedenken gegen das von Bismarck betriebene Übereinkommen zwischen Italien, Österreich-Ungarn und England über Orientfragen fallen, wich aber einem Eingehen auf den ihm nahegelegten engeren Anschluß an Deutschland aus. Es blieb bei dem moralischen Beistand Englands für den Dreibund, den Bismarck mit der Abwehr wiederholter russisch-französischer Versuche, der eng-

*) Siehe meine Schrift: „Der neue Kurs“, Berlin 1918, S. 55, 195.

lischen Okkupation in Ägypten Schwierigkeiten machen zu helfen, vergalt *).

Am letzten Ende kam es immer darauf an, die eigene Kraft des Reiches so sehr als möglich zu stärken. Mit der Vorbereitung einer neuen, vom Kriegsminister von Verdy und dem Nachfolger Moltkes, dem Grafen Waldersee, ausgearbeiteten Wehrvorlage schloß seine Minister- und Kanzlerzeit ab. Sie endete, wie sie achtundzwanzig Jahre vorher begonnen hatte: mit dem Schmieden militärischer Waffen zu Schutz und Trutz als Rückhalt für die Führung der auswärtigen Politik.

Das ist in groben Umrissen das Bild, das die Taten des großen Realisten uns liefern. Wir sehen ihn groß in der Konzeption seiner Ziele, ebenso groß im Wechsel der geeigneten Mittel und Wege. In der ersten Hälfte seines politischen Lebens tritt mehr die Kühnheit der Gedanken und Entschlüsse, in der zweiten mehr das kluge Maßhalten und die stets wache Umsicht hervor. Mag sein, daß die Zeichnung banal ist und keinen neuen Zug enthält. Das Einfache sieht immer banal aus, und das Ganze im Wirken gottbegnadeter Persönlichkeiten ist nicht immer bekannt, auch wenn es alle Einzelheiten sind. Wie mir scheint, hat erst beim Herannahen und während des Weltkriegs die historische Forschung mit gesteigertem Hang zu „Problemstellungen" und „Zielsetzungen" die

*) Noch im Oktober 1889, ein halbes Jahr vor dem Rücktritt und dreiviertel Jahr vor dem Ablauf des Rückversicherungsvertrags, machte Bismarck zu der damals schwebenden Frage der Annexion von Witu den Randvermerk auf ein Aktenstück des Auswärtigen Amts, man müsse erst prüfen, ob England nicht ältere Rechte dort hätte, das Verbleiben Lord Salisburys auf seinem Posten sei ihm wichtiger als ganz Witu. Als sich Caprivi im Februar 1891 hierauf gegen den Vorwurf berief, Fürst Bismarck würde nicht auf Witu verzichtet haben, suchten die „Hamburger Nachrichten" das Zitat mit der Bemerkung abzuschwächen, das Marginal in den vertraulichen Akten hätte nur den Zweck haben können, die arbeitenden Kräfte in Berlin zu orientieren, nicht aber ein politisches Programm für die Zukunft aufzustellen. Gleichwohl läßt doch gerade der vertrauliche Charakter der Friedrichsruher Direktive für den inneren Dienst darauf schließen, daß in ihr eine natürlich nur für die damalige Zeit geltende esoterische Ansicht Bismarcks ausgesprochen war.

Grundlinien der politischen Machtverschiebungen in Europa seit 1850 und damit auch der Staatskunst Bismarcks scharf herauszuarbeiten gesucht *).

So hat also Bismarck anfangs mit der Zerrissenheit der eigenen Nation und den Stammesfehlern im deutschen Vaterland, später aber nach vollendetem Neubau des Reichs mit dem Verhängnis gerungen, das Hintze in die Worte faßt: Unsere geographische Lage ist unser historisch-politisches Schicksal. Deshalb blieb seine Politik bis zum Schluß immer nur europäisch orientiert **), und trotz der rücksichtslosen Anwendung von Blut und Eisen war sie niemals Prestige- oder Machtpolitik, sondern immer nur sah er die Größe Deutschlands in innerer Stärke. Macht reizt zu Gewalt und Widergewalt, Stärke trägt die Bürgschaft der Zukunft in sich

---

*) Ich nenne aus dem Sammelwerk „Deutschland und der Weltkrieg" die Beiträge: „Deutschland und das Weltstaatensystem" von Otto Hintze; „Die Vorgeschichte des Krieges" von Hermann Oncken; „Kultur, Machtpolitik und Militarismus" von Friedr. Meinecke. Ferner besonders Hermann Oncken: „Das alte und das neue Mitteleuropa", Gotha 1917; Kjellen: „Die politischen Probleme des Weltkriegs", Leipzig 1915; Fr. Meinecke: „Probleme des Weltkrieges".

**) Auch die Erwerbung von Schutzgebieten stand unter dem Einfluß europäischer Gedanken. Als z. B. der Kammerherr Graf Behr-Bandelin die von Karl Peters Ende 1884 mit einer Anzahl ostafrikanischer Häuptlinge abgeschlossenen Verträge in der Reichskanzlei vorgelegt hatte, konnte der erbetene Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Kolonisation nicht schnell genug ausgefertigt und veröffentlicht werden (27. Februar 1885), weil sich der Fürst davon eine Vermehrung der Schwierigkeiten für das wankende Kabinett Gladstone-Granville versprach. Unmittelbar darauf folgte das von Granville herausgeforderte Rededuell mit den beiden Hödurreden, das viel zum Sturze des Kabinetts Gladstone und zur Wiederkehr des Bismarckfreundes Salisbury ans Ruder (9. Juni 1885) beitrug. — Bezeichnend ist auch, daß die „Gedanken und Erinnerungen" kein Kapitel über die Kolonialpolitik enthalten, und Bismarcks getreuer Helfer bei Abfassung des Werkes, Lothar Bucher, war doch der Urheber davon, daß die Kolonisation in der deutschen Reichsverfassung unter den Zuständigkeiten des Reichs nicht unerwähnt geblieben ist.

selbst. Macht ist immer gefährlich, Stärke, in der Verbindung von militärischer Tüchtigkeit mit geistigen und moralischen Kräften, niemals.

* * *

Bei einem Vergleich des Bismarck im Ruhestande mit dem in Macht und Würden, dem Reiche und seinem kaiserlichen Herrn dienenden Bismarck muß man zugunsten jenes davon ausgehen, daß er keine Taten mehr vollbringen konnte, sondern auf Worte angewiesen blieb. Ihm war der ständige Überblick über das geheime Getriebe der Diplomatie entzogen, und sein Rat wurde nicht eingeholt. Gleich blieb sich nur die Sorge um den Schutz seines Werkes vor inneren und äußeren Gefahren. Er war widerwillig und unter harten Kämpfen vom Felde seiner Taten gewichen, und aus seinen Worten sprach nicht nur Weisheit, sondern auch leidenschaftlicher Groll. So mußte wohl der gealterte, erbittert die neuen Männer am Steuer befehdende Bismarck ein anderer sein als der im Vollbesitze seiner Macht und seines Einflusses auf die Geschicke des Reichs und Europas.

Von Persönlichem, mitunter allzu Persönlichem, abgesehen, hat er sich in seinen öffentlichen Reden, Tischgesprächen, Eingebungen in den ihm ganz ergebenen Blättern während der acht Jahre vom Rücktritt bis zum Tode als Warner hauptsächlich in zwei Richtungen vernehmen lassen: Gegen die Sozialdemokratie und über unser Verhältnis zu Rußland.

Die große innere Krisis des Reichs, die schweren Kämpfe um die Frage, ob gegen die noch ganz vom Geiste des kommunistischen Manifestes von Marx und Engels beherrschte sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Umsturzgefahr ein neues Sozialistengesetz, sei es auch unter Verfassungsbruch, erlassen werden sollte oder nicht, habe ich schon in dem „Neuen Kurs" ausführlich zu schildern versucht. Unter den äußeren Gründen für die Entlassung des Fürsten Bismarck aus seinen Ämtern hatte sein Widerstreben gegen die vom Kaiser gewünschte Ära verstärkten Arbeiterschutzes die Hauptrolle gespielt. Umgekehrt war der Sturz seines Nachfolgers, des Grafen Caprivi, durch dessen Weigerung veranlaßt, nach dem von einem Anarchisten an dem Präsidenten Carnot ver-

übten Morde mit einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterpartei vorzugehen. Fürst Bismarck hat diesen Umschwung mit Genugtuung begrüßt und bis zu seinem Lebensende alles getan, was in seinen Kräften stand, um die Minderheitsparteien zum Kampfe gegen den Umsturz anzufeuern. Nur wenige seiner persönlichen Anhänger unter den Parlamentariern und in der Presse folgten ihm hierin nicht und bewahrten sich ihr selbständiges Urteil.

Aus dem Todesjahre ist noch eine charakteristische Äußerung nachzutragen, die Fürst Bismarck bei einem Besuch von Verehrern aus Sachsen tat und kurz nach seinem Tode Professor Kämmel in Leipzig veröffentlichte. Der Fürst sagte: „Als Deichhauptmann mußte ich nach dem Satze verfahren: Wer nicht will mitdeichen, der muß weichen. In Rom war aqua et igni interdictus, wer sich außerhalb der Rechtsordnung stellte, im Mittelalter nannte man das ächten. Man sollte die Sozialdemokratie ähnlich behandeln, ihr die politischen Rechte, das Wahlrecht nehmen. So weit würde ich gegangen sein. Man behandelt jetzt die Sozialdemokratie viel zu leichtsinnig . . . Der Kaiser war eingeschüchtert. Er sagte mir, er wolle nicht einmal Kartätschenprinz heißen und nicht gleich am Anfang seiner Regierung bis an die Knöchel in Blut waten. Ich sagte ihm: Ew. Majestät werden noch tiefer hinein müssen, wenn Sie jetzt zurückweichen." Das entsprach ganz dem Wort vom „blutigen Kataklysmus", der, wie der Fürst kurz nach seiner Entlassung meinte, die Lösung der sozialistischen Wirren sein werde. Ein großer Irrtum! Wir haben es erlebt, daß die ganze Arbeiterschaft und ihre Führer, als die Stunde der Not des Vaterlandes kam, mitgedeicht haben. Die fortgesetzte Gewaltpolitik gegen die Arbeiterpartei ist der größte Schuldposten im Bismarckschen Nachlaß.

In der auswärtigen Politik war das A und das O des Mahners im Sachsenwalde: Rückkehr zu Rußland. In seinen öffentlichen Ansprachen wie in seinen Eingebungen für die Hamburger Nachrichter kehrte häufig die Klage wieder, daß die Rückendeckung bei Rußland leichtsinnig preisgegeben worden sei. Gegründet war sie auf die Tatsache, daß sein Nachfolger das Neutralitätsabkommen, das von 1887—1890 ohne den früheren dritten Teilnehmer, Österreich-Ungarn, fortgesetzt worden war, hatte ver-

fallen lassen. Dabei befand sich Fürst Bismarck in dem Irrtum, daß das persönliche Vertrauen Alexanders III. zu ihm, wovon nach seiner eigenen Meinung der Wert des ganzen Abkommens hauptsächlich abhing, in Wirklichkeit nicht vorhanden war. Die in Narwa (Sommer 1890) zu Kaiser Wilhelm und seinem neuen Kanzler gesprochenen Worte, in denen der ohnehin von Natur argwöhnische Zar sein tiefes Mißtrauen gegen den alten Kanzler bekundete, sind erst lange nach dem Tode Bismarcks bekannt geworden *).

Die Nachfolger schwiegen über das Bekenntnis des Zaren und beschränkten sich gegen den wiederholten Vorwurf, den Draht nach Rußland abgerissen zu haben, auf die Versicherung, daß die guten dynastischen und amtlichen Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin keinen Schaden gelitten hätten. In der Tat waren sie in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, besonders seit der Thronbesteigung des Zaren Nikolaus II., viel freundlicher als im letzten Jahrzehnt der Amtszeit des Fürsten Bismarck. Was bedeuteten aber die notgedrungen schwachen Einwände Caprivis, Hohenlohes, Marschalls gegenüber dem vernichtenden Urteil eines Bismarck wegen der Nichterneuerung des russisch-deutschen Versicherungsvertrags! Wie bei einem großen Teil der Zeitgenossen, so setzte sich bei den meisten späteren Geschichtschreibern die Ansicht fest, daß der Verzicht auf das Abkommen ein folgenschwerer Fehler gewesen sei. Erst während des Weltkriegs hat sich hierin ein Wandel angebahnt. Hermann Oncken ist in seinem gleichzeitig mit

*) Vgl. „Der neue Kurs", S. 60 f. Dem, was ich dort über den Glauben Bismarcks an das Vertrauen des Zaren ausgeführt habe, wäre noch hinzuzufügen, daß dieser Glaube doch nicht so fest war. Zu dem Geh. Leg.-Rat v. Brauer, der im Herbst 1889 den Chef der Reichskanzlei in Friedrichsruh vertrat und den Fürsten zur Begegnung mit dem Zaren nach Berlin begleitete, sagte Bismarck unmittelbar nach der Audienz im Kgl. Schloß: „Der Zar hat wieder Vertrauen zu mir gewonnen, nachdem man so viele Anstrengungen gemacht hatte, mich bei ihm zu verdächtigen . . . Er ist überzeugt, daß ich die Wahrheit gesprochen habe . . . Es fragt sich nur, wie lange sein Glaube anhält, wenn er erst wieder in Petersburg in den Händen von Pobjedonoszew und Konsorten ist." (Erinnerungen an Bismarck, S. 59.)

meinen Erinnerungen über den neuen Kurs in den Druck gegebenen Werke: „Das alte und das neue Mitteleuropa“ in eine Nachprüfung des grimmigen Stempels eingetreten, den der große Kämpfer nach seiner Entlassung auf jenen Verzicht gedrückt hat, und dabei zu einem ganz ähnlichen Ergebnis wie ich gekommen.

Nun hat sich auch mein älterer Kollege aus dem Auswärtigen Amt, der Gesandte a. D. Wirkliche Geheime Rat L. Raschdau, in den „Grenzboten“ zu dem gleichen Thema vernehmen lassen. Wie kaum ein anderer ist er berufen, mehr Licht in das Dunkel der Geschichte des Rückversicherungsvertrags und seines Werts für Deutschland zu bringen. Er war seit 1886 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und seit seinem Übergang von der handelspolitischen in die politische Abteilung (1888) mit Behandlung der russischen Angelegenheiten betraut, er gehört zu den wenigen, die den Inhalt des deutsch-russischen Abkommens genau kennen und ist unter den fünf oder sechs Amtspersonen, die bei dem Entschlusse, auf die von Rußland gewünschte Verlängerung nicht einzugehen, mitgewirkt haben, der einzige Überlebende. Bei dem Besuche in Narwa (1890) befand er sich mit dem Kanzler von Caprivi im kaiserlichen Gefolge.

Wie aufrichtig Raschdau den Altkanzler verehrte, geht aus seinen Beiträgen zu den von Erich Marcks, A. v. Brauer u. a. herausgegebenen persönlichen „Erinnerungen an Bismarck *)“ hervor. In seinem Grenzboten-Artikel bestätigt Raschdau, daß der Zar, auf dessen Haltung Fürst Bismarck nach seinen öffentlichen Erklärungen fest vertraute, gerade in der letzten Vertragsperiode „bedenkliche Beweise von Unsicherheit“ zu erkennen gegeben hatte. Nach einer Schilderung, wie sich die deutsch-russischen Beziehungen in den Jahren 1881—1890 tatsächlich entwickelt hatten, stellt Raschdau die Frage: „Kann ein Unbefangener, der sich diese Vorgänge (Ersatz des Nihilismus durch den Panslawismus, russisch-französische Verbrüderungsfeste seit 1887, russische Maßregeln gegen die Ausländer, besonders das Deutschtum, deutscher Feldzug gegen die russischen Werte kurz vor dem Besuch des Zaren in Berlin, darauf folgende Veröffentlichung des deutsch-österreichisch-ungarischen

*) Stuttgart und Berlin 1915.

Bündnisvertrags usw.) ins Gedächtnis zurückruft, wirklich die Meinung hegen, daß der Rückversicherungsvertrag einen günstigen Einfluß auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Großmächte geübt habe? Es läßt sich nur erwidern, daß ohne ihn die Lage vielleicht noch gespannter gewesen wäre."

In meinen Erinnerungen hatte ich gesagt, daß sich nur ein Staatsmann von der Meisterschaft und den unvergleichlich reichen Wirkungsmöglichkeiten eines Bismarck zutrauen durfte, das Spiel mit den fünf Kugeln (Dreibund und Rückversicherungen mit Rußland und Rumänien) auszuführen, ohne daß die eine mit der andern karambolierte und zu Boden fiel. Infolgedessen sei der Verzicht auf das russische Geheimabkommen eine Notwendigkeit gewesen, wenn Bismarck ging. Einige Kritiker wollten darin ein höchst blamables Zeugnis für die Unfähigkeit der deutschen Diplomaten der nachbismarckschen Zeit erblicken. Eine sonderbare Auslegung! Als ob Bismarck nur ein Diplomat von gutem Durchschnitt, nicht aber der alles überragende Staatsmann Europas im vorigen Jahrhundert gewesen wäre! Dagegen heißt es in dem Raschdauschen Aufsatz: „Nicht sowohl von der Existenz unseres Vertrages als vielmehr von der Staatskunst des Fürsten Bismarck hing es ab, daß die fortdauernd kühlen Beziehungen sich nicht weiter verschlechterten. Als dann mit seinem Ausscheiden das ungeheuere Gewicht seines Namens entfiel, das keinem seiner Nachfolger, wer es auch sei, beiwohnen konnte, mußte die Frage in den Vordergrund treten, ob dem Vertrag die ursprünglich zugedachte Bedeutung noch beizumessen sei und ob bei einer längeren Fortdauer nicht unser Verhältnis, in erster Linie zu Österreich-Ungarn, dann aber auch zu anderen Staaten, denen gegenüber wir in unseren Bewegungen durch das Abkommen eingeschränkt waren, darunter leiden müsse."

Wie oft hat Fürst Bismarck während seiner Amtszeit über die brutale panrussische Eroberpolitik gestöhnt und sich dagegen aufgebäumt, der „Vasall" oder, wie sich der Abg. Jörg einmal ausdrückte, der „Kettenhund des Panslawismus" zu sein! Noch im Jahre 1897 aber hegte er Zweifel an einem verbrieften Bunde zwischen Rußland und Frankreich. Nachdem endlich bei dem Besuche des Präsidenten Faure in Petersburg vom Zaren Niko-

laus II. das in Paris sehnlich erwartete Wort Allianz ausgesprochen war, sagte er zu dem Herausgeber der „Zukunft“ *): nations alliées könnte unter Umständen eine bloße Artigkeit, eine Unterstreichung des ebenso unverbindlichen Wortes nations amies gewesen sein, schwerlich würde auch der Inhalt eines Vertrags, wenn überhaupt einer existiere, den Franzosen gefallen, man überschätze heutzutage vielfach das Dekorative in der Politik. Woran er mit der Hartnäckigkeit des hohen Lebensalters im Gedenken längst vergangener Zeiten nicht glauben mochte, das war schon am 27. August 1891 durch einen Notenaustausch begonnen und 1892 durch eine Militärkonvention, 1894 weiter durch einen förmlichen Bündnisvertrag vervollständigt worden.

Unter dem Titel „Die deutsche Weltfrage“ schrieb Dostojewski in einem im Mai 1877 veröffentlichten Artikel **): „Und da kommt nun noch (zu der alten Gewöhnung der Deutschen an Zerspaltung, die nicht so schnell verschwinde wie ein ausgetrunkenes Glas Wasser) das Naturgesetz selber hinzu: Deutschland ist in Europa immerhin das Land, das in der Mitte liegt. Wie stark es auch sein mag — auf der einen Seite bleibt Frankreich, auf der anderen Rußland. Es ist ja wahr, die Russen sind vorläufig noch höflich. Wie aber, wenn sie plötzlich erraten, daß nicht sie das Bündnis mit Deutschland brauchen, wohl aber Deutschland das Bündnis mit Rußland, und überdies noch, daß die Abhängigkeit von dem Bündnis mit Rußland allem Anschein nach die verhängnisvolle Bestimmung Deutschlands ist und besonders seit dem Deutsch-Französischen Kriege (im Original gesperrt gedruckt). Das ist es ja, warum an die allzu große Ehrerbietung Rußlands selbst ein von seiner Kraft so überzeugter Mensch, wie Bismarck, nicht imstande ist zu glauben.“ Was der geniale, die deutsche Kultur liebende, aber von mystischem Glauben an die Herrlichkeit des russischen Gottes beherrschte Dichter vom Erraten seiner Russen ahnte, traf bald genug ein, und gleichzeitig wuchs das Mißtrauen, von dem sich der deutsche Kraftmensch gegenüber

*) Siehe „Zukunft“ vom 4. Sept. 1897.

**) F. M. Dostojewski: „Politische Schriften“, 2. Auflage, München 1917, S. 76 f.

der russischen Ehrerbietung leiten ließ. Aber nur auf die Dauer seiner Amtszeit. Der Bismarck im Ruhestande ließ in seinen vielen öffentlichen Äußerungen wenig mehr davon merken, und so wurde die unverbrüchliche Freundschaft mit Rußland in dem weiten Kreise seiner dankbaren Verehrer allmählich zum Dogma.

Im inneren Zusammenhang mit den Ermahnungen zum engen Anschluß an Rußland standen die Angriffe des entamteten Kämpfers gegen den neuen Polenkurs in Preußen. Die Politik Caprivis nach innen war auf möglichste Zusammenfassung aller Kräfte, mit Einschluß der ehemaligen „Reichsfeinde", eingestellt. Die Hauptbeschwerden der deutschen Katholiken waren schon von Bismarck durch den Abbau der preußischen Maigesetze gemildert worden, dagegen fand der Nachfolger noch eine verschärfte Behandlung der polnischen Irredenta in Preußen, nicht bloß in der Form von Schutzmaßregeln für die in Posen und Westpreußen immer mehr zurückgedrängte deutsche Besiedelung, sondern auch auf dem Gebiete der Kirche und Schule vor. Nach dem Tode des Erzbischofs Dinder wurde das Erzbistum Gnesen wieder mit einem Stockpolen in der Person des Prälaten von Stablewski besetzt, der als Abgeordneter in der Kulturkampfzeit einer der heftigsten Redner gewesen, nun aber zu einer versöhnlicheren Haltung bereit war. Der Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler, vorher Oberpräsident der Provinz Posen, erließ alsbald nach seiner Ernennung eine Verfügung (vom 11. April 1891), die den Volksschullehrern die Erteilung von Privatunterricht im polnischen Lesen und Schreiben im Schulgebäude gestattete. Die Neuerung bestand nur darin, daß der polnische Privatunterricht im Lesen und Schreiben auch in öffentlichen Schulgebäuden abgehalten werden durfte. Trotzdem erregte sie damals scharfe Debatten, bei denen Anhänger des alten Kurses so taten, als ob die Hergabe von Schulhäusern zur Erleichterung des Privatunterrichts in den Elementen der Muttersprache uns der Verwirklichung großpolnischer Träume näher brächte.

Beide Maßregeln, die Wahl eines polnischen Erzbischofs und der Schulerlaß des Kultusministers, hatten zunächst den günstigen Erfolg, daß die polnische Fraktion im Reichstage ihren reinen Proteststandpunkt verließ und begann, an den Reichsangelegenheiten, namentlich den militärischen und maritimen, mitzuarbeiten.

Das dauerte aber nicht lange. Gegen die sog. Hofpartei des Herrn v. Koscielski (spottweise Admiralski genannt) erhob sich das demokratisch gerichtete polnische Bürgertum in den Städten, zum Teil mit Unterstützung von Kanzel und Beichtstuhl, und bei der hundertjährigen Wiederkehr des Tages der zweiten Teilung Polens (1895) erschienen in der polnischen Provinzpresse Artikel, in denen die Wiederaufrichtung des alten Polenreichs, womöglich von Meer zu Meer, d. h. von der Ostsee bis zum Pontus Euxinus, gefordert wurde. Auch fehlte es in den Ostmarken nicht an brutalen Ausschreitungen fanatisierten Volks gegen preußische Beamte.

Fürst Bismarck hielt die Tendenz des von Caprivi begonnenen und vom Fürsten Hohenlohe fortgesetzten versöhnlicheren Polenkurses von vornherein für verfehlt und schädlich: für verfehlt, weil sie doch ihr Ziel, die deutschen Polen zufriedener zu machen, als die geknechteten russischen waren, nicht erreichen würde, für schädlich, weil das zarische Rußland Anlaß hätte, daran zum Nachteil der alten freundnachbarlichen Beziehungen Ärgernis zu nehmen. Schon im Juli 1892 ließ er in den Hamburger Nachrichten schreiben: die Verschärfung der Gegensätze zwischen Berlin und Petersburg sei hauptsächlich durch die Politik erfolgt, die von preußischer Seite in den polnischen Fragen unter den Einflüssen des Zentrums ausgeführt werde, die Aussicht, daß wiederum Vorbereitungen zur Revolutionierung des russischen Polens getroffen würden, könnte unmöglich das Vertrauen zwischen den beiden Nachbarreichen fördern. Diese und ähnliche Äußerungen stimmten weder mit der Tatsache überein, daß sich schon in den letzten drei Jahren der Bismarckschen Kanzlerschaft die russisch-deutschen Gegensätze verschärft hatten, noch trafen sie den wahren Sinn der neuen Polenpolitik. Ebenso merkwürdig war die wiederholt *) vom Fürsten Bismarck im Ruhestande ausgesprochene Auffassung, die Panslawisten seien nicht so gefährlich, die schlimmsten Kriegshetzer seien Polen, Juden, Nihilisten und Franzosen, besonders der Pole mit seiner höheren Bildung und seiner Meisterschaft im Ver-

*) Z. B. zu Hans Blum, 30. Okt. 1892: „Es sind nur drei Elemente, die in Rußland zum Krieg hetzen: die Presse, die Polen und die Juden. Die Presse nur insoweit, als sie vom Auslande, von Polen und Juden beeinflußt ist oder von Polen und Juden bedient wird."

schwörerwesen mache die russische Presse gegen Deutschland mobil. Richtig daran mochte sein, daß die polnischen Beamten und Journalisten eine bessere Kenntnis der inneren russischen Schwäche besaßen und hauptsächlich darauf ihre Zukunftshoffnungen stellten.

Während seiner Amtszeit hat Bismarck Stunden gehabt, in denen er sich für den Fall eines deutsch-russischen Zusammenstoßes mit dem Gedanken einer Lostrennung Kongreßpolens von Rußland beschäftigte. Das stärkste Zeugnis dafür liefert eine Stelle in den Hohenloheschen Denkwürdigkeiten (II, S. 343) aus dem Jahre 1883. Danach äußerte Fürst Bismarck: Ein Krieg mit Rußland, bei dem wir Österreich unterstützen müßten, sei ein Unglück, denn wir könnten ja nichts gewinnen, nicht einmal die Kriegskosten bekommen. Bei günstigem Verlauf müßten wir Polen bis an die Düna und den Dnjepr herstellen. Wir würden zwar Polen nicht revolutionieren, aber Österreich-Ungarn gewähren lassen, das dann einen Erzherzog zum König von Polen machen würde. Gegen das neue Königreich würde sich dann wieder ein Drei-Kaiser-Bündnis bilden. Im Oktober 1887 warf Bismarck zu seinem Friedrichsruher Gast Crispi die Bemerkung hin: Wenn man den Polen ein wenig hülfe, sich zu erheben, könnten sie ihr Joch abschütteln und unter einem österreichischen Erzherzoge einen selbständigen Staat bilden. Drei Jahre später, kurz nach seiner Entlassung, sagte er zu einem russischen Zeitungsmann: Bekäme Deutschland in einem Kriege mit Rußland die Oberhand, so müßte es die Polen nehmen, deren wir schon genug hätten. Gewiß, der erste und der dritte Ausspruch richteten sich gegen das Unglück eines Krieges mit Rußland. Aber für den schlimmsten Fall hielt sich der Altmeister doch den Weg zu einer vollständig veränderten Behandlung der Polenfrage offen.

Hermann Oncken, der sich in seiner erwähnten Schrift über das alte und das neue Mitteleuropa ausführlicher mit der Polenpolitik beschäftigt, beruft sich auch auf das Buch: „Bismarck. Zwölf Jahre deutscher Politik 1871—1883", erschienen in Leipzig 1884, in dem ein wundersames Gespräch Bismarcks mit dem Grafen St. Vallier (von 1878—1882 französischer Botschafter in Berlin) wiedergegeben ist. Die Unterredung sollte nichts Geringeres zum Gegenstand gehabt haben, als einen Freundschaftsbund zwischen

den Großstaaten Mitteleuropas (Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn), der an Innigkeit alle Allianzen übertreffen, die Teilung der Türkei zwischen Rußland und England verhindern, dem gegenseitigen Zerfleischen von Deutschland und Frankreich ein Ende machen und durch seine weltpolitische Bedeutung den Streit um Elsaß-Lothringen zu einer Winzigkeit herabdrücken würde. Dabei sollte Fürst Bismarck auch die wegen der steten Gefahr am Rhein notwendige russische Rückendeckung beklagt haben, die dazu geführt hätte, daß die deutschen Mächte mit gebundenen Händen zusehen mußten, wie das Nachbarland Polen ruiniert wurde, und daß sich Preußen wie ein wachsamer Hund vor die polnischen Tore Rußlands legte.

In der Annahme, daß diese Veröffentlichung amtlicher oder halbamtlicher Herkunft gewesen sei, folgt Oncken dem 1892 anonym erschienenen Werke „Berlin-Wien-Rom" von Julius von Eckardt. Dieser vortreffliche Schriftsteller von Welterfahrung, politischer Schulung und reichem Wissen war, aus seiner baltischen Heimat wegen seiner deutschen Gesinnung verdrängt, zuerst in Hamburg tätig und wurde dann unter Bismarck, der sich für ihn interessierte, in den auswärtigen Dienst übernommen. Unter Caprivi kam er von dem Konsulat in Marseille auf den Posten des Generalkonsuls in Stockholm. Sein Berlin-Wien-Rom wurde von dem Strudel, der bei der Wiener Reise des Fürsten Bismarck und durch die Veröffentlichung des Uriasbriefes entstand, verschlungen, ist aber heute noch lesenswert. Die Annahme jedoch, daß jene „Zwölf Jahre auswärtiger Politik" unter amtlicher Billigung erschienen seien, unterliegt starkem Zweifel.

Die Schrift rührte von dem Journalisten Hermann Robolsky her. Er war zu jener Zeit schon in reifen Jahren, ich kannte ihn oberflächlich und erinnere mich noch seiner heiter-gutmütigen Augen. Sein Brot verdiente er mit leicht geschriebenen Artikeln und Berichten, hauptsächlich aber mit der Herstellung von Büchern. Als Buchersabrikant war er ein Proteus. Bald verbarg er sich unter drei Sternen, bald erschien er unter dem Namen Wiermann, bald tauchte er als A. v. Redern und ähnlichen unfaßbaren Gestalten auf. Aus den dicken Bänden der von Poschinger herausgegebenen Aktenstücke: „Preußen am Bundestag" verfertigte er

einen kleinen Poschinger, und für die zwei Bände: „Der deutsche Reichstag. Seine Parteien und seine Größen" stand ihm eine reiche Sammlung von Zeitungsausschnitten zur Verfügung. Überhaupt war in seinen Büchern viel Scherenarbeit. Bei der Eile, mit der er sie herstellen mußte, fehlte ihm Zeit und Lust, um in der Angabe seiner Quellen genau zu sein. Auch hierin verschleierte er gern. Im Falle Bismarck-Vallier war es „ein dem Fürsten nahestehender Parlamentarier", der ihm das Gespräch mitgeteilt haben sollte. Sicherlich war Robolsky stramm bismarckoffiziös, aber freiwillig und ohne Auftrag.

Die Äußerungen des Fürsten zu St. Vallier nehmen bei Robolsky fast sieben Seiten ein. Ob Bismarck gegen das Gespräch nach seinem Erscheinen Widerspruch erheben ließ, konnte ich nicht ermitteln. Dagegen spricht, daß Robolsky im Jahre 1889 in einem neuen, von ihm unter dem Namen A. von Unger herausgegebenen Buche: „Unterredungen mit Bismarck" die Äußerungen zu dem französischen Botschafter wörtlich wieder abdrucken ließ. Nur die früher angegebene Quelle, der dem Fürsten Bismarck nahestehende Parlamentarier, fehlte. Dafür war in der Vorrede gesagt, daß das Buch nichts bringe, was nicht in längst verwehten Zeitungsblättern, in Memoiren und Tagebüchern zerstreut zu finden sei. Auch jetzt erfolgte, soviel mir bekannt, kein amtlicher Widerspruch gegen die angebliche Unterredung mit St. Vallier.

Erst nach Erscheinen des Eckardtschen Buches kam eine Verwahrung. Hugo Jacobi erklärte nach Rücksprache mit Friedrichsruh in der Allgemeinen Zeitung das angebliche Gespräch für willkürlich erfunden und hob als unsinnig namentlich die Behauptung heraus, daß Bismarck das türkische Festland nur den Österreichern, Franzosen und Deutschen vorbehalten wissen wollte. Auch von der Möglichkeit eines russischen Raubzuges wollte man in Friedrichsruh damals nichts wissen und nannte sie eine Utopie, die durch demokratische und polnische Preßeinflüsse großgezogen werde.

Aber neben der schwachen Stelle über die europäische Türkei enthält die angebliche Unterredung mit St. Vallier sehr starke Sätze, die sich Robolsky gewiß nicht erfunden hat und Fürst Bismarck sehr wohl in der Zeit der russischen Kriegsdrohungen 1879

zu einem so diskreten und verständigen französischen Vertreter, wie es der damalige Botschafter in Berlin war, gesprochen haben könnte. Bismarck hatte ja auch in Wien vom Kaiser Franz Josef und Grafen Andrassy bestätigen hören, daß der Gortschakoffsche Plan eines Bündnisses mit Frankreich an der Abneigung der Pariser Regierung bisher gescheitert sei. Neben einer packenden Schilderung des historischen Verlaufs der Kriege in der Mitte Europas darf man zu den starken Stellen in dem Bericht z. B. diese rechnen: „Wenn England und Rußland samt ihren Satrapen Gelegenheit fänden, sich in den Besitz der Türkei zu teilen — *denn auf den Antagonismus der beiden Weltmächte die Hoffnung zu setzen*, wäre wohl Wahnsinn — dann hätten die Siege oder Niederlagen der mitteleuropäischen Mächte allerdings den traurigsten Ausgang genommen, und ihr Schicksal wäre besiegelt."

Also bei der Berufung auf die Robolskysche Sammelschrift zum Beweise für gelegentliche polenfreundliche Anwandlungen Bismarcks im Kanzleramt bleibt ein non liquet. Der Bismarck im Ruhestande ist jedenfalls bei seinen Angriffen auf den neuen, von den alten „Reichsfeinden" Zentrum und Fortschritt unterstützten Polenkurs in Preußen fortwährend davon ausgegangen, daß dieser den deutsch-russischen Beziehungen abträglich sei. Darin ließ er sich auch durch den selbstherrlichen Dünkel nicht beirren, in dem das Zarenregiment die Vergewaltigung des Baltikums durchführte und periodisch den unterdrückten Kongreßpolen ein größeres Maß von Freiheit in Kirche und Verwaltung verhieß, ohne sich dort um deutsche Empfindlichkeiten und hier um etwaige Rückwirkungen auf die preußischen Ostmarken im mindesten zu kümmern.

Neben der Sorge um die Pflege der Freundschaft mit Rußland hat das *Verhältnis zu England* den Geist Bismarcks nach seinem Sturze nur wenig beschäftigt. Im Anfange fehlte es nicht an abfälligen Bemerkungen über englische, durch die Kaiserin Friedrich vermittelte Hofeinflüsse. Als aber in einer Londoner Korrespondenz der Kreuzzeitung behauptet wurde, daß zur Zeit des Berliner Thronwechsels 1888 eine starke Verstimmung zwischen dem Londoner Kabinett und dem Berliner Auswärtigen Amt bestanden hätte, gingen die Hamburger Nachrichten scharf da-

gegen ins Zeug. Sie nannten es eine dreiste Unwahrheit, daß nach dem Rücktritt Bismarcks eine Wandlung der deutsch-englischen Beziehungen erforderlich gewesen wäre, vielmehr wäre seit dem Amtsantritt Lord Salisburys stets ein von beiden Seiten diskret und erfolgreich gepflegtes Einvernehmen vorhanden gewesen. Auch bei der Kritik des Helgolandvertrags hielt Bismarck an dem Grundsatz fest, daß das Bestreben, mit England auf gutem Fuß zu bleiben, billigenswert sei.

Auf zehn Bismarckartikel über Rußland kam ungefähr einer über England. Zum Teil erklärt sich das daraus, daß Bismarck, wie die Hamburger Nachrichten bezeugten, an der Festigkeit der englischen Freundschaft, solange Lord Salisbury im Amte war, keinen Zweifel hegte. Das Vertrauen war hier ebenso wie beim Rückversicherungsvertrag ganz auf die maßgebende Person gestellt. Andere Klänge aus dem Sachsenwalde vernahm man erst zur Zeit des Krügertelegramms. Die Explosion, die die kaiserliche Glückwunschdepesche an den Präsidenten der Burenrepublik verursachte, war dem Fürsten Bismarck überraschend. Sein Hamburger Organ wollte sich kaum eines Ereignisses aus neuerer Zeit erinnern, durch das die Unehrlichkeit der englischen Presse so festgenagelt worden wäre wie in dem zornigen Ausbruch gegen das Telegramm, in dem der Deutsche Kaiser doch, „genau betrachtet", nur der sittlichen Entrüstung der englischen Regierung über den räuberischen Einbruch in Transvaal den Beistand seiner europäischen Autorität leistete. „Die russische Politik hat ja auch ihre Strebsamkeiten, aber ohne christliche Heuchelei und mit geschickterer Beachtung der äußeren Formen."

Ende Januar 1896 kam dann noch ein langes Register von englischen Unfreundlichkeiten gegen Deutschland aus der Vergangenheit, von der Zeit des Siebenjährigen Krieges ab und seit dem Wiener Kongresse, hinzu. Das Hamburger Organ stimmte damit ganz, ohne die sonst gegenüber dem Kabinett Salisbury beobachtete Schonung, in den allgemeinen Chor der deutschen Presse wider England ein. Die schon vorhandene Anglophobie in der deutschen Öffentlichkeit nahm nun erst recht zu und unterstützte die alte Mahnung, nur in der Freundschaft mit Rußland das Heil gegen den Druck auf die Mitte zu suchen.

Der hellblickende Botschafter a. D. Graf Monts hat in einem seiner für das Berliner Tageblatt geschriebenen Artikel *) die Vermutung geäußert, Bismarck habe Rußland deshalb stets nur mit Samthandschuhen angefaßt, weil er hoffte, über kurz oder lang müsse der Zusammenbruch in sich selbst erfolgen. Dafür spricht vielleicht die Stelle des Briefes an Lord Salisbury vom 22. November 1887, wo Bismarck neben den panslawistischen Umtrieben die inneren revolutionären Zustände des russischen Reiches als gefährlich für den europäischen Frieden erwähnt. Auch das zu Bernhard von Bülow gesprochene Wort aus den Endjahren der Amtszeit des großen Kanzlers, von dem russischen Faß, in dem es ganz bedenklich gäre und rumore, könnte herangezogen werden. Aber das war noch der Bismarck in der Fülle seiner Macht, der grollende Kämpfer nach 1890 war ein anderer. Und das eben ist bei nüchterner Betrachtung seiner politischen Wirksamkeit im Ruhestande der hervorspringende Punkt, daß alle seine Erinnerungen und Ermahnungen viel mehr an den Erlebnissen der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als an denen der letzten zehn Jahre seiner Amtszeit hafteten. Wie im Innern das Zentrum, das ihm während der achtziger Jahre die Schutzzoll- und die Arbeiterversicherungspolitik durchbringen half, wieder wie in der Kulturkampfzeit zu den Reichsfeinden gerechnet wurde, so lebte im Äußeren das alte freundliche Verhältnis aus der Zeit des Zaren Alexanders II. wieder auf und traten die schlimmen Erfahrungen mit Rußland aus der Zeit nach dem Berliner Kongreß sowie die Lehren des „vierzigjährigen Tableaus" in der Rede vom 6. Februar 1888 fast ganz zurück. Zu den einseitigen autoritativen Aussprüchen des Altreichskanzlers über die Notwendigkeit der Anlehnung an Rußland fehlte das Gegengewicht.

So blieb bei Bismarcks Tode in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck zurück, daß sein teuerstes Vermächtnis an die Nation die Zarenfreundschaft sei, die seine Nachfolger vernachlässigt hätten, obgleich sie schon mit mäßigem diplomatischen Geschick zu erhalten gewesen wäre.

*) „Politische Aufsätze" von Graf Monts; Berlin 1917, S. 31.

Dieses von der Masse der Anhänger des Altreichskanzlers treu gehütete Vermächtnis bildete das schwerste Hindernis für jeden Versuch, einen vertrauensvollen Ausgleich der Gegensätze der stärksten Festlandsmacht und der Weltmacht England herzustellen. Ein Beispiel möge zeigen, wie fest das Dogma von der unbedingten russischen Rückendeckung in den Köpfen saß. In der Rede zur Enthüllung des Nationaldenkmals für Bismarck in Berlin am 16. Juni 1901 sagte der inzwischen mit der Grafenwürde ausgezeichnete und als Nachfolger Hohenlohes zum Reichskanzler erwählte ehemalige Staatssekretär Bernhard v. Bülow: „In jeder Hinsicht stehen wir auf seinen Schultern. Nicht in dem Sinne, als ob es vaterländische Pflicht wäre, alles zu billigen, was er gesagt und getan hat. Nur Toren oder Fanatiker werden behaupten wollen, daß Fürst Bismarck niemals geirrt habe. Auch nicht in dem Sinne, als ob er Maximen aufgestellt hätte . . . Starre Dogmen gibt es weder im politischen noch im wirtschaftlichen Leben, und gerade Fürst Bismarck hat von der Doktrin nicht viel gehalten." Gleich darauf war in den Hamburger Nachrichten zu lesen: Das sei im allgemeinen schön und richtig, aber es gäbe Fundamentalsätze der Bismarckschen Politik, von denen niemals abgewichen werden dürfe, und ein solcher Fundamentalsatz sei: Rücken an Rücken mit Rußland, weil wir sonst unberechenbarsten Komplikationen ausgesetzt wären.

Die russische Fassade strahlte damals noch in vollem Glanze. Sie täuschte uns über die stürzenden Mauern und Balken dahinter. Nicht nur uns, die ganze westliche Welt, zum Glück auch England. Die Täuschung war erlaubt, bis sich 1905 der große Trümmerhaufen hinter der Fassade zeigte. Um die Jahrhundertwende aber taten einerseits das von Bismarck hinterlassene Dogma und Burenbegeisterung in der deutschen Öffentlichkeit, andererseits Handelsneid und Herrenbewußtsein in der englischen so gründlich ihre Wirkung, daß nur das eine und das andere Abkommen von Kabinett zu Kabinett noch möglich, aber ein Bündnis von Volk zu Volk kaum mehr durchzuführen war.

III. Deutschland und England 1898–1900.

Daß in einem so großen Kolonialreich, wie England es besitzt, immer irgendwo äußere Schwierigkeiten und Reibungen vorhanden sind, liegt in der Natur der Dinge. Es hat aber kaum eine Zeit gegeben, in der von dem Londoner Kabinett so vielfältige überseeische Streitigkeiten zu schlichten gewesen wären, als in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts. In Ostasien: die Unversehrtheit Chinas, wo England bisher überwiegenden Einfluß besaß, wird von Rußland bedroht. Das englische Angebot, von keinem Hafen im Golf von Petschili Besitz zu ergreifen, wenn Rußland von der Besetzung Port Arthurs Abstand nehme, wird abgelehnt, Rußland geht mit dem offenbaren Hintergedanken nach Port Arthur, allmählich die Mandschurei vom chinesischen Reiche abzutrennen, infolgedessen muß in Weihaiwei ein militärisches Gegengewicht geschaffen werden; die deutsche Pachtung von Kiautschou läßt man freundlich gelten, weil sie nur wirtschaftlichen Zwecken dient und um, wie Balfour im Unterhaus sagt, die öffentliche Meinung in Deutschland zu versöhnen. In Indien ist ein blutiger Feldzug gegen die nördlichen Grenzstämme im Gange. Nach dem Tode des Emirs von Afghanistan sind Unruhen und verstärkte russische Einflüsse zu befürchten. Im Sudan: Kampf gegen den Mahdi, der Plan, zwischen Unterägypten und den britischen Besitzungen am Victoria-Njansa eine sichere Verbindung herzustellen, kreuzt sich mit dem Bestreben der Franzosen, ihre Einflußsphäre vom Kongo quer durch Afrika bis zur französischen Kolonie am Roten Meere zu erweitern; nach seinem Siege bei Omdurman eilt Kitchener nach Faschoda am Weißen Nil und hißt die britisch-ägyptische Flagge neben der von Marchand vorher schon gehißten französischen, ein scharfer diplomatischer Streit entbrennt (Oktober 1898). (Ein ähnlicher Wettlauf hatte sich im Februar 1898 im Hinterlande von Lagos und Dahomey ereignet, wo eng-

lische und französische Expeditionen an mehreren Punkten im Nigerbogen in bedrohliche Nähe aneinander gerückt waren.) Im Südosten des marokkanischen Reichs machen Anfang Juni 1898 die Franzosen mit der Besetzung der Tuatoasen den Anfang einer durchgehenden Verbindung von Algier über Timbuktu nach Dahomey, vielleicht auch einer Durchdringung Marokkos bis zur Küste; das mit den Vereinigten Staaten in Krieg verwickelte, schon sehr geschwächte Spanien muß es geschehen lassen, England verstärkt seine Besatzung auf Gibraltar. In Südafrika endlich zeigt der Barometer Sturm an. In einem dem englischen Parlament vorgelegten Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten Krüger und dem Kolonialsekretär Chamberlain über die Ausländerfrage steht die feierliche Drohung: „Ihre Majestät nimmt gegenüber der Südafrikanischen Republik die Stellung eines Souveräns ein, der dem Volke dieser Republik Selbstregierung unter gewissen Bedingungen gewährt hat. Es würde unvereinbar mit dieser Stellung sein, die Bedingungen der gewährten Selbstregierung einem Schiedsgericht zu unterwerfen."

Scharfe diplomatische Händel mit zwei Großmächten, Feldzüge in Indien und im Sudan, drohender Kampf mit einem halsstarrigen, tapferen, mit guten Waffen ausgerüsteten Volksstamm weißer Rasse, das waren Gründe genug für den Versuch, mit der militärisch stärksten Macht in Europa trotz aller wirtschaftlichen Nebenbuhlerschaft eine feste, verbriefte Freundschaft einzugehen. Ungefähr zur Zeit des Übergangs von Weihaiwei in englischen Besitz regte Chamberlain in einer vertraulichen Unterhaltung mit dem Botschafter Grafen Hatzfeldt in London den Abschluß eines deutsch-englischen Vertrags mit der Begründung an, daß die Vereinsamung immer schwerer auf der britischen Politik laste und gegenwärtig eine günstige Regelung der Streitfälle erschwere, die gleichzeitig mit Rußland in Ostasien und mit Frankreich in Westafrika schwebten. Chamberlain war zwar der stärkste Mann im Kabinett Salisbury, und wenn auch die erwähnten Streitigkeiten gerade ihn als Kolonialsekretär angingen, so konnte er doch in einer so wichtigen, die ganze Stellung Englands zu den europäischen Mächten betreffenden Frage nicht im Namen des Kabinetts sprechen. Indessen stellte sich in einer späteren Unterredung

des Botschafters mit Lord Salisbury heraus, daß auch dieser einem Bündnis mit Deutschland geneigt war. Allerdings war nach zuverlässigen Nachrichten aus Petersburg ein mißglückter englischer Versuch vorausgegangen, ein inniges Einvernehmen mit Rußland herzustellen. Graf Hatzfeldt wies in seiner Antwort darauf hin, wie schwer es für das parlamentarisch regierte England wäre, genügende Garantie für ein Bündnis zu bieten. Man müsse daran denken, daß im Kriegs- und Bündnisfalle ein englisches Kabinett, das die mit Deutschland und dem Dreibund eingegangenen Verpflichtungen zu halten entschlossen sei, vom Parlament gestürzt werde. Chamberlain glaubte den Einwand mit der Entgegnung beseitigen zu können, daß man ja den Vertrag dem Parlament zur Genehmigung vorlegen könnte, bekam aber die Antwort, daß das für Deutschland den Verzicht auf die guten Beziehungen zu seinem russischen Nachbar bedeuten würde. Wer sich in die damalige Zeit versetzt, der wird an der vorsichtigen und mißtrauischen Behandlung des Bündnisangebots kaum etwas zu tadeln haben. Bismarck lebte noch! War ihm und mit ihm dem deutschen Volk schon Bulgarien nicht die Knochen eines pommerschen Musketiers wert, wieviel weniger erst Indien oder Ägypten!

Zunächst kam es darauf an, daß wir mit England und England mit uns gut Freund blieben und mit beiderseitigem guten Willen koloniale Reibungen möglichst vermieden würden. In Ostasien hatten Deutschland und England das gleiche Interesse, für ihren Handel die offene Tür zu erhalten. Bei dem Transvaalstreit in Afrika war es bereits entschieden, daß wir nicht die Macht hatten, die englische Auffangung der Burenrepubliken zu verhindern. Einer neuen Verwickelung aber, die sich aus der beiderseitigen Grenznachbarschaft mit den portugiesischen Besitzungen in Afrika im Falle ihrer Veräußerung oder Verpfändung ergeben mußte, konnte durch ein deutsch-englisches Einvernehmen vorgebeugt werden. Portugal war in größter Geldnot, sein Zinsendienst war zum Schaden seiner Gläubiger, darunter deutscher wie englischer, ins Stocken gekommen. Portugiesische Finanzleute suchten Hilfe in London und Berlin und boten Verkauf oder Verpfändung portugiesischer Besitzungen an.

Herr von Holstein hatte schon zur Zeit des Krügertelegramms zu mir Besorgnisse wegen zu starker Entfremdung mit England geäußert, das um Südafrika selbst vor einem Kriege nicht zurückschrecken werde. Transvaal habe für uns durchaus nicht so viel Wert, daß wir uns darum die alte Bismarcksche Politik der zwei Eisen verderben lassen sollten. Das war auch die Ansicht des Staatssekretärs von Bülow. Den Hauptteil der Arbeit für die in London von dem klugen und umsichtigen Botschafter Grafen Hatzfeldt geführten Verhandlungen hatte Holstein zu leisten. Indessen sorgte Bülow dafür, daß auch der Unterstaatssekretär Freiherr v. Richthofen, den Holstein am liebsten nur als Kolonialtechniker hätte gelten lassen, den gebührenden Einfluß erhielt. Das Abkommen kam im Oktober 1898 zustande. Die Abgrenzungen zwischen beiden Vertragschließenden waren im wesentlichen so gedacht, daß Mozambique mit dem Hafen Laurenco Marques, für den England schon ein Vorkaufsrecht besaß, in die englische, die portugiesischen Besitzungen an der Westküste Afrikas in die deutsche Sphäre fallen sollten. Daneben erstreckte sich das Abkommen auch auf portugiesischen Besitz im Sundaarchipel.

Trotz seines streng geheimen Charakters erschienen alsbald in der englischen Presse unbestimmte Nachrichten über das Abkommen. Die Kölnische Zeitung schoß darauf mit einem Hinweis auf die portugiesischen Finanzen los, der sofort alle Alldeutschen und Burenfreunde alarmierte, daneben aber auch in Portugal zu Widerstand reizte. Die großen Erwartungen, die Bülow auf das Abkommen mit seiner Anwartschaft auf einen großen kolonialen Gebietszuwachs setzte, erfüllten sich nicht. Die Voraussetzung für seine Wirksamkeit, portugiesische Anleihe mit Verpfändung der portugiesischen Kolonien, trat nicht ein. Deficiente causa cessat effectus. Das Abkommen blieb eine leere Attrappe, für beide Teile, nur mit dem Unterschiede, daß England bei seiner alten Freundschaft mit Portugal von Fall zu Fall (Bahnbauten, Handelsunternehmungen, Kohlendepots, Durchzugserlaubnis) stets auf portugiesische Gefälligkeiten rechnen konnte, Deutschland dagegen nicht.

In zwei kurz aufeinander folgenden Reden, in Manchester am 15. November und in Wakefield am 8. Dezember 1898, führte

Chamberlain aus: Ohne Zweifel sei Deutschland ein gefährlicher Wettbewerber, aber er würde sich seiner Landsleute schämen, wenn sie das zur Grundlage von Feindseligkeiten machen wollten; die deutschen Freunde dürften nicht denken, daß sie England die Kastanien aus dem Feuer holen sollten, in einem redlichen Gedankenaustausch sei festgestellt, daß es sehr wichtige, beiderseitige Interessen berührende Fragen gäbe, in denen man sich auch ohne ein allgemeines Bündnis verständigen könnte und sollte. Eine Antwort darauf lag in dem Satze einer Reichstagsrede Bülows vom 8. Dezember: „Was unser Verhältnis zu England angeht, so will ich heute nur dies sagen — daß es allerlei Fragen und mancherlei Punkte gibt, wo wir mit England zusammengehen können und gern zusammengehen, ohne Schädigung und unter vollster Wahrung anderweitiger wertvoller Beziehungen." Ähnliche Vorbehalte zugunsten Rußlands hat Bülow regelmäßig gemacht, wenn von guten Beziehungen zu England die Rede war.

Der Glaube an die von Chamberlain betonte Redlichkeit der englischen Politik wäre damals, in der Zeit der Burenbegeisterung, gänzlich vernichtet worden, wenn die Presse von einem anderen Geheimabkommen, das im Jahre 1899 zwischen England und Portugal geschlossen wurde, Wind bekommen hätte. Auch der deutschen Regierung blieb der sog. Windsorvertrag unbekannt. Als bei den Festen zu Ehren eines englischen Geschwaders in Lissabon (Dezember 1900) der König von Portugal die alte, durch neue Akte bekräftigte Allianz mit dem großen Albion pries, glaubte man in Berlin, unter den neuen Akten sei der portugiesisch-englische Grenzvertrag von 1892 zu verstehen, der England ein Vorkaufsrecht auf die Delagoabai verlieh. In Wirklichkeit war der Windsorvertrag gemeint, der erst 13 Jahre später der deutschen Regierung mitgeteilt wurde, als neue Versuche im Gange waren, um ein Einvernehmen zwischen Deutschland und England über die Ausführung des Geheimvertrags von 1898 und zugleich über die Vollendung der Bagdadbahn herzustellen.

Seinem Inhalt nach war der Windsorvertrag eine Bestätigung alter Verträge, in denen sich England und Portugal gegenseitig zur Verteidigung ihres Besitzstandes verbündet hatten. Die neu erlangte Bürgschaft brauchte natürlich Portugal nicht zu hindern,

bei der Aufnahme von Anleihen zur Heilung seiner Finanzen Verbindlichkeiten einzugehen, die seinen Kolonialbesitz belasteten, oder zu seiner wirtschaftlichen Ausbeutung fremde Hilfe heranzuziehen. Aber auch bei mildester Auslegung kommt man nicht darüber hinweg, daß der Windsorvertrag die Portugiesen ermunterte, keine Belastung ihrer Kolonien vorzunehmen und daher gegen den Grundgedanken des deutsch-englischen Abkommens verstieß. Dieser Grundgedanke war doch, daß Portugal außerstande sei, seine Kolonien aus eigener Kraft nutzbringend zu verwalten. Wozu auch die sorgfältige Geheimhaltung des Windsorvertrags, wenn er nichts weiter bedeutet hätte als die Wiederholung eines längst bekannten gegenseitigen Versprechens oder die Neuschrift eines alten vergilbten Papiers?

Bereits am 1. Januar 1899 wurde in der Thronrede zur Eröffnung der Cortes erklärt, der Kolonialbesitz Portugals müsse in vollständiger Unversehrtheit als geheiligtes Erbe der Nation erhalten werden, und im Februar 1900 lehnte die Deputiertenkammer einen Antrag auf Veräußerung von kolonialen Besitzungen ab. Als Vorteil für Deutschland blieb nur übrig, daß England durch das Geheimabkommen gehindert war, einseitig wirtschaftliche und politische Ansprüche in den an deutsche Kolonien in Afrika stoßenden Teilen des portugiesischen Kolonialbesitzes zu erwerben.

Durch die Veröffentlichung einer privaten Denkschrift des ehemaligen Botschafters in London, Fürsten Lichnowsky, und aus einer Erwiderung des früheren Staatssekretärs von Jagow ist bekannt geworden, daß aus längeren Verhandlungen zwischen Berlin und London im Juli 1914 endlich zwei Abkommen zur endgültigen Unterschrift fertig hervorgegangen waren, ein neues Abkommen über eine schiedlich geregelte wirtschaftliche Durchdringung portugiesischer Kolonien und ein Vertrag über die Vollendung der Bagdadbahn. Namentlich in dem kleinasiatischen Vertragsentwurf hatte England beträchtliche Zugeständnisse gemacht: Die Verlängerung der Bahn von Bagdad bis Basra wurde gesichert, die Schiffahrt auf dem Schatt el Arab bis zum Meere sollte einer internationalen Kommission unterstellt, Deutschland an den Hafenbauten in Basra beteiligt und das Lynchmonopol auf dem Tigris

durchbrochen werden. Damit war die deutsche Vorhand für ganz Mesopotamien anerkannt. In dem portugiesischen Abkommen war nach den Angaben des Fürsten Lichnowsky eine weite Fassung für Fälle gewählt worden, in denen Deutschland sich bewogen sehen könnte, in Angola eine Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen und an Maßregeln für die innere Ordnung zu verlangen.

Das Kolonialabkommen war früher fertig als der Bagdadvertrag. Sir Edward Grey bestand darauf, daß mit dem portugiesischen Abkommen auch der portugiesisch-englische Windsorvertrag veröffentlicht werden sollte. Die Frage, ob man darauf eingehen könne, ist in der kritischen Zeit (Mai-Juni 1914) im Auswärtigen Amt sorgfältig geprüft worden. Auch ich hatte ein Votum über die voraussichtliche Wirkung der gleichzeitigen Veröffentlichung des Windsorvertrags mit dem Kolonialabkommen abzugeben. Es lautete ungefähr dahin: die Wirkung hänge davon ab, welche Vorteile das neue Abkommen biete. Wenn diese nicht wieder wie bei dem Geheimvertrage von 1898 in einer mehr oder weniger fernen Zukunft lägen, sondern offensichtlich und greifbar wären, so würden die durch den Windsorvertrag aufgereizten alldeutschen Stimmen in der Minderheit bleiben, zumal wenn der Windsorvertrag aus den besonderen Umständen seiner Entstehungszeit erklärt und der Wert der Imponderabilien einer deutsch-englischen Verständigung stark hervorgehoben würde. Andernfalls würde die Veröffentlichung als peinliche Überraschung wirken und die Frage, warum die englische Regierung auf der Verkündung ihrer vertragsmäßigen Pflicht, den portugiesischen Besitzstand zu verteidigen, bestanden habe, einer günstigen Beurteilung weit über die alldeutschen Kreise hinaus entgegenstehen. Käme dann noch hinzu, daß der veröffentlichte Windsorvertrag in der portugiesischen Öffentlichkeit den Widerstand gegen Konzessionen an Deutsche verstärke, so würde erst recht der Vorwurf, daß wir uns hätten hinters Licht führen lassen, erhoben werden.

Dafür, daß Sir Edward Grey ernstlich auf die Ausführung des Kolonialabkommens bedacht war, kann man anführen, daß er den Unternehmer einer notleidenden Bahnstrecke in Benguela, die bis zum Kongo weitergebaut werden sollte, an die deutsche Adresse

verwies, da England auf wirtschaftliche Betätigung in jenem Gebiet zugunsten von Deutschland verzichte. Der Unternehmer fuhr darauf nach Berlin und verhandelte mit der Deutschen Bank, es kam jedoch zu keinem Abschluß. Auch andere Umstände sprachen dafür, daß es Grey wirklich daran lag, mit dem Abkommen eine wärmere Temperatur zwischen dem englischen und dem deutschen Volke zu schaffen. Gleichwohl beharrte er grundsätzlich auf dem Verlangen der Veröffentlichung des Windsorvertrags, die doch die Temperatur nur verschlechtern konnte. Gerade er hätte es mit dem Grundsatz: Keine geheimen Verträge! nicht so genau zu nehmen brauchen, da er ja, wie man nach Kriegsausbruch erfuhr, auch sein Briefabkommen mit Paul Cambon über den englischen Schutz der französischen Nordküste vom Dezember 1912 dem Parlament verheimlicht hatte.

Der stärkere Beweis für den Willen des Kabinetts Asquith, englisch-deutsche Gegensätze auszugleichen, lag wie gesagt in den Zugeständnissen des Bagdadvertrags. Es war daher begreiflich, daß die deutsche Regierung den formellen Abschluß des Kolonialabkommens über die voraussichtlich nur kurze Zeit hinausschob, innerhalb der auch der Bagdadvertrag zu Unterschrift und Veröffentlichung reif sein würde. Statt dessen nahm die Verständigung bald das bekannte jähe Ende.

Doch zurück zu der deutsch-englischen Annäherung am Ende des vorigen Jahrhunderts! Die nächste Gelegenheit, den Verständigungswillen des englischen Kabinetts zu betätigen, ergab sich aus den Wirren, die zu Anfang des Jahres 1899 bei der Wahl eines neuen Königs der Samoainseln entstanden waren. Auf der Berliner Samoakonferenz von 1889 war eine Dreiherrschaft geschaffen worden, an der die Vereinigten Staaten, Deutschland und England teilnahmen. Unter einem heißen Himmelsstrich, in großer Abgeschiedenheit von der Heimat und im Banne von Interessenstreitigkeiten, die sich auf engem Raum unter Angehörigen verschiedener Nationen täglich erneuerten, konnte es den von den drei Mächten eingesetzten Behörden nicht möglich sein, mit jedem Schritt innerhalb der von der Samoa-Akte gesetzten Grenzen und untereinander einig zu bleiben. Die Reibungen unter ihnen waren mitunter so groß wie die Eifersüchteleien und

Kämpfe unter den eingeborenen Häuptlingen. Bei der Königswahl nach dem Tode Malietoas erlangte dessen alter Gegner Mataafa die Mehrheit, der kurz vorher mit Zustimmung des amerikanischen und englischen Konsuls auf einem deutschen Kriegsschiff aus seiner Verbannung nach Samoa zurückgebracht worden war. Der amerikanische Oberrichter Chambers entschied jedoch zugunsten des Minderheitskandidaten Tanu, Sohns des Malietoa. In Apia brach ein Aufstand aus, bei dem die Mataafaleute siegten. Chambers floh auf ein amerikanisches Kriegsschiff, worauf der Munizipalpräsident von Apia, der Deutsche Dr. Raffel, das Obergericht schloß. Auch die Kommandanten der Kriegsschiffe waren nicht einig. Während sich der deutsche zurückhielt, griffen der englische und amerikanische mit Kanonenschüssen in die Kämpfe um Apia ein. Es war also ein recht gefährliches Durcheinander von Eigenmächtigkeiten und aufgeregten Übergriffen. Als der Hauptfriedensstörer galt der Oberrichter Chambers. Englische Blätter behaupteten, er habe sich von der Ansicht leiten lassen, daß die Vereinigten Staaten und das Deutsche Reich wegen der Philippinen aneinander geraten würden und ihm daher trotz seiner richterlichen Eigenschaft die Rolle eines amerikanischen Agitators erlaubt wäre.

Unter solchen Umständen war die Dreiherrschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Staatssekretär von Bülow sprach sich am 1. März 1899, noch bevor genaue amtliche Berichte über die neuen Wirren vorlagen, in der Budgetkommission des Reichstags dahin aus, daß das beste eine reinliche Scheidung wäre. Zunächst wurde die Forderung durchgesetzt, daß eine Kommission von je einem Vertreter der drei Mächte an Ort und Stelle die Zustände untersuchen und das Material für eine nach Einstimmigkeit erfolgende Entscheidung der Regierungen liefern sollte.

Während des Sommers wurden Verhandlungen zwischen Berlin-London-Washington geflogen. Die Hauptarbeit dafür im Auswärtigen Amt hatte unter Beihilfe des Wirkl. Legationsrats Irmer von der Kolonialabteilung wieder Herr v. Holstein zu leisten, der schon 1889 neben dem Grafen Herbert Bismarck und dem Geheimrat Kraul mit dabei war, als die Samoainseln auf der Konferenz „in den Skat gelegt" wurden. Nachdem von den drei Regierungen der Grundsatz reinliche Scheidung angenommen

war, handelte es sich auf deutscher Seite darum, was vorzuziehen wäre, der Erwerb der Hauptinsel Upolu gegen eine Entschädigung Englands aus dem deutschen Kolonialbesitz in der Südsee oder der Übergang der Inseln an England unter bestimmten Kompensationen für Deutschland. Die Mehrheit des Kolonialrats zog Kompensationen für Deutschland vor, Bülow entschied sich jedoch wegen des unwägbaren Anteils, den die deutsche Nation an dem Schmerzenskind Samoa nahm, für die Behauptung unserer alten Anrechte. Darauf kam im November in London ein deutsch-englisches und kurz danach in Washington ein deutsch-englisch-amerikanisches Abkommen zustande, nach denen die beiden Inseln Upolu und Sawaii an Deutschland, die beiden kleineren Samoainseln Tutuila und Manua an die Vereinigten Staaten fielen und England mit Tonga und ein paar Salomonsinseln entschädigt wurde. Nebenher ging noch eine deutsch-englische Aufteilung der neutralen Zone im Hinterland von Togo.

Zwanzig Jahre vorher hatte Fürst Bismarck in einem Erlaß an den Konsul in Apia Annexionsgelüste scharf zurückgewiesen, da ohne Zustimmung der beiden anderen Mächte eine veränderte politische Stellung Samoas vertragsmäßig nicht angestrebt werden könnte. Was Bülow erreicht hatte, war unzweifelhaft eine glückliche Lösung. Die Alldeutschen aber fochten sie aufs heftigste an, als ob Bülow alten deutschen Besitz leichtsinnig und ohne Not an Engländer und Amerikaner „abgetreten" hätte. Bülow trug es mit Humor. Unter den empörten Zuschriften an ihn war eine anonyme, in Rundschrift sauber gemalt, die lautete kurz:

S a m o a :

R e i c h s v e r r ä t e r !

Er schickte mir das Blatt mit der Widmung: „S. l. Geheimrat Hammann z. frdl. Erinnerung, B. v. Bülow." Des Erfolges konnte er sich wohl freuen.

Ungefähr gleichzeitig mit der Regelung der Samoafrage brach der B u r e n k r i e g aus. Für das kleine Volk der Buren konnte der Krieg von vornherein nichts anderes sein als ein Verzweiflungskampf. Die Sympathie der Welt begleitete sie, aber Hilfe von außen hatten sie von keiner Seite zu erwarten. Wiederholt war ihnen von Deutschland, von Holland, auch von Frankreich

geraten worden, in der Ausländerfrage Zugeständnisse zu machen und es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Mit dem Zustrom der Einwanderer nach Entdeckung der Goldfelder und der industriellen Entwicklung des Landes hatte die Verwaltung nicht Schritt gehalten. Aus der begreiflichen Furcht, der englische Teil der Zuwanderer könne die Selbständigkeit der Republik gefährden, hatte die Regierung Krügers die Naturalisation aufs äußerste erschwert und selbst den Naturalisierten das politische Stimmrecht vorenthalten oder beschränkt. Die Vorschläge Krügers auf der Konferenz mit dem Oberkommissar für das Kapland Milner in Bloemfontein liefen darauf hinaus, daß der Zuwanderer frühestens nach siebenjährigem Aufenthalt das Bürgerrecht erwerben könnte.

England konnte den großen Vorteil der unbeschränkten Beherrschung des Meeres ausnutzen, wie es wollte. Alle anderen Flotten der Welt hätten sich unter gemeinsamem Kommando vereinigen müssen, um England an dem Feldzug gegen die ringsum eingeschlossene Oase des Burenlandes zu hindern. Wer konnte daran denken? Die Amerikaner ging der Streit materiell nichts an. Die Russen hatten bei den scharfen französisch-englischen Händeln in Afrika keinen Finger gerührt, um ihren Bundesgenossen zu helfen, für die vergewaltigten Buren brachten sie nur schwache Sympathien auf. In Frankreich brannte noch die Schmach von Faschoda, und im Volke war trotz der Rücksicht, welche die Pariser Weltausstellung verlangte, die Empörung gegen England noch leidenschaftlicher als in irgendeinem anderen Lande. Was namentlich Pariser Witzblätter an blutiger Verhöhnung des englischen Cants leisteten, blieb unübertroffen. Aber der neue Minister des Auswärtigen Delcassé, der die Rückberufung Marchands von Faschoda auf sich genommen hatte, war schon damit beschäftigt, das ganze weitgreifende kolonialpolitische System seines Vorgängers Hanotaux abzubauen, und die Augen seiner Landsleute wieder in der alten Richtung auf das Loch in den Vogesen zu richten. Seine Verteidigungsrede in der Deputiertenkammer vom 24. November 1899 war für England wohlwollender als für Deutschland und brachte mit dem Hinweise auf die bekannten französischen Zukunftshoffnungen am Rhein die von Chauvinismus für die Buren ergriffenen Lärmmacher leicht zum Schweigen.

Er hatte seine Freude dran, daß mit dem kopflosen Wüten in Deutschland gegen England, weit über die alldeutschen Kreise hinaus, die Geschäfte der französischen Revanchepolitiker besorgt wurden.

Bülow hatte es nicht so bequem, die Politik strenger Neutralität im Burenkriege, die einzige, die vernünftig war, vor dem Lande zu verteidigen. Einen besonderen Anreiz bekam die Parteinahme für die Buren noch, als im Herbst 1899 bekannt wurde, daß der Kaiser mit der Kaiserin und zwei Prinzen einen schon im Frühjahr zugesagten Besuch bei der greisen Königin Victoria ausführen werde. Auch die Hamburger Nachrichten befanden sich unter den Blättern, die heftig dagegen protestierten, daß den Engländern durch eine solche angeblich familiäre Reise politisch und moralisch ein Vorteil gewährt werde. Der Besuch wurde natürlich nicht abgesagt und hatte auch keineswegs ungünstige Folgen. Am 30. November, am Tage nach der Abreise der kaiserlichen Herrschaften von London, erklärte Chamberlain in Leicester: „Jeder weitblickende Staatsmann hat längst gewünscht, daß wir nicht dauernd auf dem Kontinent isoliert bleiben sollten, und ich denke, daß die natürlichste Allianz die zwischen uns und dem Deutschen Reiche ist."

In Reichstagsreden des Fürsten Bismarck und in Artikeln der Norddeutschen Zeitung kann man nachlesen, mit welcher Schroffheit er sich zur Zeit der Battenbergiade in Bulgarien über die Verquickung von Moral und Politik und über die deutsche Neigung ausgesprochen hat, den Allerweltsschulmeister zu spielen. Auch in der ägyptischen Frage war er scharf gegen unverantwortliche Zeitungsangriffe auf England vorgegangen, und die Besetzung des Nillandes durch die Engländer hatte doch gewiß für die europäische Lage viel größere Bedeutung als der englische Kampf gegen die Unabhängigkeit der Burenrepubliken in Südafrika. Bülow hat den Stier lieber bei den Ohren als an den Hörnern gefaßt, d. h. die Alldeutschen in seinen Reden immer mit einer gewissen Schonung, mehr launig als streng, behandelt. Nicht bloß deshalb, weil er den Beifall ihres Anhangs unter den Parteien der Rechten und den Nationalliberalen ungern missen möchte. Mit der unvergleichlichen Autorität Bismarcks konnte Bülow gegen die Ge-

fühlspolitiker nicht sprechen. In der Agitation für die Flotte waren außerdem die Alldeutschen die eifrigsten Helfer, und wohl oder übel mußte der Staatsmann sich damit abfinden, daß die auswärtige Politik manches, was sie in ihrem Eifer für den Bau der Schlachtschiffe redeten und taten, auszubaden hatte. In der Presse geschah damals vom Auswärtigen Amt alles, was möglich war, um die unnützen Gefühlsausbrüche gegen England zu dämpfen. In dem Zustand gegenseitiger Vorwürfe zwischen beiden Völkern traten die übelen Seiten des Nationalcharakters, hier schadenfrohes und schimpffreudiges Moralisieren, dort ein herrischer, brutaler Hochmut hervor. Dabei lernten weder die Deutschen mehr Politik, noch die Engländer mehr Moral. Die Regierung jenseits des Kanals hatte aber den Vorteil voraus, daß eine lange politische Erziehung das Volk gelehrt hat: Wenn Kampagne ist, sei es auch nur diplomatische, hat der Soldat der Fahne zu folgen.

Die feindliche Stimmung gegen England wurde natürlich noch verschärft, als um Neujahr 1900 mehrere deutsche Postdampfer von englischen Kriegsschiffen angehalten und nach Port Durban geschleppt wurden. Bülow führte hiergegen eine so kräftige Sprache, daß sich Lord Salisbury in einer Note über Schroffheit beklagte. Nach drei Wochen war der Zwischenfall glücklich überwunden. Es handelte sich nicht sowohl um eine politische Schikane als um Akte der Selbstherrlichkeit der meerbeherrschenden britischen Flotte. Das Londoner Kabinett zog es vor, die Angelegenheit nicht als See-Machtfrage, sondern als See-Rechtsfrage zu behandeln, und kam unter dem Ausdruck des Bedauerns den deutschen Forderungen in allen wesentlichen Punkten nach.

Viel merkwürdiger war ein anderer diplomatischer Vorgang, der von den beteiligten Kabinetten ganz geheim gehalten wurde, bis er im Sommer 1908, erst in einer gröblichen Entstellung der „National Review“ und dann richtig, aber unvollständig von der „Deutschen Revue“ enthüllt wurde.

Bei Ausbruch des Burenkrieges hielt sich der russische Minister des Auswärtigen Graf Murawiew in Biarritz und Paris auf und begleitete dann den Zaren von Wolfsgarten zu dem eintägigen Besuch in Potsdam (8. Nov. 1899). Während der Kaiserbegegnung war weder von einer Vermittelung noch von einer Einmischung

in den Krieg die Rede. Pariser Blätter hatten aber schon während des Pariser Aufenthalts des Grafen Murawiew eine russische Einmischung angekündigt. Ebenso hatten russische Blätter schon im Oktober von einer russisch-französischen Verständigung gegen England geschrieben. Wahrscheinlich also war eine solche Gegenstand der Unterredungen des Grafen Murawiew mit seinem französischen Kollegen Delcassé in Paris gewesen, und das Schweigen des Zaren und seines Ministers in Potsdam ließ nur darauf schließen, daß ihnen der geeignete Zeitpunkt noch nicht gekommen zu sein schien. Im Auswärtigen Amt in Berlin war man jedenfalls darauf vorbereitet, daß über kurz oder lang ein Fühler von Rußland ausgestreckt werden würde.

Ende Februar 1900 übergab der russische Botschafter Graf Osten-Sacken in Berlin im Auftrag des Zaren und seines Ministers eine Aufzeichnung, in der die Frage gestellt war, ob Deutschland geneigt sei, mit Rußland und Frankreich gemeinsam einen Schritt zur Beendigung des Burenkrieges zu tun. Hiervon wurde dem deutschen Botschafter in Petersburg Anfang März mit dem Bemerken Kenntnis gegeben, er möge sich zu Murawiew dahin aussprechen, die deutsche Politik könne sich der Möglichkeit von Verwicklungen mit anderen Großmächten nicht aussetzen, solange sie mit feindseligen Tendenzen seines französischen Nachbarn zu rechnen habe. Damit war die Gegenfrage aufgeworfen, ob Rußland und Frankreich bereit seien, zusammen mit Deutschland eine gegenseitige Garantie des europäischen Besitzstandes der drei Mächte einzugehen. Das war ungefähr dieselbe Gegenfrage, die Fürst Bismarck im Jahre 1876 (s. S. 23) auf die Zumutung Gortschakoffs gestellt hatte, im Falle eines russischen Krieges gegen Österreich-Ungarn wegen der Orientfragen das Donaureich seinem Schicksal zu überlassen. Graf Murawiew erkannte sofort, daß mit der deutschen Antwort seine Anregung, eine gemeinsame Vermittlung gegen England zu unternehmen, ins Wasser gefallen war, weil sich doch Frankreich auf die Garantiebedingung nicht einlassen würde.

Ohne Zusammenhang mit diesem Gedankenaustausch sagte ungefähr zur gleichen Zeit der Prinz von Wales zu englischen Parlamentsmitgliedern, England dürfe nicht vergessen, daß man

es dem letzten Besuch des Kaisers in England und der allgemeinen Haltung der deutschen Regierung zu verdanken habe, wenn England ein fremder Interventionsversuch erspart geblieben sei. Daß ein solcher Versuch und auch nur eine Vermittelung von England abgelehnt worden wäre, stand von vornherein fest. Ein gefälliges Anerbieten des Washingtoner Kabinetts hatte früher schon der Londoner Regierung erwünschte Gelegenheit gegeben, aller Welt zu verkünden, daß England kraft seiner Souveränitätsrechte über Transvaal keinen Einmischungsversuch zulassen werde. Die Äußerung des Prinzen von Wales stützte sich neben den Erklärungen, die der Botschafter Sir Frank Lascelles alsbald nach Kriegsbeginn in Berlin erhalten hatte, auch auf den Briefwechsel, den der Kaiser nach seinem letzten Besuch in England mit seiner Großmutter, der Königin, und dem Prinzen von Wales unterhielt.

Das war aber nicht, wie allgemein angenommen wird, die einzige russische Anregung zu einer Vermittelung. Eine zweite folgte im Oktober 1901. Der russische Geschäftsträger übergab dem Staatssekretär Freiherrn von Richthofen eine Aufzeichnung, die in sehr vorsichtigen Wendungen wieder den Gedanken einer Vermittelung in der südafrikanischen Frage behandelte. Einen anderen Auftrag als den, die Auffassung der deutschen Regierung zu erkunden, hatte der Geschäftsträger nicht. Was konnte der taktische Zweck dieses Schrittes sein? Holstein schöpfte den Verdacht, daß die russische Regierung versuchen wollte, ein Druckmittel auf England in ihren asiatischen Streitigkeiten zu erlangen. An solchen fehlte es ja nicht. In der Mandschurei deckten sich die Handlungen russischer Befehlshaber nicht mit den nach den Boxerwirren abgegebenen russischen Regierungserklärungen. In Mittelasien war Rußland bei der vom Kriegsminister Kuropatkin geleiteten sog. Probemobilmachung kaukasischer Truppen bis zu dem befestigten Posten Kuschk, gegenüber von Herat, vorgestoßen. Mit Hilfe einer Anleihe sollte sich der russische Einfluß in Persien ausdehnen. Eine freundliche deutsche Antwort auf die russische Anfrage hätte daher wohl dazu dienen können, England, dessen Hauptsorge noch immer die völlige Unterwerfung der Buren war, nachgiebiger in den asiatischen Fragen zu machen. Bülow schloß sich dieser Ansicht an. Die Antwort auf die russische Anfrage be-

wegte sich daher in allgemeinen Wendungen über die stete Bereitwilligkeit, zur Beendigung von Kriegen überall beizutragen, und wich dem Gedanken eines gemeinsamen Vorgehens mit der Bemerkung aus, daß ein Kollektivschritt leicht bedrohlich wirke und es besser sei, wenn eine einzelne Macht, z. B. Rußland als Vormacht der Friedenskonferenz, eine Vermittelung in London anbiete. Der Unterstaatssekretär v. Mühlberg teilte diesen Gedankengang dem russischen Geschäftsträger mündlich mit, der darauf bemerkte, nichts anderes erwartet zu haben. Damit war die zweite Anregung zu einer Vermittelung noch schneller im Sande verlaufen als die erste.

In der Zeit zwischen beiden Versuchen war ein neues deutsch-englisches Sonderabkommen, zu dem portugiesischen und dem Samoavertrag das dritte, abgeschlossen worden. Den Hintergrund bildete das gemeinsame Auftreten der Mächte gegen die Fremdenhetze in China, die während des Winters 1899/1900 ausgebrochen war. An der Spitze der Bewegung standen zwei Geheimgesellschaften, „das große Messer" und „die rote Faust" (Boxer). Ihr Schauplatz war die Provinz Tschili mit der Hauptstadt Peking. Als stille Schutzherrin galt die Kaiserinwitwe, die nach der Einkerkerung des für fremdenfreundliche Reformen zugänglichen Kaisers eine Alleinherrschaft führte. Den äußeren Anstoß hatte die Machtentfaltung Rußlands in der Mandschurei nach der Besetzung von Port Arthur gegeben. Anfangs von den Gesandtschaften wenig beachtet, wurde die Bewegung bedrohlich, als die Boxerhaufen im Frühjahr 1900 bis vor die Tore von Peking drangen. Die gleichmäßige Gefahr für alle fremden Vertreter in Peking führte ein gemeinsames Auftreten aller in Ostasien interessierten Großmächte herbei, und es war das erstemal, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Anschluß an ihren mit dem Erwerb der Philippinen vollzogenen Übergang zur Weltpolitik unmittelbar in chinesische Angelegenheiten an der Seite der europäischen Großmächte und Japans eingriffen. Der deutsche Standpunkt war von Anfang an ungefähr gleich dem französischen und amerikanischen, nämlich lediglich als Kulturmacht zum Schutze allgemeiner Interessen mitzuwirken, ohne dem Vorrücken Rußlands in Nordchina entgegenzutreten. Aus Europäern, Ameri-

kanern und Japanern wurde eine Schutztruppe gebildet, zu der die Russen das stärkste Kontingent stellten. Ein Ultimatum an die Kommandanten der Forts bei Taku wurde mit einer Beschießung der dort versammelten Kriegsfahrzeuge der fremden Mächte beantwortet, bei der Erstürmung der Forts floß auch deutsches Blut. Durch ein Landungskorps mußte Tientsin geschützt werden, Entsatztruppen unter dem Befehl des Admirals Seymour für die in Peking eingeschlossenen fremden Gesandtschaften konnten, unterwegs von einer chinesischen Übermacht umzingelt, ihr Ziel nicht erreichen und nur unter schweren Kämpfen befreit werden.

Während des Scheiterns dieser Unternehmung war der deutsche Gesandte Freiherr v. Ketteler der Wut des chinesischen Pöbels zum Opfer gefallen. Die Spannung, ob nicht alle Fremden in Peking niedergemetzelt seien, dauerte wochenlang an, da alle Verbindungen mit Peking unterbrochen waren und nur unsichere Botennachrichten zur Küste kamen. Ende Juli 1900 schätzte man die Gesamtzahl der fremden Truppen nach Eintreffen der von den einzelnen Mächten abgeschickten Verstärkungen auf 115 000 Mann mit 300 Geschützen, und es entstand die schwierige Frage, welche Macht den Oberbefehlshaber stellen sollte. Nach der Zahl der Streiter hätte Rußland die erste Anwartschaft auf das Oberkommando gehabt, aber England und Japan hatten keine Lust, das ohnehin vorhandene russische Übergewicht noch zu verstärken. Nächst den Russen waren die Japaner am stärksten vertreten, aber einer japanischen Führung stand die russische Rivalität entgegen, und ebenso wünschte Rußland nicht, sich einem englischen Oberbefehl zu unterstellen. Danach blieb nur die Wahl eines deutschen Feldherrn übrig.

Im Frühjahr 1901 entstand ein Zeitungsstreit über die Frage, von wem die Anregung des deutschen Oberbefehls ausgegangen sei, ob vom Zaren oder vom Deutschen Kaiser. Bülow erklärte im Reichstage, das Oberkommando in China sei vom Zaren in erster Linie in unsere Hand gelegt worden, mehr könne er nicht sagen. Dagegen erweckte ein Artikel im russischen Regierungsboten den Anschein, als ob der deutsche Oberbefehl den Mächten gleichsam aufgedrängt worden sei. In Wirklichkeit war ein Vorschlag des Kaisers an den Zaren dahin gegangen, daß, wenn der

Zar nicht den Oberbefehl für Rußland wünsche, er, der Kaiser, bereit sei, den Generalfeldmarschall Grafen Waldersee zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag ließ also primo loco die Frage eines russischen Oberkommandos offen. Für die praktische Politik war der Streit ohne Belang.

Die Aufgabe des Grafen Waldersee war außerordentlich schwierig und versprach keine großen Lorbeeren. Geleitet wurde der Feldzug schließlich doch mehr oder weniger von dem Konzert der Mächte, und in diesem gab es noch Mißklang genug. Bald nach der Einnahme von Peking schlug Rußland die baldige Räumung vor, obgleich die von den Boxern aufgeregten Provinzen noch keineswegs beruhigt waren. Die russische Regierung wollte offenbar dem gemeinsamen Feldzug so bald als möglich ein Ende machen, um desto länger im Verhandeln mit der geschwächten chinesischen Regierung die Besetzung der eroberten mandschurischen Gebiete (Charbin, Niutschwang) hinziehen zu können. Überhaupt gingen die Hauptschwierigkeiten von Rußland aus, und die Blätter hatten mehr von diplomatischem Streit als von militärischen Ereignissen zu berichten. Von der in manchen deutschen Kreisen mit übertriebenen Erwartungen begrüßten Mission Waldersees mußte es am Ende heißen: Welch Schauspiel! Aber ach, ein Schauspiel nur!

Der Gedankenaustausch unter den Mächten über die Friedensbedingungen, die der chinesischen Regierung auferlegt werden sollten, war noch nicht beendigt, als ein deutsch-englischer Notenwechsel veröffentlicht wurde, der den Eindruck eines weltpolitischen Ereignisses machte. Das Abkommen erhielt seinen Namen nach dem Fluß, an dessen Tal und Mündung der größte Teil des fremden Handels in China angesiedelt war. In enger Verbindung mit dem Konsularkorps in Shanghai hatten die beiden Vizekönige am unteren Yangtse das Übergreifen der Boxerunruhen auf ihre Provinzen verhindert. England war bisher in diesem Gebiet als Vormacht aufgetreten. Noch Anfang August 1900 hatte der Unterstaatssekretär Brodrick im Unterhause von der führenden Stellung gesprochen, die gerade hier England zukomme. In dem deutsch-englischen Notenwechsel war nichts mehr von einer bevorrechteten Stellung Englands zu

bemerken. Beide Regierungen verpflichteten sich gleichmäßig, daß im Yangsebecken der Handel und jede sonst erlaubte wirtschaftliche Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen frei und offen bleiben sollten. Nicht nur im Yangsebecken, in allen chinesischen Gebieten, „wo sie einen Einfluß ausüben könnten", wollten beide Regierungen den Grundsatz der offenen Tür beobachten. Ferner versprachen sie sich gegenseitig, den Territorialbestand des chinesischen Reichs unvermindert zu erhalten, und wenn dritte Mächte territoriale Vorrechte erlangten, sich über etwaige Schritte vorher zu verständigen.

Die Partnerschaft Deutschlands bei dem Schutze der Unversehrtheit des chinesischen Reichs, die damals nur von Rußland bedroht war, wurde also von England hoch genug eingeschätzt, um frühere Ansprüche auf Sonderrechte fallen zu lassen. Die anderen Mächte traten dem Abkommen bei, auch Rußland konnte es unbedenklich tun, da es schon vorher den Grundsatz der Integrität Chinas verkündet und die Räumung der Mandschurei für später zugesagt hatte. Davon war nun freilich bei der an der russischen Politik gewohnten Nichtübereinstimmung zwischen Worten und Handlungen nicht viel zu halten, und die Petersburger Regierung gab sogar bei ihrem Beitritt zu dem Abkommen zu verstehen, daß sie bei einer von anderen unternommenen Verletzung des Grundsatzes der offenen Tür und der Integrität ihre Haltung nach den Umständen ändern würde.

Die deutsch-englische Verständigung paßte natürlich gar nicht in das Schema, alles, was zusammen mit England geschieht, schlecht, und alles, was mit Rußland geschieht, gut zu heißen. Die vermeintlich den Spuren Bismarcks folgenden Politiker zeigten sich sehr besorgt wegen der Möglichkeit einer Entfremdung mit Rußland. Ein alldeutsch gerichtetes Berliner Blatt las sogar ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Rußland heraus. Ein Schutz- und Trutzbündnis mit Beitrittseinladungen an Mächte, gegen die es sich richtete, wäre wirklich etwas Neues in der Geschichte gewesen. Bülow ergriff die erste Gelegenheit im Reichstag, beim Etat, um die Aufgeregten zu beschwichtigen. Unter starken Lobsprüchen auf den Zaren versicherte er, daß zwischen einer gutgeleiteten deutschen Politik und einer gutgeleiteten russischen nie-

mals ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehen könne. „Wir denken nicht daran, für irgendeine andere Macht den Blitzableiter abzugeben."

Über die Auslegung des Vertrags folgte im März 1901 noch ein heftiges Nachspiel, dessen Schauplatz die Parlamente in London und Berlin waren, und auf das ich später noch zurückkommen werde. Inzwischen trat ein Ereignis ein, das eine besondere Betrachtung verdient. An demselben 16. Oktober 1900, von dem das Yangtseabkommen datiert war, hatte der dritte Reichskanzler dem vierten Platz gemacht.

IV. Kanzlerwechsel.

„Hat einer dreißig Jahr vorüber, so ist er schon so gut wie tot." Das sagt ein maßlos übertreibender, jugendlich stürmender Ich-Mensch. Wenn er siebzig sagte und von Staatsmännern spräche, hätte er im allgemeinen recht. Könige und Feldherren, Gelehrte und Künstler, Dichter und Denker, Bürger und Bauern mögen noch in hohem Alter ihre Stellen ausfüllen und Großes leisten, leitende Staatsmänner über siebzig gehören mit wenigen Ausnahmen, Bismarck war eine, aber auch nur bedingt, der Vergangenheit an, weil die Natur ihnen die Kräfte versagt, die ihr ungemein vielseitiges Wirken im Gegenwärtigen für das Wohlergehen und Schicksal ganzer Völker verlangt. Sie können noch gut sein in einem Rate der Alten, aber nicht mehr am Steuer im Sturme der Zeit.

Als Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst den Kanzlerposten übernahm, war er im gleichen Alter wie Fürst Bismarck, als er ihn verlassen mußte. Als Botschafter in Paris noch beweglich und lebensfroh, als Statthalter in Straßburg auch noch rege und der Aufgabe mit glücklichem Erfolg gewachsen, konnte Fürst Chlodwig, mit fünfundsiebzig Jahren zur Reichskanzlerschaft berufen, nicht viel mehr als würdiger Platzhalter sein. Der feine Grandseigneur von kleinem Wuchs mit freundlich-sinnigen Augen sah auf dem Sessel hinter dem großen Diplomatentisch manchmal so aus, als hätte schon Lethes trübe Fluten das schiefgesenkte, kahle Haupt durchschwommen. Stark konnte er nur noch sein in der unerschütterlichen Abwehr unvernünftiger Maßregeln. Im Positiven bleibt ein Verdienst die mit Zähigkeit und Geschick erreichte Reform des militärischen Strafverfahrens und die Über-

windung der parlamentarischen Kämpfe um das Bürgerliche Gesetzbuch. Ferner steht die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine auf seinem Konto. Auch für die Rüstung zur See stand er nach Kräften seinen Mann. Das war doch allerhand, namentlich wenn man bedenkt, welche Widerstände zu überwinden waren.

Er hatte das Glück, daß ihm ausgezeichnet tüchtige Staatssekretäre zur Seite standen: Marschall und Bülow fürs Auswärtige, Bötticher und Posadowsky fürs Innere, Nieberding im Reichsjustizamt, Thielmann im Reichsschatzamt, Hollmann und Tirpitz für die Marine, und sogar der viel angefeindete Husarengeneral v. Podbielski bewährte als Nachfolger Stephans, des Gründers des Weltpostvereins, das geschäftliche und Verwaltungstalent, auf das schon der General v. Caprivi aufmerksam gemacht hatte. In der Reichskanzlei sorgte der Vortragende Rat Freiherr v. Wilmowski mit Fleiß und Takt dafür, daß der greise Kanzler über die wichtigsten Angelegenheiten auf dem laufenden gehalten wurde. Den Vorsitz im preußischen Ministerrat — denn der Fürst war ja auch preußischer Ministerpräsident, und die Sitzungen unter seinem Präsidium gehören zu den längsten dieser Körperschaft — hatte ihm in den letzten Jahren der Vizepräsident Finanzminister v. Miquel abgenommen. So war es mit der Leitung der Geschäfte im Reich und in Preußen noch immer im ganzen gut gegangen.

Am unangenehmsten war dem Fürsten Chlodwig das öffentliche Auftreten im Parlament. Er konnte nicht frei sprechen, mußte ablesen, zunehmende Schwerhörigkeit verhinderte ihn, den Debatten zu folgen. Obgleich alles geschah, um seine körperliche Hinfälligkeit zu verbergen, trug doch ein peinlicher Vorfall im Reichstag dazu bei, das Ende seiner Kanzlerschaft zu beschleunigen. Beim Verlesen einer Rede verwechselte er die Blätter und blieb stecken. Er selbst fühlte nun, daß seine körperlichen Kräfte für die in der letzten Zeit schon auf das Mindestmaß zurückgesetzte amtliche Tätigkeit nicht mehr ausreichten. Nichts Irdisches hielt ihn mehr zurück, sein Leben ohne die Bürde des Amtes in Ruhe zu beschließen. Die Fürstin, geborene Prinzessin Sayn-Wittgenstein-Berleburg, war wenige Jahre nach der Feier der goldenen Hochzeit gestorben. Die Veräußerung des großen Wittgensteinschen Gutes Werki in Ruß-

land, die dem Fürsten so viel Sorgen gemacht hatte — es fiel unter den Ukas gegen den fremden Besitz russischer Liegenschaften —, war endlich geregelt worden. Am 26. August 1900 schrieb er an seine Schwester Amalie aus Werki: „Wenn ich nicht mit dem Leben abgeschlossen hätte, würde mir der Abschied (von dem russischen Besitz) sehr leid tun. So trage ich es, weil es eigentlich nur der Schluß des ganzen Aufgebens einer glücklichen Vergangenheit ist. Ich muß dankbar zurückblicken auf ein glückliches Leben, wie es wenigen Sterblichen zuteil geworden ist."

Sein jüngster Sohn, Prinz Alexander, damals Bezirkspräsident in Colmar (Elsaß), bestärkte ihn in dem Gedanken, sich von dem Kanzlerposten zurückzuziehen. Bevor der Fürst ihn ausführte, zog er zwei neutrale Personen zu Rate, auf deren unbefangenes ehrliches Urteil er vertraute: den Minister für öffentliche Arbeiten Thielen und den Korrespondenten der Kölnischen Zeitung Arthur v. Huhn, den er von seiner Pariser Botschafterzeit her gut kannte und schätzte. Beider Rat lautete auf Rücktritt. In dem milden, allem Geräuschvollen abholden Sinn, der ein langes Leben hindurch sein eigen war, setzte er sein Abschiedsgesuch auf und reiste am 15. Oktober 1900 an das Kaiserliche Hoflager in Homburg. Von allen Kanzlerkrisen war dies die sanfteste. Alle anderen Kanzler sind im Kampfe oder widerwillig gefallen.

Als Graf Bülow am 16. Oktober eintraf, wußte er, was ihm bevorstand. Für den Kaiser war diese Wahl die natürlichste und beinahe selbstverständlich: Graf Bülow hatte es verstanden, das Vertrauen des Kaisers in seine Person ohne Verleugnung seiner eigenen Ansichten zu befestigen, in der Leitung der auswärtigen Politik waren ihm unzweifelhafte Erfolge beschieden gewesen, auch der Abgeordnete Fürst Bismarck d. J. hatte wiederholt von seiner glücklichen Hand gesprochen (erst später zeigten sich im Reichstage Trübungen dieses freundlichen Verhältnisses), und für einen Mann von so hervorragender Arbeitskraft konnten die Schwierigkeiten im Beherrschen der inneren Politik nicht unüberwindlich sein. Ein großer Teil der Presse nahm den Wechsel freundlich und erwartungsvoll auf, ein anderer Kandidat wurde überhaupt nicht genannt, der einzige, der nach seinem Verhältnis zum Kaiser und nach seinem politischen Ehrgeiz hätte in Betracht

kommen können, war in China militärisch beschäftigt: Graf Waldersee.

Zu den wenigen mißgünstigen Stimmen über den neuen Kanzler gehörte die des „Vorwärts". „Er macht's nicht lange", schrieb das Blatt, „er ist so sehr bemüht, es allen recht zu machen, daß er es schließlich mit allen verderben und einst die ungünstigsten, bittersten und boshaftesten Nachrufe von allen Seiten erhalten wird." Es ist anders gekommen. Seine erste schwere Aufgabe in der inneren Politik sah er darin, die Agrarier und die Konservativen wieder an die Seite der Regierung zu bringen. Im Reiche waren es die Caprivischen Handelsverträge, in Preußen der Rhein-Elbe-Kanal, was die Parteien der Rechten in scharfe Opposition getrieben hatte. Unter heftigen jahrelangen Kämpfen gegen die Parteien der Linken gelang hier wie dort die Versöhnung durch Konzessionen an die agrarischen Wünsche. Den „Kanalrebellen" ward verziehen, nachdem sich sogar ein paar Große des Hofes auf ihre Seite geschlagen hatten. Auch in der Blockzeit hielten die Konservativen noch an des Kanzlers Seite stand, erst nach dem Novembersturm 1908 gegen den Kaiser verließen sie ihn, weil sie der Paarung mit den Liberalen überdrüssig waren und weil sie wußten, daß der unversehens schwer verletzte Herrscher, der sich in der Behandlung seiner Gespräche im „Daily Telegraph" von jedem konstitutionellen Vorwurf frei wissen durfte, den Kanzler nicht mehr gegen eine Mehrheit im Reichstage halten würde. Ohne jenen unglückseligen, durch amtliche Versäumnisse ermöglichten Zwischenfall hätte Fürst Bülow, entgegen der übelen Vorhersage des „Vorwärts", mit seiner Erfahrung in der parlamentarischen Taktik und seiner Kunst der Menschenbehandlung noch über die neun Jahre seiner Amtszeit hinaus Kanzler bleiben können.

Vor der Übersiedlung aus der Deckerschen Villa im Garten des Auswärtigen Amtes nach dem ehemaligen Radziwillschen Palais nebenan wurde dieses im Innern umgestaltet, um Raum für große Empfänge zu gewinnen. Beim Einzuge Caprivis war fast alles so geblieben, wie es zu Bismarcks Zeiten war. Fürst Hohenlohe hatte sein Arbeitszimmer von der Gartenseite des Erdgeschosses in den oberen Stock nach dem Vorhof hinaus verlegt.

Der Umbau beim Einzug des Bülowschen Paares erstreckte sich fast auf das ganze Innere, nur der historische Kongreßsaal, der die ganze Tiefe des Oberstockes der Mittelfront einnimmt, blieb unberührt. In der bisher vernachlässigten linken Seite des Baues wurde ein großer Damensalon und ein Musiksaal mit anstoßendem Wintergarten eingerichtet. Die Verhandlungen mit den Künstlern und Handwerkern, die Wahl der Stoffe und Tapeten, die Anordnungen der Bilder und Kunstgegenstände in den einzelnen Räumen — alles leitete die Gräfin Bülow selbst, und das Ergebnis konnte den verwöhntesten Geschmack befriedigen. Keine sog. Moderne, kein Jugendstil, überhaupt kein ausgeprägter Stil, sondern in Farbe und Form das Beste vom Guten italienischer und deutscher Kunst vergangener Jahrhunderte. Sie selbst hatte sich in ihrem äußeren Wesen den Reiz einfachster, vorurteilsloser Natürlichkeit bewahrt. Zu ihr, der Liszтschülerin, der künstlerisch nachfühlenden Freundin berühmter Maler, wie Makart, bildete Graf Bülow den literarischen Gegenpol. Einen großen Teil der Tausende von Bänden im Bibliothekssaal, der zugleich den Vorraum zu seinem Arbeitszimmer bildete, hatte er gelesen und das Beste daraus im Kopfe behalten. In Plato, in Montesquieu und Pascal, in Ranke, Taine und Talleyrand war er zu Hause. Unter den Dichtern hielt er sich an Goethe, aber mehr an das Gedachte, als an das Empfundene. Lyrische Anwandlungen lagen ihm, dem gänzlich unmusikalischen Zoon politicon, fern. Er war ein Virtuose in der Kunst, von den geistigen Schätzen, die er gesammelt hatte, ohne alle Prätension dieses und jenes Stück wie alltägliche Münze von sich zu geben.

Gleich der erste große Empfang im November 1901 vereinigte in den neuen Räumen des Kanzlerhauses neben Staatsmännern und Parlamentariern alles, was damals Berlin an Berühmtheiten der Künste und Wissenschaften aufzuweisen hatte: Menzel und Begas, Bergmann und Virchow, Schmoller und Wagner und Harnack, auch hohe Offiziere, Leute vom Hof und aus der Gesellschaft fehlten nicht — namhafte Vertreter der Presse natürlich nicht zu vergessen. Von den Berliner Künstlern fesselte den Fürsten Bülow später besonders Liebermann, nicht seiner Bilder wegen, sondern weil er ihn als alten Berliner so echt fand. Aber viel

mehr Genuß als bei den großen Empfängen hatte der beschauliche Gast an den Abenden im kleinen Kreise, weil da die hohen gesellschaftlichen Gaben der beiden Wirte noch besser zur Geltung kamen.

Die häufigen Berufungen Bülows, des Redners, auf Aussprüche großer Männer oder auf diese oder jene Stelle irgendeines Schriftstellers waren der Gegenstand vieler Bosheiten in der Tagespresse. Man glaubte oder gab vor zu glauben, daß die wahre Quelle seiner vielen Zitate die bekannte Sammlung geflügelter Worte von Georg Büchmann sei. Aber mit so billigem Witz war ihm nicht beizukommen. Tatsächlich sind die meisten Zitate in seinen Reden überhaupt nicht im Büchmann zu finden. Es kam auch vor, daß er die Quelle nicht mehr wußte, oder selbst nicht im klaren war, ob ein treffendes Bild eigener Einfall oder Lesefrucht war. So war es z. B. bei dem Wort vom Platz an der Sonne aus einer seiner ersten Reden im Reichstag, das sich auf unseren Mitbewerb an der chinesischen Küste bezog. Erst nach Jahr und Tag entdeckte ein findiger Mann, daß die Wendung schon bei Pascal vorkommt. Hat doch auch das Bismarcksche „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt", wie Büchmann, bald nachdem es gesprochen war, nachgewiesen hat, seine Ahnen bei Konrad von Würzburg, Racine und E. M. Arndt.

Jeder, dem es vergönnt war, als Gast den Unterhaltungen bei und nach Tische in seinem Hause beizuwohnen, konnte beobachten, wie mühelos dem Hausherrn im Wechsel des Gesprächsthemas ein treffender Vergleich oder eine erlebte oder gelesene Geschichte oder ein Wort aus den Werken berühmter Schriftsteller zu Gebote stand. Bei aller überschäumenden Beredsamkeit bewahrte er doch eine innere Zurückhaltung. Es war eine Ungezwungenheit, die sich selbst überwacht und darum noch stärker auf die Umgebung wirkt. Die erstaunliche Kraft und Fülle seines Gedächtnisses läßt sich nur so erklären, daß er frühzeitig und mit ununterbrochenem Fleiß ein mnemotechnisches System befolgte, das es ihm erleichterte, gute Gedanken und geistvolle Stellen aus den Schriften, die er mit Bleistift oder Feder in der Hand studierte, auf die Dauer im Kopfe zu behalten. Freilich besaß er auch die nötige Geistesgegenwart, daß ihm das Beste nicht erst auf der Treppe einfiel.

Überhaupt war sein geistiger Haushalt so genau geordnet, wie sein mächtiger Schreibtisch, auf dem die langen und die kurzen Bleistifte immer ausgerichtet lagen und niemals Aktenreste zu sehen waren.

Manche seiner Reden im Reichstage machen den Eindruck der Improvisation. Sie waren jedoch fast ohne Ausnahme sorgfältig vorbereitet. Das gilt auch für die Antworten auf Reden aus dem Hause, da man bei dem bekannten Standpunkt der Parteiführer und aus ihrer Presse meist schon im voraus wissen konnte, was sie sagen würden. Gewiß war er der Rede so mächtig, daß er leicht aus dem Stegreif sprechen konnte. Er tat es aber nicht und wünschte es nicht zu tun, damit niemals die berechnete Abgewogenheit der Worte fehle. Infolgedessen ist ihm auch niemals eine Entgleisung passiert. Zu den Reden lieferten außer ihm selbst die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt Entwürfe. Er nahm davon, was ihm gut schien, war aber zugleich ganz vorurteilslos gegenüber seinen eigenen Entwürfen. Ich habe ihn nicht selten das, was er des Morgens diktiert hatte, um Mittag zerreißen und in den Papierkorb werfen sehen, wenn begründete Bedenken dagegen geltend gemacht werden konnten. Autoreneitelkeit kannte er nicht und adoptierte gern von anderen, was ihm wirksam zu sein schien, machte Zusätze und gab dieser oder jener Stelle seine eigene Form. Die treffenden Einfälle und Scherze rührten meist von ihm her. Stand dann der Entwurf im ganzen fest, ging er daran, ihn dem Gedächtnis einzuprägen, was auch bei längeren Reden nur kurze Zeit in Anspruch nahm. Die Folge dieser genauen Vorarbeit war, daß am Stenogramm der gehaltenen Rede nur ganz wenig geändert zu werden brauchte.

Großes Gewicht legte Bülow auf die Beobachtung und Behandlung der öffentlichen Meinung im In- und Auslande. Es war ihm ein persönliches und sachliches Bedürfnis, ein möglichst gutes Verhältnis zwischen Regierung und Presse herzustellen. Angriffe ausländischer Blätter auf seine Person kümmerten ihn wenig und waren ihm sogar unter Umständen wegen ihrer günstigen Wirkung auf den Kritizismus seiner deutschen Landsleute willkommen. Dagegen zeigte er sich gegen fortgesetzten Tadel deutscher Blätter namentlich dann empfindlich, wenn davon

sein Ansehen im Auslande Schaden erleiden konnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Berlin zur Zeit der englisch-deutschen Annäherungsversuche und später der gegen Deutschland gerichteten Ententen die Vertreter der internationalen Presse besonders anzog, und daß diese sich mit Vorliebe der oppositionellen Kreise als Informationsquellen bedienten.

Von Anfang an setzte er für den Verkehr mit der Presse ein, was er an persönlicher Anziehungskraft ausstrahlen konnte, und das war, nach dem Urteil auch älterer, kühler Zeitungsleute, nicht wenig. In seiner Grundauffassung von der Wichtigkeit möglichst vieler Preßbeziehungen, inländischen und ausländischen, zur Führung der Politik ließ er sich auch durch die auf diesem Felde unausbleiblichen Enttäuschungen in Einzelfällen nicht irre machen. Er wußte, daß nicht sowohl was ein Staatsmann erklären mag, als was in der öffentlichen Meinung für die Welt daraus gemacht wird, in der politischen Nachwirkung das Entscheidende bleibt. Während eines Ausstandes der parlamentarischen Berichterstatter, in einer Reichstagssitzung, wo die Parteien von ihm Erklärungen über auswärtige Fragen erwarteten, blickte Bülow achselzuckend zur leeren Journalistentribüne hinauf, verschränkte die Arme und blieb schweigend sitzen. Denn ohne den Widerhall in der Presse wäre seine Rede wie Musik im luftleeren Raum gewesen. Dieser den älteren Zeitgenossen noch erinnerliche Vorfall ist wohl das stärkste Zeugnis, das ein Staatsmann öffentlich von seiner Schätzung der Presse geben konnte.

Mit Weltgewandtheit und Liebenswürdigkeit hat „der geschickte Menschenfänger", wie einer der besten deutschen Journalisten Bülow bezeichnete, — ein anderer sprach später von „Menschenknetkunst" — viele Männer der Feder für sich eingenommen. Er hatte bald einen Kreis sicherer Anhänger, streckte aber auch Fühler nach Fernerstehenden und selbst nach entschiedenen Gegnern aus. Bei solchen Gewinnungs- und Zähmungsversuchen konnte der Eindruck entstehen, als ob er seinen Kahn stets auf die höchste Welle setzen wollte und als ob Freunde, die es schon waren, nicht ganz so geschätzt würden wie Gegner, die Freunde werden sollten. Wie einer nicht größer wird, wenn er andere verkleinert, so verliert der Menschengewinner auch leicht an zuverlässigen Helfern, was er

an unsicheren Kantonisten gewinnt. Die wirkliche Volksstimmung ist ein sehr schwer faßbares und lenkbares Ding. Was die Feder des Journalisten als öffentliche Meinung ausgibt, ist oft nur des Herrn eigener Geist und dringt nicht in die Tiefe der Volksseele. Ganz Große, wie Bismarck, sind nicht in geschäftiger Sorge um lobende Anerkennung ihrer Verdienste, sondern im Kampf gegen die sog. öffentliche Meinung populär geworden.

Bülow, der die Wirksamkeit deutscher Zeitungen auf die nichtdeutsche Welt in langen Jahren vom Auslande her beobachten mußte, hat oft bedauert, daß außerhalb der schwarz-weiß-roten Pfähle unserer Presse Erfolge versagt blieben, auf die sie nach ihren Leistungen Anspruch gehabt hätte. Im Vergleich mit der Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit in anderen Ländern bleibt bei uns die öffentliche Meinung dem Glauben treu, daß es in politischen Dingen ein an sich Richtiges gebe, einen sicheren Maßstab, in dessen Besitz man über die fernsten wie die nächsten Begebenheiten und Personen sachgemäß urteilen könne. Wir werden noch länger bei den schlimmen Tatsachen unserer nicht auf die Feindesländer beschränkten Unbeliebtheit in die Schule gehen müssen, um auf Kosten dieses Hanges zu abstrakter Rechthaberei und zu aufdringlichem Lob der eigenen Kultur aus dem täglichen Meinungsstreit instinktmäßig das unseren Interessen Schädliche ausscheiden zu lernen und namentlich für Stimmungen und Strömungen um uns her eine feinere Spürkraft zu erwerben. Bülow hat es sich sauer werden lassen mit der Eindämmung der deutschen Lehrhaftigkeit, deren Folge in der inneren Politik eine überkritische Betrachtungsart, in der auswärtigen ein verletzendes Schulmeistern gegen andere Länder und Völker ist. Er hat, so oft Anlaß dazu war, gemahnt, daß, wie eine Regierung, auch eine für ihr Land verantwortliche Presse fremde Empfindlichkeiten nicht so ansassen darf, wie es der eigenen wohlgefällig wäre. Freilich konnte er sich nicht entschließen, die gegen andere Mächte unterschiedslos ausfallenden alldeutschen Speere zusammenzuraffen und gegen die eigene Brust zu richten. Damals, zu Anfang seiner Kanzlerschaft, wäre mit festem Zugreifen noch zu verhindern gewesen, daß das feindliche Ausland später die Alldeutschen als wahre Gardetruppe der kaiserlichen Politik hinstellen und den törichten Überschwang mancher

ihrer Schriften als Beweis für deutsche Eroberungssucht und Weltherrschaftsgelüste ausgeben konnte *).

Als Staatsmann war Bülow Optimist, Eklektiker und Opportunist. Optimist mit dem Leitspruch: Es gibt keine Lage, aus der man nicht mit Vorteil herauskommen könnte; Eklektiker, der das Gute bei allen Parteien suchte und es nahm, wo er es fand; Opportunist, auf kein Programm eingeschworen, sich nach Zeit und Umständen richtend, und nur da den Cato spielend, wo es Erfolg versprach. Zeit und Umstände! War er nicht der rechte Kanzler in einer Zeit großer Zerfahrenheit der Parteien im Lande und im Reichstag, und unter Umständen, die von einem zwar für moderne Gedanken empfänglichen, aber doch die Welt oft durch romantische Selbstherrlichkeit überraschenden Monarchen bestimmt wurden? In der ersten unter seinem Vorsitz abgehaltenen Sitzung des Staatsministeriums erklärte er, daß eine einheitliche, geschlossene Regierung notwendig sei, um stetig und zielbewußt, wie es das Land verlange, die innere Politik zu leiten. Er trat damit in geraden Gegensatz zu dem Kanzler v. Caprivi, der in einer seiner ersten Reden „die größere Selbständigkeit der Ressorts" ankündigte. Caprivi hatte dabei die Klagen im Sinne, die in den letzten Amtsjahren des Fürsten Bismarck über Lähmung und

*) „Die alldeutsche Agitation hat uns dadurch geschadet, daß sie den Feinden ein unübertreffliches Material für den moralischen Feldzug gegen Deutschland gab. Davon gewinnt man erst eine Vorstellung, wenn man die Wirkung der alldeutschen Literatur in England, Frankreich, Amerika und im übrigen Ausland verfolgt. Ich habe das getan und veranlaßt, daß es von anderer Seite in großer Vollständigkeit geschah, und ich kann versichern, daß wir hier auf dem Felde vieler verlorener Schlachten und Feldzüge stehen. Das, wovon die feindliche Verleumdung und Verdächtigung Deutschlands lebt, woraus die Methode der Entente, Deutschland als die gewalttätige und gesetzlose Macht hinzustellen, für die ganze Welt ihre Kraft zieht, sind nichts anderes als die Reden und Schriften der Alldeutschen während der letzten anderthalb Jahrzehnte vor dem Kriege und während des Krieges. Es gibt keine alldeutsche Stimme von Bedeutung, die nicht mit Erfolg benutzt worden wäre, um Feindschaft in aller Welt gegen uns zu schüren." Paul Rohrbach, aus einer Denkschrift vom September 1917 („Deutsche Politik" vom 9. August 1918).

Stillstand der Regierungsgeschäfte als Folge der langen Abwesenheiten des großen Kanzlers von Berlin laut geworden waren. Der zweite Kanzler hatte damit für seine Zeit beinahe ebenso recht, wie der vierte mit dem Verlangen nach größerer Einheitlichkeit für die seinige. Unter dem greisen Fürsten Hohenlohe waren die vereinigten Posten des Kanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten wohl mit Würde, aber ohne Kraft verwaltet worden, und im Zuge der Zeit lag die Forderung, die oberste Leitung der inneren Politik aus dem Schattenhaften ins Wesenhafte zu verwandeln.

Wenige haben eine rechte Vorstellung von der Schwere der Arbeitslast, die auf einem Kanzler und Ministerpräsidenten ruht, der führen will. Bülow hat ständig vom Morgen an mit einer ungefähr zweistündigen Frühstückspause bis zur Abendmahlzeit, mitunter noch nach ihr bis in die Nacht, arbeiten müssen. In den Vormittagsstunden studierte er die Eingänge, Berichte, Telegramme, Noten, Zuschriften, Ausschnitte aus in- und ausländischen Zeitungen, dann folgten Vorträge, Empfänge, Sitzungen. Nachmittags ebenso. Beim Lesen der Eingänge blieb es nicht. Er hatte die Gewohnheit, alles Geschriebene und Gedruckte, das ihm vor Augen kam, mit Strichen, Betrachtungen, Anweisungen zu versehen. Längere Bemerkungen wurden diktiert, oder er schrieb eigenhändig Briefe und Karten an den Chef der Reichskanzlei, den Staatssekretär und den Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, an Herrn v. Holstein, den Preßreferenten usw. Das ging so Tag für Tag. Wenn man alles zusammennehmen könnte, was er schriftlich von sich gegeben hat, und es drucken lassen wollte, würden die vierzig Bände Goethe dahinter an Umfang kaum zurückbleiben.

Die innere Politik war für ihn ein neues Gebiet. Wenn er sich auch bei den einzelnen Fragen der ersten Zeit, Zolltarif, Handelsverträge, Zuckerkonvention, Finanzreform, Sozialpolitik im Reiche, Kanalvorlage, Polen- und Ostmarkenfrage in Preußen, nicht bis ins letzte vertiefen konnte, so mußte er sich doch ein allgemeines Urteil bilden. Professor Adolf Wagner hatte zwar seiner Arbeit über die Finanzen Italiens im diplomatischen Examen eine gute Note gegeben, aber Bülow scherzte selbst oft über sein geringes Talent für finanzielle Dinge. Zu der Hausarbeit kamen

noch die repräsentativen Pflichten, Hoffeste, Verkehr bei den Botschaftern, Besuche an deutschen Fürstenhöfen, Monarchenbegegnungen usw. Und dann der Reichstag und das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus! Wenn er auch keine Rede halten wollte, mußte er doch, namentlich im Anfang, mancher Debatte beiwohnen und Fühlung mit den Matadoren der Parlamente halten.

Ein Vergleich mit dem Fürsten Bismarck würde hier nicht passen. Seit seinem Abgange hatte die Überlast von Arbeit und Verantwortung für den Reichskanzler immer mehr zugenommen. Die Staatssekretäre waren zu Bismarcks Zeit gleich jungen Söhnen leicht in väterlicher Hand zu behalten. Sie sind seitdem erwachsene, zum Teil recht ausgewachsene Männer geworden, deren Selbstständigkeitsdrang sich aus dem Schwergewicht ihrer fortgesetzt steigenden Aufgaben erklären und rechtfertigen würde, auch wenn persönlicher Ehrgeiz niemals mitspielte. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie mächtig das aus dem ehemaligen „Reichskanzleramt" hervorgegangene Reichsamt des Innern um sich gegriffen hat. Über den Reichsämtern behauptet sich mit Ansprüchen an die Tätigkeit des Kanzlers der Bundesrat, dessen Zustimmung in wichtigen Fällen keineswegs immer leicht zu erreichen ist. Damit ist angedeutet, was man die Reichsseite des Kanzlers nennen kann; er hat aber noch seine preußische Seite, die nicht weniger Arbeit und Kopfzerbrechen macht. Denn ohne gleichzeitige Ausübung der Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, im Sinne einer Realunion mit dem obersten Reichsamt, hat ein Kanzler nicht die zur Führung der Geschäfte erforderliche Machtvollkommenheit. Die Staatssekretäre im Reich sind ihm nachgeordnet, die preußischen Minister muß er als ihm in Preußen Gleichstehende in Übereinstimmung mit seiner Politik erhalten, und die preußischen Ressorts sind im einzelnen wie in ihrer Zusammenfassung, der „Königlichen Staatsregierung", recht kraftvolle Körper, was gelegentlich alle Kanzler erfahren haben. Wenige Deutsche, auch unter den Gebildeten, machen sich ein klares Bild von dem verwickelten Ablauf der Vorgänge im Organismus des Reiches, Preußens und anderer Bundesstaaten, als deren Ergebnis nach außen noch immer die Verantwortlichkeit *eines* Mannes, „die Politik des Reichskanzlers" erscheint. Der Versuch, Aus-

ländern dieses innerliche Getriebe unseres staatlichen Lebens für eine gerechte Beurteilung deutscher Dinge durchsichtig zu machen, stößt, sogar bei den Klügsten, auf kaum überwindliche Hindernisse. Ich habe das selbst oft genug in langen Gesprächen mit gescheuten und wißbegierigen Vertretern ausländischer Blätter erfahren müssen. Sie sahen ein mittelalterlich anmutendes Gemäuer mit Pfeilern, Strebebogen, Widerlagern, Wasserspeiern und anderen Zieraten und wußten sich darin nicht zurechtzufinden.

In die erste Hälfte der Bülowzeit fiel das Aufkommen des Revisionismus in der Sozialdemokratie. Ging der neue Geist auch nicht von den Gewerkschaften aus, sondern von einer Anzahl denkender Köpfe unter den Literaten und „Akademikern" der Partei, so trugen doch die Erfolge, die die Gewerkschaften im Lohnkampf für ihre Mitglieder erzielten, viel dazu bei, daß auch die politische Agitation nicht mehr ausschließlich von dem Gedanken des baldigen gewaltsamen Umsturzes dieses Staates und dieser Gesellschaft beherrscht wurde. Im Arbeitervolk selbst fing man an, von der Millionenpartei nicht mehr bloß Klassenkampf für den Zukunftsstaat, sondern auch positive Leistungen für die Gegenwart zu verlangen *). Schon zur Zeit seiner Ernennung hatte Graf Bülow zu mir gesagt, er werde niemals ein Ausnahmegesetz gegenzeichnen. In einem Briefe aus Kleinflottbek vom September 1903 schrieb er mir: „Die Frage, ob, wie und warum gegen die Sozialdemokratie vorgegangen werden soll, beherrscht die Situation hinter den Kulissen noch mehr als in der Öffentlichkeit. Hinter „Hamburger Nachrichten", „Post" usw. stehen mächtige Kreise. Wenn ich gegen ein inopportunes Vorgehen in der fraglichen Richtung bin, so ist dies wahrlich nicht Mangel an Mut. Es ist auch nicht, weil ich ein solches Vorgehen für aussichtslos oder auch nur für besonders schwierig halte, sondern es ist, weil ich glaube, daß der deutsche Volkskörper stark und gesund genug ist, um das sozialdemokratische Gift, soweit es Gift ist, mit der Zeit selbst auszuscheiden. Es ist, weil ich meine, daß eine solche Kur dem für mich allein maßgebenden Interesse des deutschen Volkes besser entspricht als unzeitgemäße und jedenfalls verfrühte Operationen."

*) Vgl. Paul Lensch, Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück, S. 31 ff.

In der Ansicht, daß eine so große, von einem eigenen sittlichen Ideengehalt erfüllte Bewegung im Volke, wie die sozialdemokratische, nicht mit Gewaltmaßregeln zu bekämpfen sei, folgte der vierte Kanzler den Spuren seiner beiden Vorgänger und sah auch wie sie das beste Heilmittel für ihre Auswüchse in der Sammlung der bürgerlichen Parteien. Daß er nicht tief in die sozialistische Gedankenwelt eingedrungen ist, beweist ein Satz aus seinem Beitrag „Deutsche Politik" zu dem Sammelwerke „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.", der lautet: „Neid ist eine Hauptwurzel unserer sozialdemokratischen Bewegung." Infolgedessen bewegten sich auch seine ersten großen Kanzlerreden gegen die Sozialdemokratie im alten Geleise. Ihre starken Erfolge bei allen bürgerlichen Parteien verdankten sie der überlegenen Ironie, mit der er den sozialdemokratischen Zukunftsstaat behandelte. Besonders scharf ging er gegen Bebel vor, nachdem der Dresdener Parteitag (September 1903) mit der Musterung gegen die Revisionisten und Gemäßigten (v. Vollmar, W. Heine, Göhre, Bernstein) reichen Stoff für sarkastische Bemerkungen geliefert hatte. Dabei hatte Bülow für ehrliche Hitzköpfe, wie Bebel, volles menschliches Verständnis, wie er überhaupt zwischen dem rein Menschlichen und dem Politischen zu unterscheiden pflegte und jenes nicht von diesem erdrücken ließ. In einem Falle, der vor dem Dresdener Parteitag lag, trafen Menschlichkeit und Politik zusammen. Vertraulich hatte ich erfahren, daß Eduard Bernstein den Wunsch habe, nach langen Jahren des Exils in Zürich, wo er zur Zeit des Sozialistengesetzes den „Sozialdemokraten" redigierte, und später als freier Schriftsteller in London, wieder in die Heimat zurückzukehren. Bernstein war der Theoretiker des Revisionismus: „Das Ziel ist nichts, die Entwicklung ist alles." Graf Bülow verfügte, daß sofort alles geschehe, um die Heimkehr des einst Verfemten zu ermöglichen.

Die Leitung der auswärtigen Politik behielt Graf Bülow natürlich in der Hand. Aber bei der sonstigen Überhäufung mit Arbeit ergab es sich von selbst, daß er Herrn v. Holstein, der die genaueste aktenmäßige Kenntnis der internationalen Lage besaß, einen großen Einfluß einräumte, namentlich in den ersten Jahren, als der neue Kanzler von der inneren Politik stark in Anspruch

genommen war. Und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes? Es war ein schweres Stück für Bülow, den Unterstaatssekretär Freiherrn v. Richthofen zum Staatssekretär aufrücken zu lassen, ohne Holstein zu verlieren. Beide waren entgegengesetzte Naturen und liebten sich einander nicht. Der eine war für Bülow wertvoll durch seine Zuverlässigkeit und Treue, der andere hatte die größere diplomatische Erfahrung voraus. Schließlich siegte bei Holstein der Wille zur Macht über die Abneigung gegen Richthofen, der sich bisher nicht immer gefügig erwiesen hatte. Die Stellung des neuen Staatssekretärs zwischen einem diplomatischen Reichskanzler wie Bülow und einem wirklichen oder vermeintlichen Hexenmeister im Auswärtigen Amt wie Holstein, der, während der neue Kanzler sich in die inneren Fragen einarbeitete, für das Äußere vorläufig noch freiere Bahn hatte, war wirklich nicht zu beneiden. Ohne eigene politische Antriebe, die unter solchen Umständen auch nicht zur Geltung gekommen wären, zeigte Richthofen für den Zusammenhang der wirtschaftlichen und finanziellen Dinge mit der hohen Politik ein beweglicheres Empfinden als Bülow und Holstein und ist durch Beherrschung technischer Einzelheiten, große Arbeitslust und verbindliches Wesen eine zuverlässige Kraft gewesen.

War Bülow ein schöpferischer Staatsmann? Konnte er es sein unter den Nachwirkungen der eisernen Bismarckschen Ära und als Diener eines Monarchen mit überspannten Herrscherideen? Für neue Bahnen im Innern war die Zeit noch nicht gekommen, und Bülow, der Opportunist, ist ihr nicht vorausgeeilt. Der auswärtige Kurs war durch die Flottenpropaganda erschwert, die unsere Zukunft auf das Wasser verlegte, unbekümmert darum, daß sie noch immer in Europa und auf der heimatlichen Erde mit ihrem Industrieproletariat und ihren weiten unbesiedelten Flächen lag. Das Reichsschiff trieb zu weltpolitischen Strudeln hin, stampfend und rollend, — gab es noch glückliche Fahrt? In Bülows angespanntester Tätigkeit fehlt jeder dämonische Zug, wie er von Bismarcks visionärer Größe unzertrennlich ist. Es fehlt aber nicht der aleatorische, das Spiel mit der Gefahr, die durch bängliches Schwanken doch nicht verscheucht, sondern erst recht herbeigezogen wird.

Ob er selbst immer, namentlich im Auswärtigen, richtig geführt hat, wird ihm selbst zweifelhaft sein. Geführt aber hat er. Den Kaiser hat er geleitet durch verhängnisvolle Jahre an Abgründen vorüber, mit höchster Geschicklichkeit, die der extremen Linken im Reichstage Vorsicht und Mäßigung auferlegte. Eine monarchische Krisis hätte mehr als einmal entstehen können, sie ist von Bülow ferngehalten oder durch Freimut abgewandt worden. Gegen Plötzlichkeiten und aufreizende Gesten des persönlichen Regiments hat er sich viel öfter, als bekannt geworden ist, aus richtiger Erkenntnis des neuen Zeitgeistes, aber ohne nachhaltigen Erfolg eingesetzt. Der Enkel Wilhelms I. sah es gern, daß sich Bülow zu einem starken Kanzler auswuchs, bis nach dem Novembersturm das alte persönliche Vertrauen erschüttert war und die Krone ihn nicht mehr ertrug.

V. Das englische Bündnisangebot 1901.

Bald nach den Neuwahlen zum Unterhaus im Oktober 1900, aus denen die Konservativen und Unionisten wieder in alter Stärke hervorgegangen waren, nahm Lord Salisbury einen Wechsel in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten vor. Er selbst war bisher Minister des Äußeren gewesen, trat nun aber, um sich zu entlasten, den Posten an den bisherigen Kriegsminister Lord Lansdowne ab und behielt nur die Leitung der allgemeinen Politik bei. Lansdowne war ein Neuling im diplomatischen Geschäft, vor seiner Übernahme des Kriegsministeriums hatte er mehrere Posten in der Kolonialverwaltung, in Kanada und in Indien, innegehabt. Die liberale Presse sprach ihre Genugtuung darüber aus, daß Salisbury dem imperialistischen Draufgänger Chamberlain den ruhig überlegenen Lansdowne vorgezogen hatte. Bald sollte sich herausstellen, daß Chamberlain in seinem Streben nach einer Verständigung mit Deutschland — auch bei Schlichtung des Samoastreites und bei der Beschlagnahme der deutschen Postdampfer hatte er versöhnlich gewirkt — von dem neuen Minister des Auswärtigen unterstützt wurde.

Mitte Januar 1901 berichtete der erste Sekretär bei der Botschaft in London, Freiherr v. Eckardtstein, über ein Gespräch, das er während eines Aufenthalts auf dem Lande mit Chamberlain gehabt hatte. Lord Salisbury war damals zur Erholung in Cannes. Chamberlain deutete an, daß die Zeit für England gekommen sei, Anschluß entweder an Deutschland oder Rußland zu suchen. Er ziehe den Anschluß an Deutschland vor und glaube, daß man den Anfang am besten mit einem geheimen Abkommen über Marokko machen sollte. Lehne die deutsche Regierung ab, so werde sich England genötigt sehen, sich mit Rußland zu vertragen, sei es auch unter großen Opfern in China und am Persischen Golf.

Der Zeitpunkt war nicht gerade günstig. Der Krieg mit den Buren hatte eben mit schweren englischen Niederlagen begonnen. Beinahe die ganze Welt stand mit ihren Sympathien auf der Seite der Buren. In Berlin war man noch über die lauten Festlichkeiten in Lissabon verstimmt, die kaum mehr eine Hoffnung auf baldige Verwirklichung des deutsch-englischen Geheimabkommens über die portugiesischen Kolonien ließen. Die Drohung mit einem Anschluß an den Zweibund schreckte nicht. Holstein sah in ihr nur Bluff. Das freundliche Verhältnis zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten, sowie die Energie, mit der diese auf der Beseitigung der alten englischen Rechte auf Bau und Schutz des Panamakanals bestanden hatten, bestärkten in dem Glauben, daß England ganz verlassen sei. Hiernach schien es geraten, die englische Zwangslage nicht vorzeitig zu erleichtern, sondern zunächst der Londoner Vertretung eine freundlich abwartende Haltung vorzuschreiben.

Dazu ist jedoch zu bemerken, daß Holstein von Anfang an auf eine Verständigung mit England hinauskommen wollte. Er sah vollkommen ein, daß die deutsche Politik seit ihrer Erweiterung zur Weltpolitik nicht mehr von der russischen Freundschaft allein leben könne, sondern sich mit England vertragen müsse. Auch ein Promemoria des damaligen Personalienrats im Auswärtigen Amt, Prinzen Lichnowsky, sprach sich in ähnlichem Sinne aus *). Für Bülow selbst war das erste Bedenken, wie schwer es sein werde, einen Allianzvertrag, der den Parlamenten vorgelegt werden sollte, im Reichstag durchzubringen. Um meine Meinung befragt, konnte ich nur bestätigen, daß nach dem Stande der damaligen öffentlichen Meinung heftiger Widerspruch unter Berufung auf die vielen offiziellen Äußerungen über die Nützlichkeit einer Politik der zwei Eisen zu erwarten sei, und daß namentlich die sog. Bismarckblätter fragen würden: Wie schlecht muß unsere Diplomatie sein, daß sie nicht verstanden hat, unser gutes Verhältnis zu Rußland trotz eines friedliebenden Zaren zu erhalten.

*) Der Personalienrat hatte ebenso wie der Preßreferent nach einer Verfügung Bülows direkten Vortrag beim Reichskanzler. Holstein nannte uns deshalb scherzend die Reichsunmittelbaren.

Am 21. Januar 1901 eilte der Kaiser an das Sterbelager seiner Großmutter. Die warme Aufnahme bei Hofe und dem Londoner Volk veranlaßte den Kaiser, seinen Aufenthalt nach dem Tode der Königin bis zum 6. Februar zu verlängern. Der König verlieh ihm die Würde eines britischen Feldmarschalls und wünschte in Tischreden den „freundschaftlichen" und „ausgezeichneten" Beziehungen zwischen Deutschland und England eine lange Dauer. Der aus Südafrika zurückgekehrte Oberbefehlshaber Lord Roberts erhielt den Schwarzen Adlerorden. Unterredungen des Kaisers mit Lord Salisbury, Lansdowne, dem Lord-Mayor und anderen hervorragenden Persönlichkeiten erhöhten die warme Stimmung. Von Allianz wurde nicht gesprochen *). Wohl aber kam der Kaiser mit dem ausgesprochenen Eindruck zurück, daß er bei fortdauerndem Schwanken zwischen England und Rußland leicht zwischen zwei Stühlen zu sitzen komme.

Nicht lange darauf erfolgte das im dritten Abschnitt kurz erwähnte Nachspiel zum Yangtsevertrag und wirkte hemmend auf die Neigung der englischen Staatsmänner ein, die vertraulichen Gespräche über den Allianzgedanken fortzusetzen. Der Störenfried, der ahnungslos die Verstimmung veranlaßte, war Rußland mit seinen Anstalten, das russische Settlement in Tientsin zu befestigen, und dem Ansinnen an die chinesische Regierung, ein von Alexejew abgeschlossenes Mandschureiabkommen zu unterschreiben. China sah sich bei den anderen Mächten nach Hilfe gegen den russischen Druck um. Lord Lansdowne regte darauf gemeinsame Vorstellungen in Petersburg an und schlug vor, den Chinesen in der Mandschureifrage den Rücken zu stärken. In Berlin aber lehnte man eine Berufung auf das Yangtseabkommen ab und erklärte sich nur zu einem Rat an China gegen Sonderverträge mit Rußland bereit.

Der sich daraus ergebende Meinungsstreit über die richtige Auslegung des Yantsevertrags blieb nun aber nicht Geheimnis der Kanzleien, sondern wurde öffentlich in Presse und Parlament ausgetragen. Mitte März 1901 trat der Kanzler im Reichstage der Annahme entgegen, daß das Yangtseabkommen geheime Klau-

*) Die andere Angabe im Neuen Kurs, Seite 192, war irrig.

seln enthalte, und fügte hinzu: „Auf die Mandschurei bezieht sich das Abkommen nicht, bei den Verhandlungen haben wir keinen Zweifel darüber gelassen . . . Was aus der Mandschurei wird — ja, m. H., ich wüßte wirklich nicht, was uns gleichgültiger sein könnte." Wenige Tage darauf sagte Bülow in der Erwiderung auf eine Rede des Abgeordneten Fürsten Bismarck des Jüngeren: „Da der Herr Vorredner das Thema angeschnitten hat, freue ich mich, übrigens mitteilen zu können, daß ich vor zwei Stunden ein Telegramm unseres Botschafters in Petersburg erhalten habe, nach welchem der russische Minister des Auswärtigen dem Grafen Alvensleben seine Genugtuung mit meinen neulichen Ausführungen über China ausgesprochen hat." Die blinden Russenfreunde waren beruhigt, die englischen Vertragspartner dagegen außerordentlich verstimmt. So ganz unzweifelhaft war es nicht, daß sich das Abkommen überhaupt nicht auf die Mandschurei bezöge, und, wie die Folgen zeigten, wäre es für uns vorteilhafter gewesen, wenn wir nicht so geflissentlich unsere völlige Gleichgültigkeit in der Mandschureifrage verkündet hätten. Die deutsche Auslegung des Yangtseabkommens machte in England um so größeres Aufsehen, als kurz vorher jene russische Pression auf China bekannt geworden war.

In dem Diplomatenstreit über die Auslegung des Yangtsevertrags behielt Bülow in einem Punkte unbedingt recht. Der neue englische Unterstaatssekretär Cranborne kannte offenbar die Vorgeschichte des Vertrags nicht genügend, als er im Unterhaus erklärte, das Abkommen enthalte keinerlei Einschränkungen, beziehe sich also auch auf Nordchina. Der Haken steckte in den Worten „wo sie Einfluß ausüben können". Lord Salisbury selbst hatte bei den Vorverhandlungen den 38. Breitegrad als nördliche Grenze des Geltungsbereichs bezeichnet. Später wurde der Breitegrad durch jene Worte ersetzt, die Deutschlands Gleichgültigkeit in bezug auf die Mandschurei verschleierten. Das war geschehen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England, die das Abkommen minder günstig aufgenommen hätte, wenn in ihm die Mandschurei ausdrücklich ausgeschlossen gewesen wäre. Lord Lansdowne erkannte an, daß in den Worten „wo sie Einfluß ausüben können" eine Einschränkung enthalten sei, wollte diese aber nur auf den

ersten Artikel des Abkommens (offene Tür), nicht auch auf den zweiten (Unversehrtheit Chinas) bezogen wissen. Es blieb also doch eine Unklarheit übrig.

Angesichts der öffentlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheit zwischen dem englischen Kabinett und der deutschen Regierung beeilte sich Japan, durch den Mund seines auswärtigen Ministers im Parlament aussprechen zu lassen, daß es seinerseits vorbehaltlos dem Abkommen beigetreten sei und sich an nachträgliche Auslegungen nicht kehren werde. Man darf heute wohl sagen, daß die unnötig schroffe deutsche Verwahrung gegen die Möglichkeit, einmal unfreundlich gegenüber russischem Eroberungsdrang im fernen Osten zu erscheinen, sowie die geflissentlichen Verbeugungen vor dem Zaren England zu einem engen Anschluß an Japan hindrängten *).

Doch auch über diese Hemmung kamen die Freunde des Allianzgedankens im englischen Kabinett hinweg. Sie brachten Lord Salisbury dahin, daß er sich zu einem Bündnis, das ganz auf Verteidigungszwecke bei Doppelangriff beschränkt wäre, grundsätzlich bereit erklärte. Holstein, der immer noch der Meinung blieb, daß die Versicherung Chamberlains: entweder Verständigung mit Deutschland oder Anschluß an Rußland nur Bluff sei, kam nun auf den Gedanken der sog. Fünfergruppe, d. h. es sollte ein Zusammenschluß Englands und Japans mit dem Dreibund versucht werden, und zwar sollten die Verhandlungen über Wien gehen. Gut mochte der Gedanke sein, England nicht mit Japan allein zu lassen. Der Grund aber, warum er darauf bestand, daß Salisbury vor weiteren Besprechungen seinen Widerwillen gegen die Einbeziehung Österreich-Ungarns und Italiens in das Bündnis überwinden müsse, war eine künstliche Konstruktion. Er meinte nämlich, daß sonst unsere Gegner einen unserer Verbündeten angreifen und uns damit in einen Krieg verwickeln könnten, ohne daß England, wegen des Fehlens eines direkten Doppelangriffs, den Bündnisfall für gegeben zu erachten brauchte. Den naheliegenden Einwand, daß weder Frankreich noch Rußland so ein-

*) Vgl. Graf Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik, 7. Aufl. S. 170 ff.

fältig sein würde, unsere Verbündeten durch Angriff auf sie zu absolut sicheren Kriegsgenossen für uns zu machen, wollte Holstein nicht gelten lassen. Selbst die Möglichkeit des gesetzten Falles zugegeben, wäre doch immer noch der Vorteil für uns geblieben, daß England dann nicht wohl auf der Gegenseite sein konnte.

Näheres über die Auffassung Holsteins ist aus Bruchstücken von Briefen zu ersehen, die am 13. Mai 1912 von dem Wiener Vertreter des Londoner „Daily Telegraph" veröffentlicht wurden. Die Briefe stammen aus den ersten Monaten des Jahres 1901 und waren vermutlich an den Baron Eckardtstein in London gerichtet. Die Bruchstücke lauten in Rückübersetzung aus dem Englischen:

„Ist der britische Minister des Äußeren oder der Kolonialminister bekannt mit Bismarcks Privatbrief an Lord Salisbury vom 22. November 1887? Lord Salisbury fragte den Grafen Hatzfeldt, ob Prinz Wilhelm (der plötzlich in den Vordergrund kam infolge der unglücklichen Thronfrage) russische Neigungen habe. Darauf schrieb Bismarck — obgleich er keine Verpflichtung zur Antwort hatte — einen persönlichen Brief an Lord Salisbury, worin er erklärte, daß ein deutscher Kaiser als solcher weder eine englische, noch eine russische, sondern nur eine deutsche Politik treiben könne, und daß persönliche Neigungen durchaus abseits lägen. Nun seien Deutschlands natürliche Verbündete Österreich und England, aber Deutschland würde gezwungen sein, sich Rußland zu nähern, wenn es nicht auf die Unterstützung beider Mächte rechnen könne.

Fürst Bismarcks ungewöhnlicher Schritt auf der Höhe seiner Macht — ich erinnere mich nicht, daß er je, so wie hier, unvermittelt an einen fremden Premierminister geschrieben hat — zeigt die Wichtigkeit, die er Lord Salisburys Antwort beilegte."

„Der jetzige Augenblick ist von entscheidender Wichtigkeit, weil sowohl England als auch Deutschland gewisse Neigung zu günstigerer Stimmung zeigen. Allerdings ist eine Verständigung zwischen den beiden Ländern, so wie ich sie für erwünscht halte, wegen gegenseitigen Mißtrauens erschwert."

„Um den Gang der Politik zu erleichtern, unter Berücksichtigung des jetzigen Standes der Stimmung, wäre der einzuschlagende

Weg, die Annäherung nicht zu einer Frage eines englisch-deutschen Bündnisses zu machen, sondern England zu veranlassen, sich dem Dreibunde anzuschließen. Graf v. Goluchowsky wird ganz für diese Politik sein. Allerdings würde Österreich abgeneigt sein, irgendwelche Verbindlichkeiten außerhalb Europas auf sich zu nehmen; aber seit Rußland gleichzeitig die Grenze Galiziens und die Grenze Indiens bedroht, kann Goluchowsky kaum die Stärkung des Trutzbündnisses gegen Rußland als eine außereuropäische Angelegenheit betrachten."

„Wenn die breite Entwicklung eines Bündnisplanes festgelegt werden kann, so, meine ich, kann wirklich etwas Nützliches und Dauerndes erreicht werden, über Wien. Ich sehe auch nicht, warum nicht gleichzeitig Japan in das Schutzbündnis einbezogen werden kann. Diese Kombination würde die Sache erleichtern, denn Japan ist in Deutschland populär. Japan könnte vielleicht meinen, es gewänne dabei nicht viel, aber auf alle Fälle könnte der Vorschlag seine allgemeine Stellung nicht schädigen, weil es sich in guter Gesellschaft befände."

„Deutschlands guter Wille ist klar aus seiner Haltung in der Tientsinfrage, die Sir F. Lascelles ganz überraschte *). Das englische Mißtrauen wird vorüber sein. Der Weg über Wien ist der richtige. Es ist keine Frage wie 1887, England, Österreich und Italien zusammenzuziehen, sondern England und Japan dem Dreibunde anzuschließen."

Auf Grund dieser brieflichen Informationen aus der Feder Holsteins nahm nun Baron Eckardtstein auch Fühlung mit dem japanischen Botschafter in London, Grafen Hayashi. Von den Denkwürdigkeiten, die Hayashi hinterlassen hat, erschien zunächst nur ein kleiner Teil im Sommer 1913 in dem japanischen Blatte „Jiji Schimpo", die Fortsetzung wurde unterdrückt **). Nach der Erzählung Hayashis sagte ihm Eckardtstein im Frühjahr 1901 als seine Privatansicht: Zur Erhaltung des Friedens in Ostasien sei nichts besser als ein Bündnis zwischen England, Japan und

*) Gemeint ist die deutsche Bereitwilligkeit, in Peking einen Rat gegen die Befestigungsversuche der Russen in Tientsin zu erteilen.

**) S. the secret memoirs of Count Hayashi edited by A. M. Pooley London 1915.

Deutschland, in Deutschland sei das Volk zwar sehr antienglisch, aber nicht die Regierung, zwei hochgestellte Persönlichkeiten (wie Hayashi vermutete, der Kaiser und Graf Bülow) seien für einen solchen Dreibund. Weiter erzählte der Japaner: Lansdowne habe ihm im Mai 1901 gesagt, es sei zweckmäßig, das Bündnis nicht auf Japan und England zu beschränken, sondern noch eine dritte Macht hinzuzuziehen. Am Tage darauf sei Eckardtstein zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, daß er von Lansdowne über die Unterredung mit ihm (Hayashi) vom vorigen Tage unterrichtet worden sei.

So lückenhaft die beiden Veröffentlichungen, von Stellen aus Briefen Holsteins und aus einem Kapitel der Hayashischen Denkwürdigkeiten, sein mögen, gewähren sie doch einen merkwürdigen Einblick in die diplomatische Küche. Man sieht auch, wie weit die vertraulichen Gespräche über ein neues Bündnis schon gediehen waren. Die beträchtliche Rolle, die der erste Sekretär der deutschen Botschaft dabei spielte, erklärt sich daraus, daß der Botschafter schwer leidend und zeitweilig bettlägerig war. Trotzdem übersah Graf Paul Hatzfeldt die Lage vielleicht besser als jeder andere. Er trat von vornherein dafür ein, daß von Bluff kein Rede sein könne, und verbürgte sich namentlich für die Ehrlichkeit Lord Lansdownes. Seine persönliche Ansicht war, daß wir den Russen in Ostasien nicht zu helfen brauchten, wenn wir genügende Sicherheiten von England erhielten. Da er wußte, daß Salisbury keinesfalls auf Verhandlungen mit Österreich-Ungarn und Italien eingehen würde, wenn er sich nicht vorher mit Berlin geeinigt habe, unterdrückte er den ihm von Holstein nahegelegten Vorschlag an Salisbury, Wien zum Zentrum der Verhandlungen zu machen. In Berlin bestand man aber darauf, daß von vornherein gleich auch mit Wien verhandelt werden sollte.

Lord Salisbury, ohnehin nur mit halbem Herzen bei der Sache und entschlossen, sich möglichst wenig in Europa festzulegen, wurde allmählich des langen Pourparlierens müde. Auf deutscher Seite stand, abgesehen von der Volksstimmung, einem raschen Fortgang der Verhandlungen das Mißtrauen Holsteins gegen die Person Salisburys entgegen, den er als Franzosenfreund abgestempelt hatte, und dem er auch, ebenso wie es sein alter Widersacher, der

Russenfreund Graf Waldersee, in einem Bericht über die Räumungsfrage in China tat, allerlei Ränke in Petersburg zutraute. Holsteins Irrtum lag darin, daß er die Notlage Englands überschätzte und eine Verständigung Englands mit Rußland und dem Zweibund für ganz ausgeschlossen erachtete.

Im Juli und August 1901 schliefen die Besprechungen der Diplomaten über die Allianzfrage ein. Dagegen wurde diese bei dem Besuch des Königs Eduard in Wilhelmshöhe wieder freundschaftlich akademisch berührt. Noch herzlicher verlief der bald darauf folgende Besuch des Zaren auf der Reede von Danzig. Die alte Politik der zwei Eisen und Bismarcks Vermächtnis hatten sich wieder durchgesetzt. Von den Chamberlainschen Annäherungsversuchen war nur noch ein Rest übrig, wie sich aus den Folgen ergeben hat, das wichtigste Stück: Marokko.

Ich darf hier etwas weiter ausholen. Marokko war nach seiner Lage am Atlantischen Ozean vor den Toren Europas ein außerordentlich begehrenswertes Land. Der Grund, warum es bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts noch nicht unter die Hoheit einer zivilisierten Macht gekommen war, lag hauptsächlich in zwei Umständen: in den schauderhaften inneren Zuständen des Landes, die es bisher für fremde Einflüsse fast unnahbar gemacht hatten, und an der Eifersucht der südlichen und westlichen Staaten Europas untereinander.

Die fremden Gesandten saßen in Tanger, weit entfernt von Marrakesch und Fes, den Residenzen des Sultans. Im Innern hörten blutige Thronstreitigkeiten und Kriegszüge gegen aufrührerische Stämme kaum auf. Was man sonst Regierung nennt, war ein Blut- und Erpressersystem, das aus Selbsterhaltungstrieb darauf bedacht war, die Berührung der zumeist islamitischen Bewohner mit der Außenwelt zu hindern. Posten und Telegraphen gab es nicht.

Die ältesten Beziehungen zu Marokko besaß Spanien noch aus der maurischen Zeit, mit dem Zusammenbruch seiner Kolonialmacht mußte sich seine Konkurrenzfähigkeit in bezug auf Marokko abschwächen. Dagegen war Frankreich durch die Eroberung Algiers in die unmittelbare Nähe Marokkos gerückt und verfolgte beharrlich das Ziel, sich durch das Hinterland des Scherifischen

Reichs einen Weg von Algier nach seinen Besitzungen am Senegal zu bahnen. Daneben kamen als Konkurrenten England mit seinen Seeinteressen, Italien als alte Kulturmacht für die Nordküsten Afrikas und zuletzt Deutschland mit seinem Handel und als junge Kolonialmacht in Betracht.

Auf die französische Besetzung der Oase Tuat folgte 1900 die der Oase Tafilelt vor dem Ostabhange des Hohen Atlas. Konnte Tuat allenfalls noch als herrenlos gelten, so war bisher Taflelt, ein von Berbern und Arabern bewohnter Landstrich, zum marokkanischen Gebiet gerechnet worden. Damit hatte also Frankreich, unter Ausnutzung der englischen Verlegenheiten in Südafrika, den Anfang zu einer Aufteilung Marokkos gemacht, allerdings an einer für andere Nationen am wenigsten zugänglichen Stelle. Es war in der glücklichen Lage, die Vorhand im Spiele zu haben. Die weitere Gestaltung der Dinge hing aber von der Mischung der Karten in Europa, besonders der Geberlaune Großbritanniens ab.

Ob Delcassé schon mit dem Plan, wenn irgend möglich eine Entente mit England zu schließen, an die Spitze des auswärtigen Ministeriums getreten war? Manche Gründe sprechen dafür *). Tatsächlich hat er sich während seiner siebenjährigen Amtszeit allmählich bewußt, zuletzt zu selbstbewußt, zu dem kühnsten Vertreter des Gedankens entwickelt, mit Hilfe Englands den Revanchetraum zu verwirklichen. Anfangs mußte er sehr vorsichtig operieren, da eine Periode freundlicherer französisch-deutscher Beziehungen vorangegangen und ihm das Odium auferlegt war, sich vor England in der Faschodaangelegenheit bis in die Knie zu beugen. Es kam darauf an, jede Verschärfung der Gegensätze zu England zu vermeiden und jede Abkühlung der freundlichen deutsch-englischen Beziehungen auszunutzen. Jenem Zweck schien das Vorgehen im Hinterlande von Marokko zu widersprechen, aber für eine Politik auf lange Sicht konnte Marokko auch die Kompensation dafür sein, daß Frankreich seinen Widerspruch gegen die englische Besetzung des Nillandes aufgab. Ein wirkliches Hindernis auf dem Wege zu einer Annäherung an England war die

*) Vgl. Graf Reventlow, S. 130.

Burenbegeisterung im französischen Volke. Ihr wurde von langer Hand in der Presse und im Parlament entgegengearbeitet. Schon bald nach Ausbruch des Burenkrieges hielt der Kammerpräsident Deschanel als Helfer Delcassés wiederholt warnende Reden, in deren einer es hieß: „Wenn man dem Schwachen, wie bewunderungswürdig und heldenmütig er auch sein mag, nicht zu Hilfe kommt, so ist es kindisch und unvorsichtig, den Starken gleichzeitig zu reizen . . . Lassen wir uns nicht von den großen Pflichten ablenken, welche die festländischen Kriege der zweiten Jahrhunderthälfte uns auferlegt haben, und fahren wir fort, geradeswegs unserem unverrückbaren Ziele zuzuschreiten."

Im Frühjahr 1901 wurde von neuem die Aufmerksamkeit auf Marokko gelenkt. Französische Blätter berichteten, der Sultan habe die Algerien benachbarten Stämme seines Landes zu Einfällen in französisches Gebiet aufgewiegelt, um die militärischen Operationen der Franzosen in den weiter südlich gelegenen Oasen zu hemmen. Nach dem Erscheinen einer marokkanischen Gesandtschaft in Paris erklärte Delcassé am 5. Juli in der Kammer, daß der Grenzkonflikt wieder beigelegt und Frankreich entschlossen sei, den unversehrten Bestand Marokkos zu achten. Pariser Blätter aber, die der von dem angesehenen Kolonialpolitiker Etienne geführten algerischen Gruppe als Sprachrohr dienten, ließen bereits die Forderung eines Protektorats über Marokko erschallen.

Zu gleicher Zeit war von dem Sultan eine zweite Gesandtschaft unter Führung des Kriegsministers Menebbi nach London und Berlin geschickt und an beiden Orten freundlich aufgenommen worden. Anfang August brachten französische und englische Blätter die Nachricht, Menebbi sei nach seiner Heimkehr beim Sultan in Ungnade gefallen und ins Gefängnis geworfen worden. In Berlin war man geneigt, zu glauben, daß es sich um eine am Hofe von Marrakesch nicht seltene Palastintrige handle, der keine internationale Bedeutung zukomme. In London sah man die Sache ernster an. Man hatte erfahren, daß französische Agenten in Marrakesch mit Hochdruck arbeiteten, um den Sultan einzuschüchtern und ins französische Fahrwasser zu ziehen. Etwas Ähnliches wie ein französisches Protektorat konnte auch für die deutschen Interessen nicht gleichgültig sein. Die englische Regierung schlug

deshalb in Berlin ein gemeinsames Vorgehen vor. Damit war man wieder da angelangt, wo Chamberlain im Januar 1901 bei seinem Bündnisangebot begonnen hatte. Rechnet man noch hinzu, daß er schon 1898 ein Abkommen über Marokko als Vorläufer eines allgemeinen Einvernehmens angeregt hatte, so war jene Mitteilung vom August 1901 die dritte Gelegenheit für Deutschland, sich mit England über die marokkanische Frage zu einigen. Daß es in allen drei Fällen zu nichts kam, hatte ein und denselben Grund: die Kastanientheorie. Wie man sich in Ostasien nicht gegen Rußland „vorschieben" lassen wollte, so wollte man sich auch in Marokko nicht gegen Frankreich „vorschieben" lassen. Es tauchte sogar der Gedanke auf, daß Frankreich selbst in Marokko der Vorgeschobene Rußlands gegen England sein könnte und daher erst recht keine Verständigung Englands mit dem Zweibund möglich wäre. Mit dem Entschlusse, sich in Marokko nicht die Hände pour les beaux yeux de l'Angleterre binden zu lassen, hatte die falsche Psychologie Holsteins gesiegt, und der Schaden war trotz der späteren stärksten Bemühungen des Fürsten Bülow nicht wieder gut zu machen.

Zu Weihnachten 1901 kam Lord Lansdowne noch einmal auf den Bündnisgedanken zurück. Er nannte die beiderseitige Volksstimmung eine kaum überspringbare Hürde. Es gebe aber doch wichtige Einzelfragen, in denen man sich verständigen könnte. Dem ersten Teil dieser Bemerkung konnte nicht widersprochen werden, weil er die Lage treffend kennzeichnete, der zweite Teil, obgleich auch richtig, würde überhört.

Chamberlain selbst, der Urheber des Bündnisgedankens, hatte in seiner Edinburger Rede vom 25. Oktober Anlaß gegeben, daß sich die Kluft in den Gefühlen beider Völker in ihrer ganzen Breite zeigte. Um die Vorwürfe eines großen Teils der Festlandspresse über britische Grausamkeit im Burenkriege abzuwehren, behauptete Chamberlain, die angeblichen Barbareien reichten nicht an das heran, was andere Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, in Tonking und im Kriege 1870 taten. Während dieser unpassende Vergleich in den mitbetroffenen Ländern, Rußland, Österreich-Ungarn, Frankreich, mit mehr oder weniger scharfen Verwahrungen abgetan wurde, erregte er in Deutschland eine ungeheure Ent-

rüstung, die monatelang anhielt und in der englischen Presse ein hochmütiges Echo weckte. Es war vorauszusehen, daß die Empörung gegen die Edinburger Rede auch im Reichstag zu Wort kommen würde. Ich riet dem Grafen Bülow mündlich und schriftlich, nicht einseitig den falschen Chamberlainschen Vergleich abzuwehren, sondern zugleich gegen die Ausschreitungen der Anglophobie eine kräftige Sprache zu führen. Tatsächlich waren in alldeutschen Blättern maßlose Schmähungen *) gegen das britische Heer vor und nach der Edinburger Rede erschienen. Auch der Botschafter Graf Wolff-Metternich, der zu einer Äußerung aufgefordert war, warnte dringend vor einer scharfen Abkanzelung Chamberlains, da sie eine nachhaltig ungünstige Wirkung auf das englische Kabinett und Volk ausüben werde. Der Kanzler ging jedoch, gereizt durch den gegen ihn von mehreren Seiten erhobenen Vorwurf zu großer Kulanz gegenüber dem Ausland, nicht auf den Rat ein und ließ es bei dem wirksamen Zitat des Wortes Friedrichs des Großen gegen einen Verunglimpfer des preußischen Heeres bewenden: „Laßt den Mann laufen, regt euch nicht auf, er beißt auf Granit." Wenige Tage nach der Kanzlerrede erklärte Balfour öffentlich: Die Engländer lehnten es ab, Betrachtungen über die widerwärtige Flut von Schmähungen anzustellen, die fortgesetzt von der Festlandspresse ausgegossen würden; sie lehnten es ab mit einem gewissen Widerwillen und einer gewissen Gleichgültigkeit; auch er hege diesen Widerwillen, bleibe aber nicht gleichgültig, sondern halte es für eine ernste Sache.

Mit diesen feindseligen Stimmungsausbrüchen war dem Bündnisfaß der Boden vollends ausgeschlagen.

Wer jene tief erregte Zeit miterlebt hat, oder wer sich nur klarmacht, was es heißt, wenn leitende Staatsmänner, gedrängt von dem Unwillen ihrer Völker, so gegeneinander reden, der wird den neuerdings gegen die deutsche Politik zur Zeit der Jahrhundertwende erhobenen Vorwurf, kurzsichtig und unbedacht das englische Bündnisangebot abgelehnt zu haben, nicht für durchaus gerechtfertigt erachten können. Ein ganz überlegener, ein Bismarckscher

*) Auch Graf Reventlow, a. a. O., S. 176, schreibt von Vorwürfen gegen die englische Humanität, die über das Ziel hinausschossen.

Wille wäre vielleicht imstande gewesen, mit der beiderseits schroff widerwilligen öffentlichen Meinung fertig zu werden. Dieser überlegene Wille fehlte. Welche Kämpfe im Reichstage, wenn ihm ein allgemeiner Bündnisvertrag mit England vorgelegt worden wäre! Um eine Mehrheit im Reichstage zu erlangen, hätte der Kanzler gegen das Bismarcksche Vermächtnis, wie es jene Zeit verstand, ankämpfen müssen. Dazu fühlte er sich im ersten Jahre seiner Kanzlerschaft nicht stark genug.

Ganz anders dagegen steht es mit der Frage, warum der damals auf englischer Seite vorhandene gute Wille zur Regelung einzelner gefährlicher Fragen nicht ausgenutzt worden ist. Ohne die einschränkende Auslegung des Yangtseabkommens wäre für Ostasien der Anschluß Japans nicht bloß an England, sondern auch an Deutschland möglich gewesen, eine Entente über Marokko war dreimal angeregt worden, eine Verständigung über die Bagdadbahn, die eben als Frucht der Orientreise des Kaisers zu keimen begann, hätte sich wohl vor der englischen Einkreisungspolitik ebensogut erreichen lassen, als an ihrem gewaltsamen Ende. Die Zeit, die dazu nötig war, um wieder eine versöhnlichere Stimmung unter den beiden Völkern aufkommen zu lassen, hätte nicht besser ausgefüllt werden können, als durch Verständigung der Regierungen in praktischen Einzelfragen.

Nach dem Übergang zur Weltpolitik erforderte unser „historisch-politisches Schicksal" in der Mitte Europas viel dringender noch als zur Zeit der aktiven Staatskunst Bismarcks die größte Vorsicht, um zu verhüten, daß die Weltmacht England ihre Händel mit Frankreich und Rußland ohne uns oder gar gegen uns schlichtete. Die neue Konstellation, daß sich England, nicht wir, zu einer Option gedrängt sah und den Anschluß an Deutschland suchte, ließ die alte Politik der zwei Eisen nicht mehr zu und schrieb uns neue Mittel und Wege vor. Wir aber blieben heiter in alter Fahrt und wußten nichts von stillen Riffen. Wenn die Zeit tatsächlich für den Bündnisgedanken nicht reif war, mußte wenigstens verhindert werden, daß England nun zu Frankreich und in weiterer Folge zu Rußland überging. Das beste Mittel dazu war in der angebotenen Verständigung über Marokko gegeben. Statt der

Sorge, England von einer Entente mit unserem unversöhnlichen Gegner Frankreich abzuhalten, beherrschte uns die herkömmliche einseitige Rücksicht auf Rußland, das lange nicht mehr das Rußland Alexanders II. war. Mußte ein Konflikt mit dem Zarenreiche die Folge davon sein, wenn wir uns mit England vertrugen, und welchen Gegendienst hat es uns dafür geleistet, daß wir es nicht taten? Seit Jahrzehnten wäre es der erste gewesen.

Die Hauptschuld an den versäumten Gelegenheiten trug die unglückliche Thesenpolitik Holsteins, die seine anfängliche Erkenntnis der Zweckmäßigkeit einer englisch-deutschen Annäherung erstickte. Was Bismarck in dem Gespräch mit St. Vallier als Wahnsinn bezeichnet haben soll, das war ihm Glaubenssatz, nämlich die Ansicht, daß der Antagonismus der beiden Weltmächte England und Rußland eine unabänderliche Tatsache sei. Er hielt es für unmöglich, daß gerade Marokko, über dessen Küsten das seebeherrschende Greater Britain Chamberlains so eifersüchtig wachte, jemals die Brücke für eine entente cordiale zwischen England und Frankreich bilden könnte. Wie Fürst Bismarck in der ägyptischen Frage unter vorwiegender Begünstigung Englands dafür sorgte, daß der Streit mit Frankreich offen blieb, so empfahl es sich auch, ein Zusammengehen mit England an der weltpolitisch wichtigen Nordwest-Ecke Afrikas nicht abzulehnen. Wir hätten dann wahrscheinlich nicht nach Algeciras zu gehen brauchen oder die Reise dahin unter viel günstigeren Bedingungen antreten können.

VI. Das System der Gegengewichte.

Nach dem Frieden von Peking, durch den dem Sieger im chinesisch-japanischen Kriege das wertvollste Beutestück, die Halbinsel Liaotung mit Port Arthur, wieder entrissen wurde, war Japans nächstes Ziel, Korea ganz unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Vorerst hatte es mit schweren wirtschaftlichen Nöten zu ringen, versäumte aber gleichwohl nicht, sich militärisch noch stärker zu machen, um gegen das Vorgehen seines russischen Nebenbuhlers in der Mandschurei und in Korea gerüstet zu sein. Dabei ging es mit großer Vorsicht und möglichst geräuschlos zu Werke. Die erste günstige Gelegenheit für seinen Aufstieg zu einer gleichberechtigten Großmacht kam mit den Boxerwirren in der chinesischen Provinz Tschili, die ein gemeinsames gleiches Interesse aller am chinesischen Handel und Verkehr beteiligten Länder hervorbrachten. Zur Rettung der bedrohten Europäer und Amerikaner brauchte man die japanische Hilfe, weil sie am schnellsten an den Stätten der Fremdenhetze mit Nachdruck eingreifen konnte. Die leitenden Staatsmänner in Tokio waren klug genug, sich nicht vorzudrängen, und sahen voraus, daß Rußland die schwierige Kooperation der Mächte und die Schwäche der chinesischen Regierung zu neuen Sondervorteilen für sich in der Mandschurei auszunutzen suchen würde.

Unter den einflußreichen Politikern in Tokio waren zwei Gruppen zu unterscheiden. Die eine, die von dem Ministerpräsidenten Marquis Ito geführt wurde, wollte wegen der wirtschaftlichen und finanziellen Folgen eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland um Korea möglichst vermieden wissen. Die andere Gruppe, zu der Vicomte Katsura und Graf Komura gehörten, hielt es für ausgeschlossen, daß sich der russische Dünkel zu einem Vertrag mit Japan herbeilassen würde, und sah keinen anderen

Ausweg als den über kurz oder lang unvermeidlichen Krieg. Der Ansicht der zweiten Gruppe war auch der japanische Botschafter in London, Graf Hayaschi. Da beide Richtungen einig darin waren, daß ein isoliertes Japan nicht imstande sei, die Herrschaft über Korea zu erlangen, und dieses Ziel nur im Anschluß an eine Großmacht erreicht werden könne, erklärte sich der Ministerpräsident Marquis Ito, obgleich Anhänger einer Verständigung mit Rußland, mit den vertraulichen Besprechungen des Grafen Hayaschi in London einverstanden. Im Juni 1901 trat das Ministerium Ito zurück, ihm folgte das Ministerium Katsura, in dem Komura die auswärtigen Angelegenheiten leitete.

Im Juli 1901 war der britische Botschafter in Tokio, Sir Claude Mac Donald, auf Urlaub in London. Er besuchte Hayaschi und teilte ihm mit, daß König Eduard eine dauernde Verständigung mit Japan wünsche und Lord Salisbury damit einverstanden sei. Aber erst im Herbst desselben Jahres kamen die Verhandlungen zwischen Hayaschi und Lord Lansdowne in rascheren Fluß. Die deutsch-englischen Besprechungen waren inzwischen ganz ins Stocken geraten. Auf eine Frage Hayaschis, wie es mit der Beteiligung Deutschlands stehe, antwortete Lansdowne: „Erst verhandeln wir miteinander, und dann können wir Deutschland auffordern, sich zu beteiligen.“ Anfang November erhielt der Japaner von Lansdowne den ersten Entwurf des Vertrages.

Hayaschi berichtet ferner in seinen Denkwürdigkeiten von einem merkwürdigen Doppelspiel seiner Regierung. In Petersburg tauchte nämlich im November 1901 Marquis Ito auf, um einen Verständigungsversuch mit der russischen Regierung zu machen. Früher hatte Hayaschi selbst bei seiner Regierung angeregt, die englische Besorgnis vor einem japanisch-russischen Abkommen zur Beschleunigung eines japanisch-englischen Vertragsabschlusses auszunutzen. Jetzt aber, da bereits ein englischer Vertragsentwurf vorlag, war ihm die Mission Itos in Petersburg höchst unangenehm. Aus dem Buche des Fürsten Trubetzkoi: „Rußland als Großmacht“ wissen wir, daß Ito in Petersburg als Privatreisender auftrat. In Wahrheit war er Beauftragter der Regierung in Tokio, was auch daraus hervorgeht, daß ihm nach dem Zeugnis Hayaschis der Lansdownesche Vertragsentwurf mit

Abänderungsvorschlägen der Regierung in Tokio nach Petersburg nachgeschickt wurde. Ito schlug dem Grafen Lamsdorff, damals Minister des Auswärtigen in Petersburg, eine Verständigung auf der Basis vor, daß Rußland auf sein Recht, in Korea eine gleiche Anzahl von Truppen wie Japan zu unterhalten, verzichten, Japan dagegen die Mandschurei als russische Interessensphäre anerkennen sollte. Auch erklärte sich Ito, um die Wünsche der russischen Marine nach freiem Schiffsverkehr zwischen Wladiwostok und den Häfen von Südkorea zu erfüllen, zu dem Versprechen bereit, daß die Häfen niemals durch Befestigungen zu strategischen Stützpunkten gemacht werden würden. Der Finanzminister Witte, der überhaupt Gegner großer militärischer Unternehmungen in Ostasien war, sprach sich für eine Verständigung mit Japan aus. Die Mission Itos scheiterte jedoch an dem Einfluß mächtiger Kreise in Petersburg, die sich die Aussichten auf reichen Gewinn aus den großen russischen Waldunternehmungen am Yalu, dem koreanischen Grenzfluß, nicht stören lassen wollten, und die Überführung der drei mandschurischen Provinzen in russischen Besitz auch gegen japanischen Einspruch durchzusetzen gedachten.

Ein zweiter Versuch, den drohenden russisch-japanischen Konflikt friedlich beizulegen, ging zwei Jahre später von dem russischen Gesandten in Tokio, Baron Rosen, aus und beruhte auf demselben Gedanken wie der Itos, nämlich einer reinlichen Scheidung der Interessensphären: die Mandschurei für Rußland, Korea für Japan. Inzwischen waren die Widerstände noch stärker geworden: Rußland hatte seinen Eroberwillen durch die Einrichtung einer mit weitgehenden diplomatischen und militärischen Befugnissen ausgestatteten Statthalterschaft des fernen Ostens unter dem Generaladjutanten Alexejew (Juli 1903) betätigt, und in Japan war nach Vollendung seiner militärischen Rüstung und nach der von England erlangten Rückenstärkung die Neigung, den Russen die Mandschurei zu überlassen, um vieles geringer geworden.

Der englisch-japanische Bündnisvertrag trägt das Datum 30. Januar 1902. Er wurde zunächst auf fünf Jahre geschlossen. Der Artikel I stellte den Grundsatz der Unabhängigkeit von China und Korea an die Spitze und erklärte, daß keine der Vertragsmächte aggressive Absichten in einem der beiden ostasia-

tischen Länder verfolge. England sei hauptsächlich in China interessiert, wogegen Japan außer seinen Interessen in China „in besonders hohem Grade auch solche politischer, kommerzieller und industrieller Natur in Korea" besitze. Würden diese Interessen, sei es durch aggressives Vorgehen einer anderen Macht, sei es durch Unruhen in China oder Korea, bedroht, so stehe es jedem Vertragspartner frei, Schutzmaßregeln zu ergreifen oder zu intervenieren. Die beiden folgenden Artikel bestimmten, daß, wenn ein Teil in kriegerische Verwicklungen mit einer dritten Macht geriete, der andere Teil neutral bleiben und im Falle des Anschlusses einer vierten Macht an den Gegner seinem Verbündeten zu Hilfe eilen sollte.

Wie Graf Hayashi berichtet, sagte ihm Lord Lansdowne zwei Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages, daß Minister Komura den Text dem deutschen Gesandten in Tokio vorlegen könnte. Im Laufe des Tages hätte jedoch Lansdowne seine Ansicht geändert und durch besonderen Boten bitten lassen, daß Komura erst nach der Unterzeichnung in London den Vertrag dem deutschen Gesandten in Tokio bekanntgeben möchte. Da jedoch Komura bereits auf das erste Telegramm Hayashis dem deutschen Gesandten den Text mitgeteilt hätte, wäre nun auch sofort von Lansdowne dem deutschen Botschafter in London Einsicht in den Vertrag gegeben worden. Für die Frage einer Beteiligung Deutschlands an dem Vertrage war dieser Vorfall ziemlich bedeutungslos. Der Text und der nahe Termin der Unterzeichnung standen schon fest, und Lord Lansdowne konnte nicht daran gedacht haben, daß Deutschland ohne weitere Verhandlungen dem fertigen Vertrage beitreten würde. Die frühzeitige Mitteilung des Inhalts an die deutschen Vertreter in Tokio und London war die geringste Höflichkeit, die nach der deutschen Anregung vom Frühjahr 1901, Japan zu den vertraulichen Besprechungen über das englische Bündnisangebot heranzuziehen, erwartet werden konnte.

Als die Aufzeichnungen Hayashis im September 1913 teilweise bekannt wurden, wollten einzelne deutsche Blätter die Nichtbeteiligung Deutschlands auf englische Hinterlist zurückführen. Davon kann im Ernste nicht die Rede sein. Dem Londoner Kabinett war zur Genüge bekannt, daß sich Deutschland einem Bündnis,

das sich nur auf Ostasien bezöge, nicht anschließen würde. In einer Zuschrift an die „Times" berichtete Valentine Chiroll kurz nach Veröffentlichung der Hayashischen Erinnerungen, Herr v. Holstein habe ihm bei einem Besuch in Berlin im September 1901 seine große Befriedigung über ein Bündnis zwischen England und Japan mit der Begründung ausgedrückt, daß der bessere Schutz der englischen Interessen in Ostasien, wo keine wirkliche Interessengemeinschaft zwischen England und Deutschland bestehe, diesen beiden Mächten ein Zusammengehen an anderen Stellen, wo ihre Interessen mehr gemein hätten, ermöglichen würde. Ist der Sinn dieses Ausspruchs auch dunkel, so war doch der Eindruck richtig, den Chiroll bekam, daß nämlich die guten Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg einem Anschluß Deutschlands an den ostasiatischen Bund entgegenstanden *).

Daß es so war, kann man nach der späteren Entwicklung der Dinge, in einem Urteil ex post wohl bedauern, aber deshalb noch nicht tadeln. Die deutsche Politik hatte sich bereits beim Abschluß des Yangtsevertrages und seiner Auslegung darauf festgelegt, keine

*) V. Chiroll war in den neunziger Jahren Vertreter der Times in Berlin und neben dem Justizrat Fischer von der Kölnischen Zeitung und später dem Prof. Th. Schiemann für die Kreuzzeitung der einzige Journalist, mit dem Herr v. Holstein ständigen amtlichen Verkehr unterhielt. Damals war er deutschfreundlich gesinnt und suchte auch, als er 1895, von einer Reise nach Ostasien zurückgekehrt, in Berlin eine wegen der Wirren in Südafrika sehr gereizte Stimmung vorfand, in versöhnlichem Geist zu wirken. Später hat er sich als Leiter der auswärtigen Politik der Times in London zu einem heftigen Gegner Deutschlands entwickelt und ist auch während des Weltkrieges mehrmals als solcher in Zuschriften an die Times aufgetreten. In einer Polemik gegen meine Darstellung der Geschichte der Krügerdepesche im „Neuen Kurs" hat er sich augenscheinlich durch einen lückenhaften Bericht der Times irreführen lassen. Was er in einem Brief an das Blatt vom 11. Mai 1918 über seinen Empfang bei dem Staatssekretär Freiherrn v. Marschall am Tage der Veröffentlichung der Krügerdepesche erzählt, stimmt in der Hauptsache, daß nämlich die Depesche zwar aus dem Impuls des Kaisers hervorgegangen, aber doch eine vom Reichskanzler und vom Staatssekretär gebilligte Staatsaktion war, mit meinen Erinnerungen ganz überein.

Verpflichtungen zugunsten des Status quo in der Mandschurei gegen russische Aneignungsgelüste zu übernehmen. Bei dem englisch-japanischen Vertrage handelte es sich nicht mehr um die Unversehrtheit der Mandschurei, als eines Teiles von China, für die wir Mitbürgen hätten sein können, auch wenn es den russischen Friedensstörern unangenehm war, sondern es handelte sich um eine Koalition mit deutlicher Spitze gegen Rußland. Die besondere Unterstreichung der politischen Interessen Japans in Korea ließ darüber keinen Zweifel. Mit der Unterstützung der japanischen Ansprüche in Korea verfolgte England seine eigenen Interessen, die auf Schwächung Rußlands in Asien gerichtet waren. Für unseren Beitritt wäre eine vollständige Umstellung der deutschen Politik nötig gewesen, die nicht bloß ein Aufgeben der alten Schablone Rücken an Rücken mit Rußland bedeutet, sondern uns in offenen Gegensatz zu Rußland ohne sicheren Vorteil gestellt hätte. Wie die Dinge bei dem ohne unsere Mitwirkung vollzogenen Vertragsabschluß lagen, wären wir nur Mitläufer Englands gegen Rußland gewesen. Am 3. März 1902 erklärte Graf Bülow im Reichstage unter Heiterkeit des Hauses: „Wir haben die Geburtsanzeige des Abkommens erhalten und sogleich erhalten, aber wir haben nicht bei dem Abkommen Pate gestanden, und mit der Vaterschaft hatten wir erst recht nichts zu tun."

Die Geschichte kennt nicht viel Bündnisverträge, die sich für beide Partner so lohnend erwiesen haben wie der englisch-japanische. Großbritannien gewann sich gegen die Macht, die für seine asiatischen Besitzungen gefährlich geworden war, einen Waffengenossen, dessen innere Kraft es früher als andere erkannt hatte. Japan war nicht mehr wie 1895 isoliert. Durch das Bündnis mit England erhob es sich zu einer Großmacht, die fortan an den Welthändeln teilnehmen konnte. Mit verdoppeltem Eifer ging es an die Vollendung seiner Rüstung zu Lande und zur See, um den russischen Rivalen in Korea und der Mandschurei aus dem Felde zu schlagen.

In Petersburg bot man der neuen Lage ziemlich sorglos und leichtsinnig Trotz. Zwar wurde am 12. April 1902 in Petersburg ein neues Mandschureiabkommen mit China veröffentlicht, in dem die Wiederherstellung der chinesischen Regierungsgewalt und die

Zurückziehung der russischen Truppen vorgesehen war, aber der „Regierungsbote" fügte hinzu, daß, wenn China aus irgend einem Grunde seine Verpflichtungen nicht erfülle, Rußland sich nicht mehr an die Bestimmungen des Vertrags halten werde. Es folgte dann die Belebung der schon erwähnten Holzgeschäfte am Yalu, an denen vornehme und einflußreiche Kreise in Petersburg beteiligt waren, und die Errichtung der Statthalterschaft für den fernen Osten. Die russische Presse gab sich den Anschein, den Versicherungen der englischen zu glauben, daß das neue Bündnis nur friedlichen Charakters sei, und zeigte weiterhin mehr Aufmerksamkeit für Persien und Afghanistan, als ob hier in Zentralasien der Gegenstoß gegen den englischen Beistand Japans in Ostasien geführt werden sollte. Der diplomatische Gegenzug des amtlichen Rußlands, eine an die Unterzeichner des Pekinger Protokolls vom 7. September 1901 gerichtete gemeinsame russisch-französische Erklärung der Solidarität beider Verbündeter auch für die Aufrechterhaltung des Status quo in Ostasien, erweckte zuerst den Eindruck der Bestätigung eines Ausspruchs des deutschen Kanzlers. Um Besorgnisse wegen Erneuerung des Dreibunds zu beschwichtigen, hatte Graf Bülow am 8. Januar 1902 einen Vergleich zwischen der Zeit des Abschlusses des Bündnisses mit Österreich-Ungarn 1879 und der Gegenwart gezogen und dabei gesagt: „Zu jener Zeit trieben wir nur europäische Politik. Die Kombinationen gingen nicht über das Mittelmeerbecken hinaus. Heute umspannt die Politik aller großen Mächte den ganzen Erdball. Ich glaube, daß es, seit es eine Geschichte gibt, wohl nie eine Zeit gegeben hat, wo gleichzeitig so viele mächtige Reiche existierten. Daraus entwickelt sich, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein System der Gegengewichte, welches naturgemäß auch ohne besondere Verabredung hinwirkt auf die Erhaltung des Weltfriedens. Denn es gibt keine Macht, die, wenn sie in Europa nach der einen Seite Krieg führen wollte, sich nicht sagen müßte: Was geschieht aber inzwischen hinter meinem Rücken? Denn überall kann man die Augen schließlich nicht haben."

Sah es nach dem Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses und der darauffolgenden Erklärung, daß Frankreich und Rußland auch in Ostasien zusammenhalten würden, nicht so aus, als ob an

Stelle der festländischen Reibereien und Revanchegelüste mehr und mehr ein System der Gegengewichte trete, das schon ohne besondere Vorrichtungen, automatisch, die große Weltuhr im gleichen friedlichen Pendelschlage halte? Aber die französisch-russische Erklärung war doch nur ein Scheinmanöver. Bald nach ihrer Veröffentlichung gab Delcassé in der Deputiertenkammer deutlich zu verstehen, daß an eine Ausdehnung des Zweibunds auf Ostasien nicht gedacht werde. „Welchen Sinn hatte die gemeinsame Erklärung dann?" hat Tardieu später mit Recht gefragt. „Sie hat die russische öffentliche Meinung irregeführt, indem sie sie veranlaßte, auf eine mögliche Unterstützung Frankreichs zu rechnen. Sie reizte die Japaner und gewöhnte die ganze Welt an den Gedanken eines Krieges, wobei sie zwei Mächtegruppen gegeneinander stellte — Japan und England, Frankreich und Rußland*)."

Tardieu, der ehemalige Botschaftssekretär, nachmals im Weltkrieg Sonderbevollmächtigter Frankreichs in den Vereinigten Staaten, schrieb 1902 noch unter dem Namen Villiers im „Figaro". In einer ihm gewährten Unterredung gab Graf Bülow auf die Frage, wie sich Deutschland bei einem Zusammenstoß der beiden ostasiatischen Allianzen verhalten werde, zur Antwort: Deutschland könne im voraus keinerlei Verpflichtungen eingehen, es sei in Ostasien viel weniger als die anderen territorial beteiligt und könne sich in Ruhe vorbehalten, von Fall zu Fall neutral zu bleiben oder mit der Partei zu gehen, die den Frieden und die offene Tür am besten zu verteidigen scheine. Ob sich diese Politik der freien Hand auf die Dauer mit Nutzen fortführen ließ, mußte sich in der Folge zeigen. Wohl mochte der Gedanke verlockend sein, bei den gegensätzlichen Bestrebungen der Allianzen untereinander den Tertius gaudens spielen zu können. Für England war das Bündnis mit Japan die erste entscheidende Handlung, um sein weltpolitisches Übergewicht aufs neue zu befestigen. Für uns aber drohte die Rolle des Tertius patiens, sobald England etwa durch seinen Anschluß an Frankreich zur Verschiebung des Systems der Gegengewichte in Europa übergehen sollte.

Der Vertrag mit Japan war hauptsächlich das Werk Lord

*) André Tardieu La France et les alliances S. 22. Paris 1909.

Lansdownes. Bald darauf (Juli 1902) trat Lord Salisbury freiwillig wegen seines Alters von der obersten Leitung der englischen Politik zurück. Mit ihm schied ein Mann aus dem politischen Leben, der ein Menschenalter hindurch auf die Stellung Englands in der Welt den stärksten Einfluß ausgeübt hatte und seit sieben Jahren eine solche Macht behauptete, daß er im Volksmunde als Majestät Salisbury bezeichnet wurde. Er gehörte der alten Familie Cecil an, die seit den Tagen der Königin Elisabeth dem Staate viele Würdenträger geliefert hat. Mit zunehmenden Jahren zeigte er die Unbeweglichkeit eines Felsblocks, der sich bei Sonne oder Sturm nicht rührt. Mit seinem ausgeprägten Familienstolze verband er einen unverwüstlichen Glauben an die Größe des britischen Reichs. Als Ausfluß seines Geistes konnte kurz vor seinem Rücktritt die Äußerung des Lords Cranborne, seines Sohnes, gelten: „England bewirbt sich nicht um Bündnisse, es bewilligt solche nur." Das war eine andere Sprache als die zur Zeit der Bemühungen Chamberlains um eine Verständigung mit Deutschland. Auch Salisbury selbst hatte dem Nachfolger des Grafen Hatzfeldt auf dem Londoner Botschafterposten einmal erwidert, England verlasse sich auf nichts anderes als auf seine Flotte und die Kreidefelsen seiner Küste.

Noch hatte England seine Stellung zu den beiden Mächtegruppen des europäischen Festlandes, dem Dreibund und dem Zweibund, nicht verändert, noch waren die englisch-französischen Gegensätze nicht ausgeglichen, und noch konnte sich infolgedessen die Erneuerung des Dreibundes ohne unmittelbare Gegenwirkung Englands vollziehen. Was sich aber in den letzten Jahren verändert hatte, und zwar zum Nachteil des inneren Zusammenhalts des Dreibunds, das war das Verhältnis Italiens zu Frankreich, und das war auch das Wohlwollen, das England bisher für den Anschluß Italiens an den Block der Mitte bewiesen hatte. Zu derselben Zeit, in der England aus Sorge für sein weltpolitisches Übergewicht seine Vereinsamung aufgab und sich den Beistand Japans gegen Rußland in Asien sicherte, mußte sich die deutsche Politik mit der Überwindung einer schweren Krisis im Dreibunde unter Umständen abmühen, die viel ungünstiger waren als bei seiner zwölfjährigen Verlängerung im Mai 1891.

Damals, ein Jahr nach Bismarcks Rücktritt und nach Abschluß des sog. Helgolandvertrages, nahm England materiell daran teil, daß Italien im Dreibund blieb. Bei den Verhandlungen über den Helgolandvertrag hatte es die Zusicherung erhalten, daß Deutschland den Russen bei der Verfolgung ihrer asiatischen Ziele (der „indischen Meere") nicht behilflich sein werde*). Zehn Jahre später lag zwischen England und Deutschland die Feindseligkeit beider Völker vor und während des Burenkrieges und der vergebliche Versuch einer Annäherung von Kabinett zu Kabinett. Im Jahre 1891 war für Italien, politisch und wirtschaftlich, noch Frankreich der Feind und verfolgte Deutschland eine Handelspolitik, die Italien für den ihm verloren gegangenen französischen Markt leichteren Absatz seiner Waren in Deutschland in Aussicht stellte. Im Jahre 1901 dagegen war in Deutschland ein neuer Zolltarif mit erhöhten Vertragszöllen in Vorbereitung und hatte Italien nicht nur durch den neuen Handelsvertrag von 1898 seinen wirtschaftlichen Frieden mit Frankreich gemacht, sondern auch in einem politischen Abkommen mit Frankreich völlige Aktionsfreiheit in Tripolis erlangt. Dieser Umschwung in der Lage Italiens hatte sich allmählich nach dem schweren Unglück im Kriege gegen den König Menelik von Abessinien entwickelt. Die Niederlage bei Adua zog den Sturz Crispis nach sich und machte die Italiener empfänglich für die Verlockungen der „lateinischen Schwesternation". Der Minister Delcassé und sein Gehilfe, der Botschafter Barrère in Rom, verstanden es trefflich, irredentistische und republikanische Regungen zu schüren, die italienische Freimaurerei für Frankreich arbeiten zu lassen und den Blick der römischen Piazza wieder von Tunis und Marokko weg auf die Adria, d. h. gegen den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, zu richten.

Trotz aller dieser Anzeichen einer beträchtlichen Entwertung der italienischen Mitgliedschaft im Dreibunde war es gute Politik im Geiste Bismarcks, daß sich der vierte Kanzler mit voller Kraft für die Verlängerung des Bündnisses einsetzte. Der Grundgedanke, der den Fürsten Bismarck vor und nach seinem Rücktritt

*) Berlin-Wien-Rom S. 93.

bei den früheren Erneuerungen geleitet hatte, war von den inzwischen eingetretenen Erschwernissen nicht berührt worden. Am klarsten finden wir ihn ausgedrückt in einem Artikel seines Hamburger Organs vom 19. Mai 1892, der sich gegen den Verdacht richtete, daß bei den damaligen Verhandlungen über den Fortbestand des Bündnisses ein Druck auf Italien zur Vermehrung seiner Militärlasten ausgeübt werden könnte. In dem Artikel hieß es zunächst: Die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibund hänge wesentlich von der Einwirkung ab, die England auf Italien ausübe, weil dieses, um nicht der französischen Macht im Mittelmeer zu unterliegen, des Schutzes seiner Küsten durch die englische Flotte sicher sein müsse. England brauche ein unabhängiges Italien, von Frankreich werde heute, wie unter den Napoleonen, ein abhängiges Italien erstrebt. Im Jahre 1902 fehlte die englische Einwirkung, richtig und gültig waren aber noch die folgenden Sätze: „Selbst ein minder starkes Italien, das sich nach seiner Decke streckt, leistet dem Dreibund, wenn es auf seiner Seite bleibt, immer noch gute Dienste. Die Gefahr, gegen die der Dreibund errichtet ist, die eines Doppelkrieges mit Frankreich und Rußland, ist Deutschland allenfalls imstande abzuhalten, wenn seine Politik richtig geleitet wird. Dabei ist vorausgesetzt, daß Deutschland auf die Unterstützung der vollen österreichisch-ungarischen Armee rechnen kann. Diese Bedingung des Erfolges fällt fort, wenn sich Österreich infolge der Haltung Italiens genötigt sähe, seine halbe Armee zur Deckung seiner italienischen Grenze zu verwenden. Das Ziel einer verständigen Dreibundspolitik muß also darauf gerichtet bleiben, den Verbleib Italiens im Dreibund möglichst zu sichern."

In der Rede (vom 8. Januar 1902), die das Wort vom System der Gegengewichte enthielt, beschäftigte sich Graf Bülow auch mit dem italienisch-französischen Abkommen über Mittelmeerfragen und der Erneuerung des Dreibundes. Auf den nachsichtigen Vergleich mit einer glücklichen Ehe, in der der Gatte nicht gleich einen roten Kopf zu kriegen brauche, wenn seine Frau einmal mit einem anderen eine unschuldige Extratour tanze, folgte die ernste Warnung, daß der Dreibund, so gut er sich auch als Friedensgarantie und als Bindemittel für geographische Nachbar-

schaft bewährt habe, doch für uns keine absolute Notwendigkeit mehr sei. Es gab deutsche Blätter, die nicht gleich verstehen wollten, daß die Rede auf diplomatische Wirkung berechnet war. In der Tat wurde durch sie den französischen Wühlereien in Italien und den Versuchen italienischer Politiker, bei der Erneuerung des Dreibunds Sondervorteile, wie deutsche Zusicherungen wegen Tripolis und Ermäßigungen des deutschen Zolltarifs, herauszuschlagen, ein starker Dämpfer aufgesetzt. Mancher italienische Schwärmer für den lateinischen Bund begriff wieder, daß ohne die Großmachtstellung, die sein Land erst durch den Anschluß an das mitteleuropäische Bündnis unter Crispi erlangte, die Extratour mit Frankreich wahrscheinlich nicht so lieblich verlaufen wäre.

In Rom war seit Februar 1901 ein Ministerium der Linken unter Zarnadelli am Ruder, dem Giolitti als Minister des Innern und Prinetti als Minister des Äußern angehörten. Einen so franzosenfreundlichen Leiter wie Prinetti hatte die Konsulta seit zwanzig Jahren nicht gehabt. So sehr er auch bemüht war, Abänderungen am Dreibundsvertrage zu erlangen, mußte er sich in den Besprechungen in Venedig, wo Graf Bülow mit seiner Frau und anderen Familienmitgliedern die Ostertage 1902 verbrachte, doch überzeugen, daß für Deutschland und Österreich-Ungarn nur die unveränderte Erneuerung des Dreibunds in Frage kam. Prinetti konnte weder eine Verpflichtung, daß Deutschland den Italienern bei einer etwaigen Besitzergreifung von Tripolis beistehen würde, noch ein anderes zollpolitisches Zugeständnis als dies erreichen, daß der deutsche Kanzler entschlossen sei, sich nicht von den Agrariern zu einer Erhöhung der Minimalzölle für Bodenerzeugnisse drängen zu lassen. Dagegen war Graf Bülow bereit, in Wien den ehrlichen Makler für den italienischen Wunsch zu spielen, daß etwaige Veränderungen an der Ostküste der Adria nicht ohne die Zustimmung Italiens vorgenommen werden sollten. Graf Bülow nahm seinen Rückweg über Wien, wo er sich mit dem Grafen Goluchowski besprach, und als Ergebnis der Österreise konnte bald darauf verkündet werden, daß der Fortbestand des Dreibunds ohne Änderung des Vertragstextes gesichert sei. Die Unterzeichnung des Vertrags über die Verlängerung wurde am

28. Juni 1902 in Berlin von dem Reichskanzler und den beiden Botschaftern v. Szögyeny und Graf Lanza vollzogen.

Die Spannung auf den Ausgang der Verhandlungen über den Dreibund von 1902 war in der nationalistischen Pariser Presse größer als irgendwo sonst. Wenn auch die anfängliche Hoffnung auf den Abfall Italiens nicht standhalten konnte, so blieb doch in Blättern wie dem „Gaulois" die Ansicht bestehen, daß ein neuer Wortlaut vereinbart werden und alles wegfallen würde, was den Schutz gegen einen französischen Angriffskrieg betroffen hätte. Das wäre für Deutschland die völlige Entwertung des Dreibundes gewesen. Der Minister Delcassé hatte es sehr eilig, sich vor der Kammer über die Erneuerungsfrage auszulassen, und wählte dabei eine Form, die geeignet war, in dem Glauben an Abschwächungen zugunsten neuer italienischer Extratouren zu bestärken. Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Erneuerungsvertrags vom 28. Juni 1902 erklärte Delcassé in der Kammer: „Die Politik Italiens ist weder unmittelbar noch mittelbar infolge seiner Allianzen gegen Frankreich gerichtet. In keinem Falle kann sie für uns zu einer Bedrohung führen, so wenig in einer diplomatischen Form wie durch Protokolle oder militärische Abreden. In keinem Falle und in keiner Form kann Italien das Werkzeug oder der Helfershelfer eines Angriffs auf unser Land werden." Für die einfache Tatsache, daß der Dreibund damals so wenig als früher ein Angriffsbündnis, sondern nur ein Schutzbündnis war, hätte es einer solchen Häufung kategorischer Worte nicht bedurft. Offenbar sollte damit der Eindruck erweckt werden, daß eine Abschwächung des Bündnisses durchgedrückt worden sei, und die Erwähnung militärischer Nebenabreden ließ die irrige Vermutung aufkommen, daß Italien hinfort für den Bündnis- und Kriegsfall zu geringeren militärischen Leistungen verpflichtet wäre.

Das Bündnis beschränkte Italien in keiner Weise und zu keiner Zeit in seiner Freiheit, die Zahl der Friedensstärke seines Heeres und damit auch die Höhe seiner finanziellen Lasten selbst zu bestimmen. Wohl aber war in den neben dem Dreibundvertrag bestehenden Vereinbarungen der Generalstäbe vorgesehen, daß Italien gegen einen französischen Angriff unter gewissen Voraussetzungen eine bestimmte Anzahl von Truppen über die Alpen zur

Verwendung an der deutschen Westgrenze senden würde. Sollte nun bei der Erneuerung des Bündnisses 1902 Italien das Zugeständnis erhalten haben, daß es künftig unter keinen Umständen mehr militärische Hilfe auf deutschem Boden zu leisten brauchte? Das Gegenteil traf bis zum Weltkrieg zu. Delcassé mußte also andere Gründe für sein wortreiches Frohlocken gehabt haben.

Der Hauptwert der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibund bestand darin, daß, wie in dem Bismarckartikel von 1892 ausgeführt war, die österreichisch-ungarische Heeresmacht einen Rücken- oder Flankenschutz erhielt, und dieser Vorteil blieb in vollem Umfange durch die Erneuerung des Dreibunds 1902 bestehen — wenigstens auf dem Papiere. Immerhin genoß Italien damals noch das Vertrauen, daß es bei einem Zusammenstoß zwischen Zweibund und Dreibund mindestens wohlwollend neutral bleiben würde. Erst einige Jahre später, als der Crispischüler Marchese di San Giuliano Minister des Auswärtigen war, gelangten Nachrichten nach Berlin, nach denen schon zur Zeit Prinettis ganz geheime Dinge mit Frankreich vorgekommen waren, die sich kaum noch mit der Bündnispflicht vereinbaren ließen. Hierin liegt, wie man mit Recht annehmen darf, die Erklärung dafür, daß sich Delcassé in der Kammer so zuversichtlich spreizen konnte.

In unserer öffentlichen Meinung ließ der befriedigende Abschluß der Verhandlungen mit Italien noch keine Sorgen über die Sicherheit der Stellung Deutschlands in Europa und der Welt aufkommen. Eine flüchtige Umschau zeigt, daß das System der Gegengewichte scheinbar noch in gutem, reibungslosem Gange war.

In den inneren Zuständen Frankreichs wirkt die lange Periode des Dreyfusskandals und der sog. fiches (aufgefundenen Zettel mit Angebereien) nach. Das Ministerium Waldeck-Rousseau steht seit 1899 im Kampf gegen die geistlichen Kongregationen und gegen das Eindringen klerikaler und nationalistischer Einflüsse in die Armee. Nach dem freiwilligen Rücktritt Waldeck-Rousseaus kommt ein Ministerium Combes, in dem der radikale und antiklerikale Charakter noch deutlicher ausgeprägt ist. Die im Volke noch nicht vergessene Schmach von Faschoda und die antienglische Stimmung während des Burenkrieges verhelfen einem Austausch

von Höflichkeiten zwischen Deutschland und Frankreich (beim Tode des Präsidenten Faure, beim Erdbeben auf Martinique, beim Kaiserbesuch eines französischen Schulschiffs in den norwegischen Gewässern, der Reise des Generals Bonnal nach Berlin) zu freundlicher Aufnahme, so daß von einer Periode der Annäherung gesprochen werden kann. Der Sozialistenführer Jaurès tritt offen in Wort und Schrift für die Verbannung der Revanche aus den Köpfen und Herzen ein. Auf der anderen Seite zeigt die vom Reichstag mehrmals beschlossene und im Juni 1902 vollzogene Aufhebung des Diktaturparagraphen für Elsaß-Lothringen, daß es nach der Überzeugung der deutschen Regierung in einem Menschenalter gelungen ist, die Bevölkerung der Reichslande mit der neuen Ordnung der Dinge auszusöhnen.

Auch der Blick nach Osten gewährt ein freundliches Bild. Die Kaiserbegegnung in Reval (August 1902), der Graf Bülow und der russische Minister des Auswärtigen Graf Lamsdorff beiwohnen, gibt der Welt zu verstehen, daß der Draht zwischen Berlin und Petersburg wieder wohl befestigt ist. Der englisch-japanische Vertrag mit der deutlichen Spitze gegen Rußland hat den Wert der deutschen Freundschaft wieder fühlbar gemacht. Die Herrscher tauschen als Wahrzeichen einer historischen Verbrüderung ihre Aiguilletten (Fangschnüre der Admirale) aus, der Zar schenkt dem Kaiser einen dreiviertel Meter hohen, in Silber getriebenen, mit russischen Edelsteinen verzierten Bojarenhelm und empfängt als Gegengabe ein goldenes Schreibzeug. Bald darauf feiert der Kaiser in Posen in Anwesenheit des Generalgouverneurs von Warschau, Generals Tschertkow, unter Verkündung der Aufhebung des Rayongesetzes für die alte Festungsstadt, in zwei Ansprachen die treue Freundschaft der Herrscher und die Waffenbrüderschaft ihrer Armeen. Die französisch-russische Allianz ist nach dem Ausspruch eines Franzosen faussée et dévoyée, weil sans action en Europe.

Mit der neuen Weltmacht in Nordamerika stehen wir auf gutem Fuß. Die Reise des Prinzen Heinrich nach den Vereinigten Staaten ist in jeder Beziehung glücklich verlaufen. Der Kaiser kündigt zum Dank für die freundliche Aufnahme seines Bruders die Stiftung einer Bronzestatue Friedrichs des Großen für

Washington an, und der Präsident Theodor Roosevelt schließt seine Antwort mit den Worten: „Es ist ein Zeichen für die Wohlfahrt des ganzen Menschengeschlechts, daß am Anfang dieses Jahrhunderts das amerikanische und deutsche Volk im Sinne herzlicher Freundschaft zusammenarbeiten.“ Schon vorher (Februar 1902) hat die günstige Verfassung der amerikanischen Psyche Holstein ermutigt, einen aus den Akten ausgegrabenen Bericht des Botschafters v. Holleben vom 15. April 1898, der den englischen Botschafter Pauncefote mit seiner Anregung eines Kollektivschritts der Botschafter gegen den spanischen Krieg bloßstellte, im „Reichsanzeiger“ veröffentlichen zu lassen. Allerdings ohne den beabsichtigten Erfolg einer Störung der englisch-amerikanischen Freundschaft.

Nur von England weht ein kühler Wind. Nach drei Jahren Krieg in Südafrika sammelt England neue Kräfte. Milde und Großmut gegenüber den unterlegenen Buren verheißen dem britischen Reiche einen starken Machtzuwachs in der vergrößerten Kapkolonie. Auf Besuche des Königs an den Höfen von Lissabon und Rom folgt im Mai 1903 ein prunkvoller Einzug in Paris. Aus den Buchhandlungen und Zeitungskiosken sind auf einen Wink der Polizei die alten Pamphlete und Karikaturen gegen England entfernt, mit Jubel wird der Gast begrüßt, dessen Konto ja auch nicht mit dem Faschodakonflikt und der Drangsal der Buren belastet ist. Elf Monate später ist der Pakt mit Frankreich über Ägypten, Marokko, Neufundland usw. unter dem Kennzeichen „Entente cordiale“ geschlossen.

So sieht es draußen aus. Aber auch drinnen im Bunde der Mitte ist neben der wiedererwachten Liebe Italiens zu Frankreich noch eine schwache Stelle vorhanden. Wir sehen sie nur nicht, weil wir blind dem zum Dogma gewordenen Gelegenheitswort aus dem vorigen Jahrhundert folgen, daß das Donaureich erfunden werden müßte, wenn es nicht schon existierte. Andere haben die schwache Stelle besser erkannt, Lord Salisbury z. B., der Bedenken trägt, sich mit einem Staate mit starken slawischen Volksteilen zu verbünden, auch Lord Lansdowne, der bei Prüfung aller Zukunftsmöglichkeiten nach Abschluß einer englisch-deutschen Allianz auch die des Zerfalles Österreichs erwähnt. Es ist schon

lange her, daß Österreichs starker Dichter, Grillparzer, über den fortschreitenden Zeitgeist schrieb: „Die ganze Welt wird durch den neuen Umschwung (nach der französischen Julirevolution 1830) sich erkräftigen, nur Österreich wird daran zerfallen. Der schändliche Macchiavellismus der Leiter, die, damit die Herrscherfamilie das einzige Staatsband ausmacht, die wechselseitige Nationalabneigung der Provinzen hegten und nährten, hat indes die Schuld. Der Ungar haßt den Böhmen, dieser den Deutschen, und der Italiener sie alle zusammen; und wie widersinnig gekuppelte Pferde werden sie sich in alle Welt zerstreuen, wenn der fortschreitende Zeitgeist die Gewalt des klammernden Joches schwächt oder bricht." Freilich vollziehen sich solche historischen Prozesse nur langsam, rechnen nicht nach Jahren, sondern nach Menschenaltern, und noch hält Ehrfurcht vor dem ehrwürdigen alten Herrn in der Hofburg auf der Fahrt des gemeinsamen Staatswagens die schlecht gekuppelten Pferde bei der Stange. Aber die Aufgabe wird schwerer mit jedem Jahr. In Böhmen nimmt der Nationalitätenkampf kein Ende. Der Jungtschechenführer Kramarsch, der unter der Ära Badeni zweiter Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses war, nennt den Dreibund ein abgespieltes Luxusklavier, zu schade, um schon auf den Boden gestellt zu werden, aber zu abgenutzt, um noch darauf zu spielen. In Ungarn, wo sich die madjarische Herrschaft gegen die rumänischen, deutschen, kroatischen Elemente mit großer Energie und nicht ohne Härte befestigt hat, trachten Unabhängigkeitsfanatiker, die beste Klammer, die dem Kaiser und König zu Gebote steht, das gemeinsame Heer, zu lockern und zu lösen. Die italienische Irredenta steigt in ihren Ansprüchen bis zum „Brennero" hinauf und fordert lärmend eine eigene Hochschule. Alles, was auseinanderstrebt, findet in Paris offene Sympathie und geheime Unterstützung.

Während uns vor dem erstaunt aufmerkenden Ausland hohe Gedanken, von einem Weltimperium des germanischen Geistes, vom Dreizack in unserer Faust und vom deutschen Arm, der bis in die entferntesten Teile der Erde langt, so oft verkündet werden, kommen allmählich die stillen Riffe zum Vorschein.

VII. Vor der Marokkokrisis.

Wie oft hat man von erleuchteten Rednern gehört und in begütigenden Artikeln ernster Zeitungen diesseits und jenseits des Kanals gelesen, daß Blut dicker sei als Wasser! Nicht bloß dicker, auch empfindlicher muß es wohl sein, denn sonst hätte sich die Hoffnung, die in dem Worte liegt, früher oder später in den Gefühlen des deutschen und des englischen Volkes verwirklichen müssen. An Bemühungen, die am Ende des vorigen Jahrhunderts entstandene tiefe Verstimmung zwischen Deutschen und Angelsachsen zu überwinden, hat es wirklich nicht gefehlt. Amtliches Bedauern über den Zustand gegenseitiger Verärgerung und Verbitterung kam nicht selten zum Ausdruck, von der deutschen Regierung öfter als von der englischen. Ebenso war die Einwirkung auf die Presse hüben eifriger als drüben. Zum Teil lag das daran, daß die englische Regierung überhaupt gegenüber ihrer eigenen Presse zurückhaltender ist, wobei ihr die größere Selbstzucht ihrer Redner und Journalisten in Fragen, die das Verhältnis zum Ausland berühren, zustatten kommt. Dem Durchschnittsengländer ist die einmal im deutschen Reichstage von einem antisemitischen Redner ausgesprochene Auffassung fremd, daß der wahre Volksmann die Pflicht habe, den Gefühlen seiner Anhängerschaft freien Lauf zu lassen, wogegen es Sache der Regierung sei, dafür zu sorgen, daß daraus kein Schaden für das Land entstehe.

Viel hängt in den Fällen völkischer Gegensätze und Feindseligkeiten von der Geschicklichkeit der Missionen und ihrem Verständnis für die Wichtigkeit der Bearbeitung der öffentlichen Meinung ab. Die deutsche Botschaft in London hat es in jener kritischen Zeit von 1902 bis 1906 an nichts fehlen lassen. Unter Billigung des Botschafters Grafen Metternich tat der Botschaftsrat Graf Bernstorff sein Bestes, um gute Fühlung

mit angesehenen Journalisten zu halten und bei sonstigen einflußreichen Persönlichkeiten eine Wiederannäherung zu betreiben. Ein dicker Stoß von Briefen, die er mir damals schrieb, beweist, wie schwer seine Aufgabe war, und wie unverdrossen und gründlich er ihr gleichwohl oblag. Immer wieder, wenn eine Wendung zum Besseren möglich schien, traten neue störende Zwischenfälle ein. Das Ergebnis konnte kein anderes sein, als das der Arbeit der Penelope. Der Bau der Flotte war keineswegs das einzige Hindernis und vielleicht hätten sich die Engländer doch am Ende mit ihm in Güte abgefunden, wenn gute Reden ihn begleitet hätten. Gab schon die unverantwortliche Agitation für die Flotte Stoff genug zur Mißdeutung ihres Zweckes in der englischen Öffentlichkeit, so erschien erst recht manches Kaiserwort, das zur Anfeuerung des Verständnisses für eine Handel und Küsten schützende Kriegsflotte gesprochen war, englischen Augen wie ein drohendes Fanal. Besonders schlimm wirkte der in unbeglaubigter Form bekannt gewordene Gruß des Admiral of the Atlantic an den Zaren.

Als die verbissenste Vertreterin der Germanophobie in der englischen Presse erwiesen sich die „Times". Die Redaktion in London schien ihre Korrespondenten im Ausland angewiesen zu haben, ihre ganze Aufmerksamkeit auf alles das deutsche Ansehen Schädigende zu richten und die deutsche Politik nach Kräften zu verdächtigen. Der Berliner Korrespondent entwickelte eine große Geschicklichkeit im Sammeln und Färben von Vorkommnissen im Deutschen Reiche, die geeignet waren, in England Widerwillen und Feindschaft zu erregen. Darob lief sogar dem immer verbindlichen und einer Verständigung mit England gewogenen Staatssekretär Frhr. v. Richthofen einmal die Galle über. Auf einem parlamentarischen Abend beim Staatssekretär des Innern Grafen Posadowsky erwiderte er eine Anrede des „Times"-Korrespondenten mit heftigen Vorwürfen gegen seine vergiftende Berichterstattung, die ein Unheil für beide Länder sei.

Neben der „Times" tat sich die „National Review" darin hervor, vor kriegerischen Plänen in Deutschland zu warnen, und alles, was hier getan oder gesagt wurde, zum Schlimmen auszulegen! Zu dem Stabe der Zeitschrift gehörten auch ein paar Russen, der

frühere Diplomat Tatitschew und der in Deutschland überbekannte Herr v. Wesselitzki-Boshidarowitsch. Dieser hatte sich in der Zeit des alten Kurses mit ziemlichem Erfolg in der Maske eines deutschen Officiosus versucht. Er gab eine deutsche Reichskorrespondenz heraus, in der er unter der Gunst gesellschaftlicher Beziehungen zu dem Grafen Waldersee hauptsächlich militärische und Hofnachrichten vertrieb. Während der Kanzlerschaft Caprivis wurde ihm der deutsche Boden zu heiß, er verschwand und tauchte später als Korrespondent der „Nowoje Wremja" in London wieder auf. Neben giftigen Telegrammen an sein Petersburger Blatt schrieb er Artikel für die „National Review" unter dem Pseudonym Ignotus. Ein weiteres deutschfeindliches Konsortium bildete die sog. Harmsworthpresse, zu der die „Daily Mail" gehörte. Lord Northcliffe war damals noch ein einfacher Mister Harmsworth. Die Lordschaft erhielt er kurz vor dem Rücktritt des Kabinetts Balfour-Lansdowne, nicht sowohl wegen der Treibereien seiner Blätter gegen Deutschland, als in der Erwartung, daß er auch künftig seinen großen Leserkreis der unionistischen Partei erhalten werde. Harmsworth war und blieb ein Geschäftsmann ersten Ranges, der sich wie kein zweiter auf die Mache verstand und die öffentliche Meinung mit ähnlichen Mitteln bearbeitete, wie man Lipton tea und Pears soap unter die Leute bringt.

Die Kluft zwischen den beiden blutsverwandten Völkern, weit entfernt, sich nach dem Burenkriege zu schließen, vertiefte sich in den folgenden Jahren immer mehr und machte in den amtlichen Beziehungen eine Rückkehr zu dem alten freundschaftlichen Verhältnis unmöglich. Die Regierenden mußten sich damit begnügen, alles zu vermeiden, was neue leidenschaftliche Ausbrüche hervorrufen konnte. Die Reise der Burengenerale Botha, Delarey und Dewet nach London, Amsterdam und Berlin gab der deutschen Regierung Gelegenheit, die Aufrichtigkeit ihrer versöhnlichen Haltung zu beweisen. In London hatten die drei Generale Besprechungen mit Chamberlain, die eine Reihe von Erleichterungen für die Lage der Buren über den Friedensvertrag von Vereeniging hinaus, hauptsächlich Begnadigungen und gleiches Recht für die burische Sprache neben der englischen, zum Gegenstande hatten. Vorher hatten sie einen von der britischen Regie-

rung übelvermerkten Aufruf an die zivilisierte Welt zur Unterstützung der notleidenden Buren erlassen. Da sie über Holland auch nach Berlin kommen wollten, wurde von dem deutschen Burenhilfsbund und alldeutschen Blättern Stimmung für ihren Empfang beim Kaiser gemacht. In der ersten Nachricht über den Berliner Besuch hieß es, die drei Generale würden in großen Volksversammlungen den an ihnen von England begangenen Treubruch der Welt enthüllen. Auch wurde vorgeschlagen, daß sie an einem Sonntagnachmittag ihren Einzug durch das Brandenburger Tor mit antienglischen Ansprachen halten sollten. Die tapferen Kriegsmänner waren jedoch selbst klug genug, um zu erkennen, daß mit solchem Übereifer nur ihrer eigenen Sache geschadet würde. Schon bei ihrem Empfang in Amsterdam hatte Dewet auf eine antienglische Rede erwidert, daß er und seine Kameraden sich ehrlich in das neue Untertanenverhältnis schicken wollten. In der Frage einer Audienz beim Kaiser ließ sie das Auswärtige Amt wissen, der Empfang hänge davon ab, daß sie versprächen, sich jeder antienglischen Agitation fernzuhalten, und daß sie sich als britische Untertanen durch Vermittlung des englischen Botschafters beim Kaiser anmelden ließen. Anfangs erklärten sie sich bereit hierzu, wurden jedoch nachher anderen Sinnes und stellten ihrerseits die Bedingung, daß vor ihrer Anmeldung durch den englischen Botschafter ein Ruf des Kaisers an sie ergehen sollte. Man vermutete damals, daß dieser Meinungswechsel, durch den natürlich der Empfang beim Kaiser vereitelt wurde, auf den Rat des ehemaligen Staatssekretärs und Gesandten der Transvaalrepublik im Haag, Leyds, zurückzuführen sei. Der Gesandte hatte während des Burenkrieges eine rege Tätigkeit, namentlich auch in der Presse, entfaltet, um die feindselige Stimmung gegen England zu verschärfen. Es war immerhin möglich, daß die englische Regierung, die schon wegen des Aufrufs der Generale an die Nationen empfindlich berührt war, ihren Botschafter in Berlin anweisen würde, das Gesuch um Vermittlung der Audienz abzulehnen. Wäre vorher die nachträglich von den Generalen gewünschte Einladung ergangen, so hätte dann die Ablehnung des Vermittlungsgesuchs bedeutet, daß die englische Regierung zugleich einen Wunsch des Deutschen Kaisers ablehnte, und die ganze Sache

wäre damit auf eine neue deutsch-englische Verärgerung und eine Verschlechterung der ohnehin schon kühleren amtlichen Beziehungen hinausgelaufen. Dennoch gab es immer noch deutsche Blätter, die der deutschen Regierung die Schuld an der mißglückten Audienz ausluden, und eins ging sogar in seinem Fanatismus so weit, das Selbstgefühl der Burengenerale herauszustreichen, weil sie sich entschlossen hätten, „bei diesem Kaiser eine Audienz nicht nachzusuchen, sondern eine Einladung in aller Form abzuwarten".

Auf das posthume Intermezzo der antienglischen Burenbegeisterung in Deutschland folgte im Winter 1902/3 ein Gegenstück deutschfeindlicher Auflehnung gegen die eigene Regierung in England. Gleichartige Reklamationen gegen das Willkürregiment des Präsidenten Castro in Venezuela hatten ein gemeinsames deutsch-englisches Vorgehen, dem sich auch Italien anschloß, veranlaßt. Es mußte zu Zwangsmaßregeln (Blockade) gegriffen werden, um schweren Völkerrechtsbrüchen eines böswilligen Schuldners, darunter auch widerrechtliche Verhaftung deutscher und englischer Staatsangehöriger, ein Ende zu machen. Die ersten Sondierungen wegen des Zusammenwirkens waren von der englischen Regierung ausgegangen. Obgleich das Vorgehen von vornherein auf einen bestimmten Zweck völkerrechtlicher Natur beschränkt war, hatte das Kabinett Balfour heftige Anfeindungen aus den eigenen Reihen zu bestehen. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung in England hätte es nicht ungern gesehen, wenn die Regierung einen Sonderfrieden mit Castro gemacht und Deutschland dabei im Stiche gelassen hätte. Am Schluß einer in Liverpool gehaltenen Rede (Februar 1903) ermahnte Balfour alle, die Einfluß auf die öffentliche Meinung besäßen, daran zu denken, welche große Verantwortung jeden treffe, der sich dem leichten Geschäft hingebe, die Beziehungen zwischen den Völkern zu verbittern. Denselben Gedanken hatte der deutsche Reichskanzler kurz vorher in einer Reichstagsdebatte über den Nichtempfang der Burengenerale mit der Umkehrung des Horazischen Wortes von den Delirien der Könige und den geschlagenen Achivern ausgedrückt.

In die gleiche Zeit fällt der Beginn der englisch-französischen Annäherung. In Marokko gab es seit Sommer 1902 wieder Unruhen und Zwischenfälle. Ein reformfreundlicher

Sultan lag gegen einen fanatischen Bruder im Streit, Rebellenhaufen zogen sengend und brennend in der Gegend von Mekinez umher, fremde Postkuriere sollten beraubt worden sein, der Thronforderer Bu Hamara rückte gegen Fez vor, französische und spanische Kriegsschiffe liefen nach den marokkanischen Küsten aus. Alles dies waren nur neue Ringe zu der alten Kette der inneren marokkanischen Krisen. Die Frage war, ob sich aus den Gegensätzen unter den politisch nächstbeteiligten und noch rivalisierenden Mächten eine internationale Krisis entwickeln würde. Nur Frankreich und Italien hatten sich endgültig vertragen, zwischen Frankreich, Spanien und England war noch schwebender Streit. Im Unterschied von der früheren Haltung der Mächte, die auf möglichste Nichteinmischung in die inneren marokkanischen Kämpfe gerichtet war, traten jetzt Zeichen der Geneigtheit für eine, künftigen Reibungen vorbeugende, materielle Lösung der marokkanischen Frage hervor. Schon zu Beginn des Jahres 1903 erschienen in Pariser Blättern Betrachtungen, in denen für den Fall, daß die Dinge in Marokko einen europäischen Eingriff nötig machen sollten, Frankreich die Anerkennung als paramount power beanspruchen und dafür anderen Mächten anderswo die gleiche Anerkennung zugestehen würde. Der Verlauf des Besuchs des Präsidenten Loubet in London (Anfang Juli 1903), des ersten eines französischen Staatsoberhaupts in England seit fünfzig Jahren, ließ keinen Zweifel mehr darüber, daß eine dauernde Annäherung beider Länder mit friedlicher Schlichtung alter Streitigkeiten im Werke war. Das Wort vom herzlichen Einvernehmen (entente cordiale) kam auf beiden Seiten des Ärmelkanals in Kurs.

Im September erschien im „Standard" die erste bestimmte Nachricht aus Paris, daß in London zwischen dem französischen Botschafter Cambon und Lord Lansdowne über ein französisches Protektorat in Marokko verhandelt würde. Frankreich sei bereit, einen Verzicht auf seine alten Ansprüche in Ägypten auszusprechen, und in die Neutralisierung des Hafens von Tanger einzuwilligen. Die Nachricht stimmte mit der kurz vorher von dem Sozialistenführer Jaurès gemachten Enthüllung überein, daß das Ministerium Combes eine große Heeresmacht an der algerisch-marokka-

nischen Grenze aufzustellen beabsichtige, um das Sultanat Marokko unter französische Botmäßigkeit zu bringen. Von den spanischen Ansprüchen in Marokko war in den Blättern noch wenig die Rede. Der spanische Ministerpräsident Silvela hatte aber noch am Tag vor seinem Sturze (20. Juli 1903) in der spanischen Deputiertenkammer eine starke Flottenvermehrung angekündigt und diese Maßregel mit einer spanisch-französischen Verständigung über Marokko begründet. Diese Verständigung gewährte Spanien ein größeres Einflußgebiet, als es später erlangt hat. Nach dem von der „Libre Parole" in Paris 1911 veröffentlichten Texte des Vertragsentwurfs vom 10. November 1902 war vorgesehen, daß Spanien dem Deutschen Reiche einen Hafen an der atlantischen Küste — Casablanca oder Rabat — pachtweise überlassen könnte. Starker Londoner Druck hielt die Königin-Regentin Marie Christine ab, ihren Namen unter den Vertrag zu setzen. Daher konnte man annehmen, daß sich die Verhandlungen zwischen Cambon und Lansdowne im Herbst 1903 auf das Einverständnis Englands mit einem neuen französisch-spanischen Teilungsvertrage erstreckten.

Wie sich die deutsche Politik in den politischen Interessenstreit um Marokko nicht eingemischt hatte, so hielt sie sich auch gegenüber den diplomatischen Vorbereitungen für neue Machtverhältnisse an den Säulen des Herkules zurück. In amtlichen Gesprächen und öffentlich in der Presse wurde erklärt, daß wir keine politischen Ansprüche in Marokko machten und befriedigt wären, wenn die Türen an den marokkanischen Küsten für den Handel offen blieben. Zunächst konnte man sich damit trösten, daß das Unternehmen Frankreichs, den ganzen Osten und Süden Marokkos an sich zu bringen, militärisch keine leichte Aufgabe und nicht ohne große Opfer auszuführen war. Schließlich mußte aber doch mit einem beträchtlichen Machtzuwachs der beiden Teilungsmächte Frankreich und Spanien gerechnet werden, und der französische konnte uns nicht so gleichgültig sein wie der spanische. Daß die dritte Mittelmeermacht, unser Bundesgenosse Italien, im voraus mit einer Anwartschaft auf Tripolis abgefunden war, barg die Gefahr einer Verschärfung der türkischen Frage mit neuen Balkankämpfen in sich. So stand für uns bei den Verhandlungen über Marokko nirgends ein Vorteil in Aussicht.

Die Verschiebung der Lage im Westen, Englands Annäherung an Frankreich und die Erfolge der Delcasséschen Politik in Spanien und Italien, gaben der deutschen Politik begründeten Anlaß, den alten freundschaftlichen Beziehungen zu dem östlichen Nachbar erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Diesem Bestreben kam das dringende Bedürfnis der russischen Machthaber entgegen, sich den Rücken in Europa für den drohenden Konflikt im fernen Osten frei zu halten. Am hellsten wurde der Grund, warum sich damals die russischen Machthaber zur Selbstbescheidung im europäischen Orient angetrieben fühlten, in einer Erklärung des Fürsten Uchtomski, eines Freundes des Zaren und Vorkämpfers der großasiatischen Politik, beleuchtet. Darin hieß es: „Man könnte die Lösung unserer historischen Aufgabe, die Einnahme Konstantinopels, beschleunigen, das früher oder später eine russische Stadt sein muß. Aber sie wird uns nicht entgehen, wenn unsere Diplomatie in der Zukunft nicht etwa kolossale Irrtümer begehen wird. Weit wichtiger ist der Brand, den die Japaner in unserem fernen Osten entzünden wollen. Es wäre falsch, uns ihre kriegerische Stimmung mit vorübergehenden chauvinistischen Wallungen zu erklären. Das an und für sich wenig bedeutende Japan, das im vollen Sinne des Wortes um seine Existenz kämpft, fängt unerwartet an, eine große Bedeutung in der Eigenschaft eines Gärpilzes zu gewinnen, der das bisher indolente China mit einer ihm fremden Leidenschaftlichkeit ansteckt. Solange ein Brand noch im Entstehen ist, ist es leicht, ihn zu löschen, und man muß es tun, selbst wenn man mit gigantischem Tritt den jungen haderfüchtigen Staat zertreten muß."

Ganz im Sinne dieser Auslassung war das offizielle Rußland in der Zeit bis zum Ausbruche des japanischen Krieges bestrebt, mit Hilfe der beiden Mittelmächte, Österreich-Ungarn und Deutschland, keinen Brand im nahen Orient aufkommen zu lassen. Bei dem Besuche des Zaren in Wien und in den Mürzsteger Konferenzen der auswärtigen Minister Grafen Lamsdorff und Goluchowski (Oktober 1903) war eine wirksamere Überwachung der Reformen in Mazedonien, wo bulgarische Banden wieder einen Kleinkrieg erregt hatten, beschlossen worden. Deutschland gab der hohen Pforte den dringenden Rat, ihre bisherige Verschleppungs-

methode nicht fortzusetzen, sondern den Reformforderungen Rußlands und Österreich-Ungarns grundsätzlich zuzustimmen.

Den schuldigen Gegenbesuch in Rom hatte der Zar aus Scheu vor unfreundlichen Straßendemonstrationen, mit denen ihn italienische Sozialisten und Republikaner zu empfangen drohten, abgesagt. Bei seinen hessischen Verwandten fühlte er sich so wohl, daß er anderthalb Monate auf deutschem Boden verweilte. Wiederholte Zusammenkünfte des Zaren mit dem Kaiser in Wiesbaden, Darmstadt und Wolfsgarten und ebenso die Unterredungen zwischen dem Grafen Lamsdorff und dem deutschen Kanzler verliefen zur großen Befriedigung aller Beteiligten. Namentlich in dem intimen Kreise von Wolfsgarten sprach sich der Zar zum Kaiser sehr offen über seine friedliche Gesinnung und sein inneres Verhältnis zur französischen Republik mit ihren Kirchenfeinden und internationalen Unruhestiftern aus. Über den abgesagten Besuch in Rom soll er gesagt haben: „Ich bin nicht hingegangen, weil meine Russen nicht e i n e n Pfiff ertragen hätten." Zwei Jahre darauf, nach großen Niederlagen des Heeres, die absolute Monarchien am schwersten ertragen, machten seine Russen unter wildem Toben gegen ihn, den Selbstherrscher, Rebellion, und viele Jahre später, wieder nach einem militärischen Zusammenbruch, erlitt er von Russenhand den Tod. O Kaiser und Könige, wie leicht unterliegt ihr, geblendet von Flitterglanz und Glorienschein, Täuschungen über die wahren Empfindungen eurer Völker in guten und schlechten Tagen! —

Während des ostasiatischen Krieges befestigte sich die deutsch-russische Freundschaft und gleichzeitig kühlten sich die russischen Gefühle für den französischen Bundesgenossen ab. Für die Politiker in Paris war es eine große Verlegenheit, den russischen Verbündeten im fernsten Osten in einen Krieg verwickelt zu sehen, in den man selbst um keinen Preis hineingezogen werden wollte. Der Geschäftigkeit Delcassés war es nicht gelungen, den Ausbruch des Krieges durch Vermittlungsversuche zu verhindern. Schon um keine Unruhe im eigenen Lande aufkommen zu lassen, mußte er zu erkennen geben, daß Frankreich nur dann zum aktiven Eingreifen bereit sein würde, wenn sich der Krieg auch auf europäische Gebiete und Gewässer erstrecken sollte. Ebenso mußte die Annäherung

Frankreichs an England, das hinter dem japanischen Feind stand, in Rußland Mißmut hervorrufen. Die Pariser Presse gab sich eifrige Mühe, den Russen einzureden, daß sie nur deshalb ihre ostasiatischen Kriegsgeschäfte unbesorgt betreiben könnten, weil Frankreich die Wacht an der Weichsel gegen den deutschen Nachbar Rußlands halte. Es war ein Versuch mit untauglichen Mitteln, um die praktische Bedeutung des für Ostasien versagenden Zweibundes wenigstens für Europa zu retten. Petersburger Blätter richteten ihren Dank an die deutsche, nicht an die französische Adresse.

Obgleich im Winter 1903/4 schon manches über die schwebenden englisch-französischen Verhandlungen durchgesickert war, erregte doch das am 8. April 1904 abgeschlossene und sogleich veröffentlichte Kolonialabkommen in der deutschen Öffentlichkeit eine gewisse Unruhe. Die Grenzberichtigungen in Westafrika zugunsten Frankreichs, der französische Verzicht auf alte Fischfangrechte in Neufundland, die Erklärungen über Siam und die Neuen Hebriden gingen uns nichts an. Die ganze Aufmerksamkeit richtete sich auf das Kernstück des Abkommens, die gleichzeitige Regelung der ägyptischen und marokkanischen Frage in der Weise, daß Frankreich versprach, „die Aktion Englands in Ägypten nicht zu hindern", und daß England „auf politischen Einfluß in Marokko" verzichtete und Frankreich das Recht einräumte, „über die Ruhe Marokkos zu wachen und der Regierung des Sultans den etwa erforderlichen Beistand zur Umgestaltung der Staatsverwaltung, Finanzen und Armee zu leisten". Ein deutlicherer Beweis für das wirklich bestehende herzliche Einvernehmen konnte nicht gegeben werden. Auch war die Tragweite eines französischen Protektorats, wie es die englische Erklärung umschrieb, für die durch den internationalen Madrider Vertrag von 1880 geschützte Freiheit des Handelsverkehrs und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller dritten Staaten unverkennbar.

Von verschiedenen Seiten wurde bereits am 12. und 14. April 1904 im deutschen Reichstag das französisch-englische Kolonialabkommen zur Sprache gebracht. Der nationalliberale Abg. Sattler sprach von einer Verschiebung der europäischen Lage, der Führer der Sozialdemokraten, Bebel, sah in dem Abkommen eine Kulturtat, bei der Deutschland zu kurz gekommen sei, was auf

größere Vereinsamung schließen lasse, der antisemitische Abg. Graf Reventlow beklagte den beschämenden Zustand, daß sich andere Mächte in Marokko größeren Einfluß sicherten als wir. Gegen diese Einwände und Bedenken machte Graf Bülow geltend, daß wir in Marokko nur wirtschaftliche Interessen hätten und kein Grund vorliege, zu befürchten, daß sie von irgendeiner Macht mißachtet werden könnten. Von Isolierung könnte keine Rede sein, mit zwei großen Mächten ständen wir in festem Bundesverhältnis, mit fünf anderen unterhielten wir freundschaftliche Beziehungen, unser Verhältnis zu Frankreich sei ruhig und friedlich und werde es, soweit das von uns abhänge, auch bleiben. Um ein Stück Marokko zu erwerben, hätten wir vielleicht vom Leder ziehen müssen und um solchen Grund das Land in Abenteuer zu stürzen wäre Leichtsinn. Wörtlich sagte der Kanzler: „Ich glaube, daß gerade jetzt, wo im fernen Osten ein Krieg entbrannt ist, dessen Rückwirkung vorläufig noch unberechenbar ist, und wo im näheren Orient noch vieles ungeklärt ist, eine Politik der Ruhe und selbst der Reserve im Interesse des Reiches am nützlichsten ist, und ich werde mir weder vom Ausland, noch von übelwollender und ungeduldiger Kritik im Inlande den Zeitpunkt vorschreiben lassen, wann wir aus dieser Haltung herauszutreten haben." Die ungeduldigen Kritiker, die fragten, was aus unserer Weltpolitik geworden sei, wenn sich andere Staaten ohne unser Zutun über alte Streitfragen einigten, waren ganz dieselben, die in unsinniger Hetze gegen England alles getan hatten, um in England die Neigung zur Verträglichkeit zu ersticken.

Die Schlußbemerkung des Kanzlers klang beruhigend für die Gegenwart und verheißend für die Zukunft. In der Tat war uns durch die Umstände, den ostasiatischen Krieg und das Abschwenken Englands vom Dreibund an die französische Seite, eine Politik der Reserve auferlegt. In der Darstellung des Kanzlers erinnerte sie an ein witziges Bild des Figarozeichners Caran d'Ache, das unter dem Titel „Spielzeug" eine Anzahl von Zauberkästchen zeigte. Etwa so: Das Spielzeug hat die Eigentümlichkeit, daß, wenn ein Kästchen sich öffnet und eine emporspringende Gestalt zeigt, auch die anderen in ähnlicher Weise in Tätigkeit treten. Aus dem ersten Kästchen erhebt sich ein Japaner mit wild ge-

zücktem Säbel, gleich öffnet sich das zweite mit einem keulenbewehrten russischen Bären. Vom dritten Kästchen hebt sich nur der Deckel, und ein schlitzäugiger Chinese betrachtet neugierig durch den Spalt, was vorgeht. Dann kommen John Bull und Onkel Sam an die Reihe, die sich auf ihre Geldsäcke verlassen und ein gutes Geschäft erwarten, dann der Türke, der davon zu profitieren hofft, wenn hinten weit in Ostasien die Völker aufeinanderschlagen. Nur das letzte Kästchen bleibt geschlossen, es trägt die Unterschrift la boîte silencieuse und einen deutschen Reichsadler auf der Seitenwand.

Die deutsche Politik war also wie im allgemeinen so auch in bezug auf die Entwicklung der Dinge im Scherifischen Reiche auf Zuwarten gestellt. Niemand dachte daran, daß ein Jahr später aus der schweigsamen Schachtel die Tangerfahrt des Kaisers und die erste große Marokkokrisis heraussteigen würde. In der öffentlichen Meinung Deutschlands herrschte unter amtlichem Einfluß im Einklang mit den Äußerungen des Kanzlers im Reichstag durchaus die Ansicht, daß es abenteuerlich wäre, das Land um Marokko in einen Krieg zu stürzen. Das Verhältnis des Deutschen Reiches zur französischen Republick war so wenig gestört, daß es hüben und drüben noch Ende April 1904 ernsthafte Leute gab, die eine Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem Präsidenten Loubet in den italienischen Gewässern für möglich hielten.

Über diese Episode ist seinerzeit in den Kanzleien und dann auch in der Presse mancherlei gemunkelt worden. Als aus der Begegnung nichts wurde, versuchten einzelne Blätter es so darzustellen, als ob ein Annäherungsversuch des Kaisers an dem kühlen Stoizismus des Präsidenten gescheitert sei. Die Geschichte entwickelte sich wie folgt: Für den April 1904 stand eine Mittelmeerfahrt des Kaisers in Aussicht. Im selben Monat wollte der Präsident den Besuch des Königs von Italien erwidern, bei dem im vergangenen Sommer in Paris die „glücklich vollendete Annäherung" Italiens und Frankreichs gefeiert worden war. Die Idee, die günstige Gelegenheit für eine Zusammenkunft der Staatsoberhäupter Frankreichs und Deutschlands in den italienischen Gewässern wahrzunehmen, entstand im Kopf des Fürsten

von Monako, der wegen seiner Liebhabereien für Tiefseeforschungen und Wassersport beim Kaiser in Gunst stand und zugleich mancherlei Beziehungen mit den Größen in Paris unterhielt. Bei einer Einladung des Präsidenten nach Monako sprach der Fürst von der bevorstehenden Kaiserfahrt nach dem Süden, deren Ende ungefähr mit dem Aufenthalte des Präsidenten in Italien zusammenfallen werde, worauf der Präsident den Wunsch aussprach, den Kaiser persönlich kennenzulernen, zugleich aber auch Zweifel äußerte, ob die Nationalisten und Klerikalen in Frankreich einen solchen Schritt ruhig hinnehmen würden. Kurz darauf brach der japanische Krieg aus. Der französische Verbündete Rußlands wünschte neutral zu bleiben, konnte aber nicht wünschen, den Zweibund durch eine Extratour mit Deutschland noch mehr zu kompromittieren. Gleichwohl erkundigte sich der Präsident im Laufe des Februar wiederholt in gelegentlichen Gesprächen mit dem Botschafter Fürsten Radolin nach dem Reiseprogramm des Kaisers. Außer der Ankunft in Neapel (24. März) mit der Begrüßung durch den König Viktor Emanuel war über den Aufenthalt im Mittelmeer, der Landbesuche an den Gestaden Kalabriens, Siziliens und Apuliens einschließen sollte, kein bestimmter Reiseplan festgesetzt. Es bestand aber die Wahrscheinlichkeit, daß der Kaiser zur Zeit der Reise des Präsidenten nach Rom und Neapel noch in den italienischen Gewässern sein würde. Schon Anfang April tauchte in italienischen und französischen Blättern die Nachricht auf, es stehe eine Begegnung des Kaisers und des Präsidenten, an der vielleicht auch der König von Italien teilnehmen würde, bevor. In der Tat hatte der Minister des Auswärtigen, Tittoni, die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft zu dreien freudig begrüßt, eine förmliche Anregung Italiens mußte aber von Sondierungen bei der Pariser Regierung abhängen. Zu einem italienisch-französischen Vorschlag, der für die deutsche Regierung die Voraussetzung für ein weiteres Eingehen auf das Projekt bildete, kam es offenbar deshalb nicht, weil der Minister Delcassé und der Botschafter Barrère aus Furcht vor heftigem Widerspruch der nationalistischen und klerikalen Kreise in Frankeich dagegen waren. Der Besuch Loubets in Rom versprach aufs glänzendste zu verlaufen. Was aber die italienischen Radikalen zu besonderem

Enthusiasmus reizte, daß nämlich das Staatsoberhaupt des allerchristlichsten Frankreichs, des Beschützers des Kirchenstaats, dem Papst im Vatikan keinen Besuch abstattete, war den Klerikalen in Frankreich ein großes Ärgernis, und wäre dazu noch eine Begegnung mit dem Kaiser gekommen, so hätte es sicherlich nicht an heftigen Gegenkundgebungen in Paris gefehlt. Um auch ein zufälliges Begegnen der Kaiserjacht und des französischen Geschwaders mit dem Präsidenten an Bord zu vermeiden, ließ sich der Kaiser vom Kanzler dazu bestimmen, die Rückreise von Sizilien über die Adria zu machen und in Venedig, statt, wie beabsichtigt war, in Genua, zu landen. Als sich Loubet am 28. April in Neapel vom König Viktor Emanuel verabschiedete, hielt der soeben über Venedig zurückgekehrte Kaiser eine Ansprache an den Oberbürgermeister von Karlsruhe, in der er die Hoffnung auf Erhaltung des europäischen Friedens und zugleich die Zuversicht in den Mut und die Einigkeit des deutschen Volkes für den Fall ausdrückte, daß es notwendig werden sollte, in die Weltpolitik einzugreifen. Die Neigung, sich persönlich kennenzulernen, und mit dem Schauspiel einer Begrüßung auf dem Meere die Friedenshoffnung ihrer Völker zu stärken, war also auf beiden Seiten, beim Kaiser wie beim Präsidenten vorhanden. Aber — sie konnten zueinander nicht kommen, das Wasser war viel zu tief.

Zwei Monate darauf folgte König Eduard einer Einladung des Kaisers zu den Regatten in Kiel. Alte persönliche Verstimmungen zwischen Onkel und Neffen schienen geschwunden zu sein. Das Kieler Fest verlief äußerlich in bester Harmonie. Der Kaiser sprach in seinem ersten Trinkspruch offen von der deutschen Flotte und ihren friedlichen Zwecken. Der König erwiderte als deutscher Ehrenadmiral herzlich mit den Worten: „Möchten unsere beiden Flaggen bis in die fernsten Zeiten, ebenso wie heute, übereinander wehen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Wohlfahrt nicht allein unserer Länder, sondern auch aller anderen Nationen."

Unter den Gästen befand sich auch Graf Seckendorff, ehemals Oberhofmeister der Kaiserin Friedrich, ein Mann von feiner Kultur, Sammler von Bronzen, Miniaturen und ähnlichen Kunstschätzen, der starke Sympathien für englisches Wesen hatte und zu

den persönlichen Freunden des Königs gehörte. Auch dem Hause Bülow stand er nahe. Von ihm hörte Graf Bülow in Kiel, der König stehe auf Grund der Kanzlerreden im Reichstage unter dem Eindruck, daß er für England nicht freundlich gesinnt sei oder doch den Wert guter Beziehungen zu England nicht hoch schätze. Graf Seckendorff unternahm es, dem König ein Exemplar des damals schon erschienenen ersten Bandes der Reden Bülows vorzulegen, in dem sämtliche Stellen über England blau angestrichen waren. Damit wurde der Gegenbeweis geliefert, daß Bülow stets für gute Beziehungen zu England eingetreten war und oft genug vor falscher deutscher Gefühlspolitik gewarnt hat. In den Gesprächen mit den in Kiel anwesenden englischen Journalisten stieß ich aber immer wieder auf den Einwand, daß das Mißtrauen in England gegen den Grafen Bülow begreiflich sei, da er in seinen Reden auf ein freundliches Wort für England ein noch freundlicheres für Rußland folgen zu lassen pflegte. Immerhin durfte man der Versicherung des Königs auf einem mit vertrauensvollen Marinereden gewürzten Abschiedsmahle beim Prinzen Heinrich Glauben schenken, daß er mit den angenehmsten Eindrücken nach England zurückkehre. Von einer englischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland war hier nichts zu spüren.

Während der schönen Kieler Tage begann ganz im Stillen das Zerwürfnis zwischen Bülow und Holstein, das sich mit längeren Unterbrechungen bis zum April 1906 hinzog und mit Ohnmacht Bülows im Reichstag und dem Ausscheiden Holsteins aus dem Amt endigte. Am Tage vor meiner Dienstreise nach Kiel war ich bei Holstein auf seinem Zimmer. Er zeigte mir den Entwurf für den Kaisertoast auf dem Galamahle und fragte mich nach meiner Meinung. Ich schlug einen Zusatz zu einer Stelle vor. Holstein stimmte bei und bat mich, den telegraphischen Bericht mit dem Abänderungsvorschlag niederzuschreiben, damit er sofort, d. h. unter Umgehung des Staatssekretärs, abgeschickt werde. Da mir eine solche Eilfertigkeit nicht geboten schien, und ich es unnötig fand, den Staatssekretär zu verstimmen, überließ ich es Holstein, mit eigener Hand und ohne mich das Weitere zu veranlassen. Nach einiger Zeit kam der Staatssekretär auf Holsteins Zimmer und sprach sogleich von dem Entwurf zum Trinkspruch,

in dem noch etwas fehle. Als er von Holstein hörte, daß das erforderliche Telegramm schon nach Kiel abgegangen sei, wurde Frhr. v. Richthofen sehr erregt und kehrte gegen Holstein den Staatssekretär scharf heraus. Die Erwähnung dieser peinlichen Szene, um so peinlicher für Holstein, als ich als Dritter zugegen war, ist nötig zum besseren Verständnis dessen, was folgte.

Alsbald nach meiner Ankunft in Kiel, wo ich auf einem für deutsche und englische Gäste bestimmten Dampfer untergebracht war, ließ mich der Kanzler nach der „Hohenzollern" kommen, um mit mir über eine im „Lokalanzeiger" erschienene Notiz zu sprechen. Sie lautete kurz dahin, daß sich der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen mit einem Stabe von Mitarbeitern zu den Kieler Festlichkeiten begeben hätte. Ich konnte darin zunächst nur eine harmlose und gleichgültige Reportermeldung erblicken. Der Kanzler dagegen hielt sie für den Ausfluß einer bösartigen Intrige gegen den Staatssekretär. Für den Argwohn hatte er einen besonderen Grund: In einem soeben eingegangenen Briefe Holsteins an ihn war jene ganz gewiß nicht vom Frhr. v. Richthofen herrührende und in der übrigen Presse unbeachtet gebliebene Notiz zum Anlaß genommen, um einen sofortigen Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes zu verlangen. Sachlich hatte Holstein seine Forderung in dem Briefe darauf gestützt, daß unter Richthofen die Geschäfte im Auswärtigen Amt verschleppt würden, und sich auf eine — Monate zurückliegende — Rüge des Kaisers wegen verspäteter Vorlage von Antwortschreiben berufen.

Bülow dachte natürlich nicht daran, auf die sonderbare Zumutung einzugehen und sich aus nichtigen Gründen von Richthofen zu trennen. Er trug mir auf, nach meiner Rückkehr zusammen mit dem Unterstaatssekretär von Mühlberg Holstein möglichst zu beschwichtigen. Dies undankbare Geschäft war noch dadurch erschwert, daß sich Holstein inzwischen in eine Augenklinik begeben hatte und schriftlich mit ihm verhandelt werden mußte. In seinen Briefen brachte er neue Gründe für seinen Unmut vor, die sich zum Teil auch gegen Bülow richteten. So beklagte er z. B., daß das Prestige Deutschlands in den letzten Jahren abgenommen habe, während unsere Gegner und Rivalen einen Ring zu bilden im Begriff seien. Für die schwierigen Lagen, die

zu gewärtigen wären, wolle er den Anteil von moralischer Verantwortlichkeit eines Mitarbeiters lieber nicht übernehmen. Mit Recht konnte darauf erwidert werden, daß seit zehn Jahren vom ostasiatischen Dreibund bis zur Behandlung der Marokkofrage, vom Transvaalstreit bis zum Scheitern der englischen Annäherungsversuche und der Pauncefote-Differenz mit England, in unserer auswärtigen Politik nichts von Bedeutung, abgesehen vielleicht von der Fassung der Krüger-Depesche, geschehen sei, wozu Holstein nicht geraten hätte, und daß das Aufhören seiner moralischen Verantwortlichkeit erst vom Tage der Abreise Bülows nach Kiel zum Besuche des Königs Eduard datierte. Seinem Abschiedsgesuch vom 1. Juli 1904 ließ Holstein am 6. Juli 1904 noch die Drohung folgen, daß er sich gegen etwaige Preßangriffe bei seinem plötzlichen Ausscheiden nach Kräften mit allen verfügbaren Mitteln verteidigen würde.

Noch niemals zuvor waren mir die krankhafte Ränkesucht Holsteins und seine terroristischen Anwandlungen so grell vor Augen getreten. Sein Entlassungsgesuch blieb lange Zeit in suspenso. Nach einer mündlichen Aussprache mit dem Kanzler nahm er im September 1904 seinen Dienst unter Richthofen wieder auf. Die provisorische Aussöhnung war weder für den Reichskanzler und den Staatssekretär eine Erleichterung noch für die Politik des Reiches ein Gewinn.

VIII. Um Algeciras.

Während des Sommers 1904 setzten Frankreich und Spanien ihre noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über die Teilung Marokkos fort. Das Ergebnis stellte sich zunächst in einer am 5. Oktober 1904 veröffentlichten „Erklärung" beider Mächte dar, in der gesagt war, daß sie ein Abkommen über den Umfang ihrer Rechte und die Garantien ihrer Interessen in Marokko geschlossen hätten. Außerdem versicherten beide Teile, daß sie unverändert an der Integrität Marokkos unter der Souveränität des Sultans festhalten würden. Das erwähnte Abkommen wurde geheimgehalten und kam erst viel später an die Öffentlichkeit. Man darf aber annehmen, daß die deutsche Regierung auf vertraulichem Wege von seinem wesentlichen Inhalte Kenntnis erhielt. Danach sollte das Hinterland von Mellila, Ceuta und anderen sogenannten Presidios sowie der Küstenstrich von Mellila bis zum Sebufluſſe unter spanischen Einfluß fallen. In vollem Widerspruch zu der öffentlichen französisch-spanischen „Erklärung" über die Unversehrtheit Marokkos und die Oberherrschaft des Sultans sprach das geheime Abkommen Spanien, wenn sich der Status quo in Marokko nicht aufrechterhalten ließe, unter einigen nebensächlichen Klauseln das Recht des Handelns (action) zu, ähnlich wie der französisch-englische Vertrag vom 8. April 1904 Frankreich das Recht zuerkannt hatte, über die Ruhe und Ordnung in Marokko zu wachen. Das Recht des Handelns war nichts anderes als eine täuschende Umschreibung der tatsächlichen Teilung des marokkanischen Reichs.

Dazu kam in dem spanisch-französischen Geheimabkommen noch eine besondere Bestimmung, die darauf abzielte, jede territoriale Beteiligung Deutschlands auszuschließen. Diesen Punkt deutete ein Pariser Blatt, das „Journal des Débats", in folgenden

Sätzen deutlich genug an: „Es mußte vermieden werden, daß Marokko zwischen uns und unserem südwestlichen Nachbarn eine Entfremdung hervorrief, wie sie Tunis zwischen Frankreich und Italien hervorgerufen hatte. Nachdem man durch die neue französisch-italienische Annäherung dem Dreibunde seinen früheren beunruhigenden Charakter genommen hatte, wäre es ganz unvorsichtig gewesen, das wiedergewonnene Terrain von neuem aufs Spiel zu setzen, indem wir uns an einer anderen Grenze einen Feind schufen. Eine doppelte Gefahr wäre dann für uns zu fürchten gewesen, daß sich Spanien Deutschland zuwandte, und daß es ihm eines seiner jetzigen Presidios in der Nähe Algeriens, z. B. als Kohlenstation, abließ." Tatsächlich hatte sich Spanien in dem Geheimabkommen verpflichten müssen, unter keinen Umständen die Hilfe einer fremden Macht in Anspruch zu nehmen. Noch genauer hieß es in dem gleichfalls erst 1911 öffentlich bekannt gewordenen Geheimabkommen zu dem französisch-englischen Vertrage vom 8. April 1904, daß Spanien, der Teilungspartner Frankreichs, sich verpflichten müsse, keines der seinem Einfluß unterstellten marokkanischen Gebiete weder ganz noch teilweise in andere Hände übergehen zu lassen.

Wo blieben bei solchen Vorbereitungen zur Aufteilung Marokkos die international geregelte Selbständigkeit der Sultansherrschaft, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die offenen Türen an der Küste? Der Zeitpunkt rückte näher, wo sich die deutsche Regierung entscheiden mußte, entweder die Verschleierungen und Widersprüche zwischen Schein und Wesen hinzunehmen oder aus der vom Kanzler angekündigten Politik der Ruhe und Reserve herauszutreten. Klein beigegeben oder Auftrumpfen war die Frage.

Wäre die Entscheidung nur nach dem Maße unserer tatsächlich vorhandenen wirtschaftlichen Interessen getroffen worden, so hätten die Dinge weiter so laufen können, wie bisher. Diese Interessen waren äußerst geringfügig. An dem Handel über die marokkanischen Häfen war Deutschland nur mit wenigen Millionen Mark beteiligt. Eine neue Tatsache für ein Vorgehen im wirtschaftlichen Interesse lag nicht vor, denn in dem spanisch-französischen Vertrag war ebenso wie in dem englischen das Fortbestehen des han-

delspolitischen Status quo auf weitere dreißig Jahre vorgesehen. Unter Berufung auf diese Klausel hatte Prof. Th. Schiemann noch am 29. Juni 1904 in der „Kreuzzeitung" geschrieben: „Es kann uns nur recht sein, wenn die französische Politik fortan genötigt sein wird, ihr Hauptaugenmerk der pénétration pacifique, wie euphemistisch gesagt wird, eines Staates zuzuwenden, der in ein Stadium innerer und äußerer Krisen getreten ist, die nicht ohne die allergrößten Anstrengungen zu überwinden sein werden. Unsere politische Phantasie reicht nicht so weit, daß sie das Frankreich von 1934 zu schauen vermöchte." Ebenso ergab sich auch für den anderen Fall, nämlich, daß wir aus Prestigegründen als übergangene Signatarmacht der Madrider Konvention einschreiten wollten, der Einwand, warum wir dann solange stillgeschwiegen hätten.

Während sich die deutsche Politik noch bis tief in den Winter hinein abwartend verhielt, ging Delcassé alsbald nach dem Abschluß der Verhandlungen mit Spanien daran, den Sultan für den größten Teil seines Reiches unter französische Überwachung zu stellen. Um Neujahr 1905 wurde der Vertreter Frankreichs in Tanger, Saint-René Taillandier, in besonderer Mission nach Fes entsandt, um dem Sultan ein Militärprogramm und eine Reihe scharfer Forderungen über Anleihedienst, Zollkontrolle, Vergebung öffentlicher Arbeiten usw. vorzulegen. Bei Ausführung des Auftrages sollte sich der Gesandte darauf berufen haben, daß Frankreich von den europäischen Mächten ein Mandat zur Ordnung der militärischen und zivilen Verwaltung in Marokko erhalten hätte. Der Sultan bestätigte diese Angabe gegenüber dem kaiserlichen Konsul Vassel in Fes, der Gesandte bestritt sie, in Deutschland glaubte man dem Sultan, in Frankreich natürlich dem Gesandten. Jedenfalls war Delcassé in dem Glauben befangen, daß er keinen deutschen Einspruch mehr zu gewärtigen hätte und daß Frankreich nach den Verträgen mit England und Spanien die politische Protektorrolle ohne Rücksicht auf die durch die Madrider Konvention von 1880 geschützten wirtschaftlichen Interessen der Fremden durchführen könnte. Die ihm ergebenen Organe, wie „Journal des Débats", sprachen es offen aus, daß Marokko das Gegenstück zu Tunis werden sollte. Das bedeutete praktisch den Ausschluß aller nicht-

französischen Bewerber bei Vergebung von Regierungsaufträgen und wirtschaftlichen Konzessionen und überhaupt ihre Verdrängung aus dem marokkanischen Geschäftsleben.

Nunmehr setzte die deutsche Gegenaktion ein. Für unser Hervortreten wurde die eindrucksvollste Form gewählt, sie erinnerte an die Positur des alten Roland: die Beine breit, das Schwert dazwischen und die Hände auf dem Knauf. Auf den Rat des Kanzlers, der selbst von Herrn v. Holstein beraten war, ließ sich der Kaiser bestimmen, auf seiner mit dem Besuche des Königs von Portugal in Lissabon begonnenen Mittelmeerfahrt Tanger anzulaufen. Noch auf der Reede von Tanger bei hochgehender See soll der Kaiser gezögert haben, an Land zu gehen, bis der Sekretär der Gesandtschaft v. Kühlmann mit Depeschen aus Berlin an Bord kam und von den Vorbereitungen zum Empfang an Land berichtete. Der zweistündige Aufenthalt verlief würdig. Deutsche, Mauren und Spanier waren begeistert, auch die englische Kolonie hatte einen Triumphbogen errichtet, das französische Element verhielt sich höflich und korrekt. Auf die Ansprache des Onkels des Sultans, Mulay Abdelmalek, erwiderte der Kaiser: der Besuch gelte dem Sultan als einem unabhängigen Herrscher, er hoffe, ein freies Marokko werde, ohne Monopole und Annexionen, dem friedlichen Wettbewerb aller Nationen offen bleiben, er werde alles tun, was in seiner Macht stehe, um wirksam die deutschen Interessen in Marokko zu schützen.

Am selben Tage (31. März) hielt Delcassé, ohne die Kaiserfahrt zu berühren, in der Kammer eine Beschwichtigungs- und Rechtfertigungsrede, in der er anerkannte, daß fremde Nationen Ansprüche auf Sicherung ihrer Handelsinteressen in Marokko erheben könnten. Es bestand bereits eine Opposition gegen ihn, die ihm vorwarf, ohne Not die berechtigte Eigenliebe Deutschlands gefährlich verletzt zu haben. Die Sozialisten unter Jaurès verlangten größere Klarheit und drängten Delcassé zu einer zweiten Rede, in der er versicherte, daß Frankreich dem Sultan von Marokko nur Vorschläge machen, sonst niemand schaden und in Erörterungen über etwaige Mißverständnisse mit dritten Mächten eintreten wollte. Die Kaiserrede in Tanger hatte aber schon die deutsche Politik auf den internationalen Charakter der Marokkofrage fest

gelegt, und Holstein sorgte mit seinem ganzen Einfluß dafür, daß von dem Rechtsstandpunkt, nach dem alle Beteiligten der Madrider Konvention, am besten auf einer vom Sultan vorzuschlagenden Konferenz, mitzusprechen hätten, nicht abgewichen würde.

Der deutsche Anspruch, als Vertragsmacht der Madrider Konvention bei der von Frankreich geplanten „Tunifikation Marokkos" befragt zu werden, war völkerrechtlich einwandfrei. Stillschweigend die deutschen Interessen in Marokko preiszugeben, ging nicht wohl an, weil dann, wie der Kanzler in einem Erlaß an den Botschafter in London hervorhob, die zuschauende Welt zu ähnlichen Rücksichtslosigkeiten bei anderen vielleicht größeren Fragen ermuntert worden wäre. Daß aber deshalb eine so herausfordernde Handlung wie das Auftreten des Kaisers in Tanger das einzige und beste Mittel gewesen sei, wird niemand mehr behaupten wollen.

Zum Sturze Delcassés trug nicht wenig das Verhalten der deutschfeindlichen englischen Presse bei. In dem franko-englischen Kolonialvertrage hatte sich die englische Regierung zur diplomatischen Unterstützung Frankreichs in Marokko verpflichtet. Demgemäß schickte sie ihren Gesandten Lawther in besonderer Mission nach Fes, um mit Saint-René Taillandier gegen den deutschen Sondergesandten Grafen Tattenbach die französischen Forderungen beim Makhzen durchzusetzen. Um aber den für England so wertvollen Minister Delcassé zum Ausharren auf seinem Posten zu bestimmen, stellten englische Blätter sogar militärische Hilfe für den Fall eines Krieges mit Deutschland in Aussicht, wodurch die schon durch die Tangerfahrt hervorgerufene Unruhe in Frankreich erst recht gesteigert wurde. Nach dem Abgange Delcassés gestand der Pariser „Temps", daß es bei der englischen Preßtreiberei allen verständigen Franzosen unheimlich geworden sei und daß sich eine große Nation wie Frankreich nicht in einen Krieg einlassen dürfe, „um die Geschäfte einer dritten Macht zu besorgen".

Aus den Enthüllungen, die der von fast allen Seiten in der Kammer angegriffene und darum tief verbitterte Delcassé erst im Juli im „Gaulois" und dann im Oktober im „Matin" gemacht hat, geht das eine klar hervor, daß er in der entscheidenden Ministersitzung vom 6. Juni gegen die von Deutschland gewünschte

Konferenz Stellung genommen hatte und im Vertrauen auf englische Hilfe selbst vor einem kriegerischen Konflikt mit Deutschland nicht zurückschreckte. Unklar und bestritten blieb dagegen, was er über bereits erlangte englische Zusagen (Blockade der Elbemündung und Besetzung Schleswig-Holsteins mit 100 000 Mann) erzählte. Delcassé liebte die Hintertreppen und unterhielt gern Vertrauensleute, die hintenherum auskundschaften und Geschäfte einleiten sollten. Möglich, daß er auf diesem Wege Andeutungen und Versprechungen für den Fall eines deutsch-französischen Zusammenstoßes gemacht und erlangt hatte und daß er sich dann als der starke Mann vorkam, der es wagen durfte, bei seiner von Deutschland angefochtenen und im eigenen Land als gefährlich erkannten stürmischen Marokkopolitik zu bleiben. Wohl hatte im Mai 1905 der ausgediente englische Admiral Fitzgerald noch deutlicher als vorher der Zivillord der Admiralität Lee den Angriffskrieg zur Vernichtung der deutschen Flotte und des deutschen Handels gepredigt, aber es gab sicher keinen halbwegs nüchternen Politiker in England, der sich eingebildet hätte, mit 100 000 Mann Schleswig-Holstein erobern zu können. Vermutlich lag der Mitteilung des „Matin" über die geplante Landung in Schleswig-Holstein ein Mißverständnis oder eine Irreführung zugrunde. Aus den während des Weltkriegs in Brüssel aufgefundenen und dann veröffentlichten belgischen Aktenstücken wissen wir, daß im Januar 1906 der britische Militärattaché Bernardiston dem belgischen Generalstabschef Durcarne erklärte, England habe für den Fall eines deutschen Angriffs auf Belgien die Landung von 100 000 Mann in Calais und Dünkirchen vorgesehen. Das werden dieselben 100 000 Mann gewesen sein, die Delcassé in seiner Enthüllung erwähnte. Die Franzosen hörten es lieber, und die vergiftende Wirkung auf die deutsch-englischen Beziehungen war stärker, wenn als Landungsort nicht die französische Nordküste, sondern die deutsche Nordmark angegeben wurde. Im Juni erklärte Lord Lansdowne dem Botschafter Grafen Metternich, daß eine Allianz mit Frankreich niemals Gegenstand von Erwägungen gewesen sei. Allerdings mußte er dabei die Frage offen lassen, ob nicht die öffentliche Meinung, die in der „theatralischen" Kaiserfahrt eine unfreundliche Handlung auch gegen England erblickte,

die Regierung im Falle eines deutsch-französischen Krieges zu aktivem Beistand Frankreichs drängen würde.

Am selben 6. Juni 1905, an dem Delcassé zurücktrat, erhielt sein Widerpart Graf Bülow die Fürstenwürde. Der Kaiser hatte sie ihm schon nach Annahme der Handelsverträge im Jahre vorher zugedacht. Graf Bülow bat jedoch, davon abzusehen, weil er eine Auszeichnung, die Fürst Bismarck nach größten nationalen Taten erhalten hatte, nicht mit einem Werk, das mit so viel innerem Streit verbunden war, in Zusammenhang gebracht zu sehen wünschte. Jetzt dagegen wurde ihm am Hochzeitstage des Kronprinzen der Fürstenstand als ein Vertrauensbeweis ganz persönlicher Art zuteil.

Im „Neuen Kurs" habe ich schon erzählt, daß die Frage der Behandlung der Marokkofrage in der deutschen Presse zum Abbruch der Beziehungen Holsteins zu mir führte. Im April 1905 wollte er die eben erst begonnenen Auseinandersetzungen mit dem Sultan von Marokko und der schon wankenden Politik Delcassés mit einer Kriegsdrohung gegen Frankreich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" verschärfen. Ich machte Einwände, die darauf beruhten, daß die bisher im Sinne der amtlichen Politik der Ruhe und Reserve beeinflußte öffentliche Meinung in Deutschland durch die überraschende Aussicht auf heroische Mittel und Taten in Verwirrung geraten würde. Die plötzliche Tangerfahrt hatte schon genug Verwunderung erregt. Ein papierner Kriegstumult konnte dem Kanzler erwünscht sein, um die Agitation für eine neue, im Herbst zu erwartende Marinevorlage mit Vermehrung der Schlachtschiffe zu beleben, aber sein praktischer Verstand sagte ihm, daß mit halbamtlichen Säbelrasseln nur Schaden angerichtet werden würde. Der Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" unterblieb, worauf sich Holstein noch in den Akten mit mir herumschlug und den persönlichen Verkehr abbrach.

Für die breite Masse des deutschen Volkes war Marokko Hekuba, und für die nationale Prestigefrage, die sich aus der Delcasséschen Ignorierung deutscher wirtschaftlicher Rechte ergab, hätte sich im Kriegsfall schwerlich die notwendige allgemeine Begeisterung entzünden lassen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei

unterhielt mit den französischen Sozialisten unter Jaurès enge Fühlung und lehnte den Gedanken eines Krieges um Marokko schroff ab. Auf ihre Einladung sollte Jaurès nach Berlin kommen und in einer öffentlichen Versammlung über die Aufgaben des Proletariats zur Erhaltung des Weltfriedens sprechen. Für die auswärtige Politik hätte das Auftreten dieses scharfen Gegners der Delcasséschen Marokkopolitik und aufrichtigen Freundes einer deutsch-französischen Annäherung in Berlin von Nutzen sein können. Der Kanzler schwankte, ob er es zulassen oder verhindern sollte, bis der innere Kampf gegen die Sozialdemokratie den Ausschlag gab. Sozialdemokratische Parteiblätter kündigten an, daß der Besuch Jaurès ein internationales Verbrüderungsfest zur Verurteilung der imperialistischen Politik werden sollte. Ein Organ des wissenschaftlichen Sozialismus, die „Neue Gesellschaft", schrieb sogar: „Die Revolution (in Rußland) hat das russisch-französische Bündnis dynamitiert, jetzt ist es die historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, der französischen Republik zu leisten, was sie bei den russischen Machthabern vergebens zu finden hoffte: Schutz vor Provokationen und übertriebenen Machtansprüchen der imperialistischen deutschen Politik." Solche Äußerungen sowie vorangegangener französischer Einspruch gegen Reisen deutscher Sozialdemokraten nach Paris ließen sich in einem Erlaß des Kanzlers an den Fürsten Radolin leicht zur Verhinderung des Besuchs von Jaurès in Berlin verwerten. Der Erlaß war sehr höflich und für Jaurès schmeichelhaft gehalten, an der Übereinstimmung der deutschen mit den französischen Sozialisten in der marokkanischen Streitfrage selbst konnte er natürlich nichts ändern. Jaurès nahm die Absage hin, ohne sich in seinem Werke der Friedensstiftung und in den Warnungen seiner Landsleute vor „heimtückischer Feindseligkeit" gegen Deutschland irremachen zu lassen.

Nach dem Abgang Delcasséś übernahm der Ministerpräsident Rouvier selbst die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Mit ihm zog ein versöhnlicher Geist am Quai d'Orsay ein. Die Aufrichtigkeit seiner Absicht, die Übereilungen seines Vorgängers wieder gutzumachen, unterlag keinem Zweifel und war nicht bloß in dem Umstand begründet, daß der russische Verbündete „mit Geld, Armee und Marine nach Ostasien deser-

tiert" war. Schon vor dem Abgange Delcassés hatte er dem Fürsten Radolin erklärt, daß er dem Gedanken einer Konferenz widerstrebe und ein französisch-deutsches Sonderabkommen vorziehe. Gleich in der ersten Unterredung mit Radolin nach Übernahme der auswärtigen Geschäfte wiederholte er, daß, wenn man schon auf die Konferenz gehen wolle, doch eine vorherige sachliche Einigung zwischen Deutschland und Frankreich erforderlich, und daß hinwiederum, wenn ein Sonderabkommen getroffen würde, die Konferenz eigentlich überflüssig wäre. Erst nachdem Fürst Bülow in einer Unterredung mit dem französischen Botschafter Bihourd davor gewarnt hatte, noch länger auf einem Wege zu verharren, der an Abgründen und Schlünden hinführe, gab Rouvier nach und nahm die Konferenz an. In dem Protokoll vom 8. Juli 1905 wurde neben der Unabhängigkeit des Sultans, der Unverletzlichkeit seines Reichs, der wirtschaftlichen Freiheit und der Nützlichkeit von Reformen auch das besondere Interesse anerkannt, das Frankreich infolge seiner ausgedehnten Grenznachbarschaft an der Ordnung im scherifischen Reich habe. Damit hatte Rouvier bereits ein wertvolles Zugeständnis in der Tasche. Eine gemeinsame Erklärung setzte dann noch fest, daß nach dem Zusammentritt der Konferenz die Gesandtschaften aus Fez nach Tanger zurückberufen und daß inzwischen dem Sultan gemeinschaftliche Ratschläge für Feststellung des Konferenzprogramms erteilt werden sollten.

Bald jedoch stellte sich eine neue Schwierigkeit ein. Dem Geist der Übereinkunft entsprach es, daß bis auf weiteres der Wettbewerb um marokkanische Konzessionen unterblieb. Inzwischen war aber unter dem Beistande des Grafen Tattenbach in Fes eine deutsche Konzession für den Molenbau in Tanger erlangt und eine deutsche Zehnmillionenanleihe abgeschlossen worden. Hierüber sowie über die Hauptgegenstände der Konferenzberatungen (Einrichtung der Polizei, Unterdrückung des Waffenschmuggels, Gründung einer Staatsbank) wurde im Juli und August eine Reihe von Noten gewechselt, ohne daß eine Einigung zustande kam. Erst nachdem der Kanzler den nach seiner Rückkehr von der abbessinischen Handelsexpedition zum Gesandten in Tanger ernannten Dr. Rosen zu mündlichen Verhandlungen nach Paris geschickt hatte, wurde Anfang Oktober zwischen ihm und dem französischen

Kommissar Révoil ein Übereinkommen sowohl wegen des Molenbaus und der deutschen Anleihe als auch über die Punkte des Konferenzprogramms erzielt und als Ort der internationalen Konferenz die spanische Hafenstadt Algeciras in der Nähe von Gibraltar gewählt. Die Anstrengungen, die schon das langwierige Ersteigen des ersten Berges gekostet hatte, ließen noch größere Schwierigkeiten beim Überwinden des Konferenzmassivs erwarten. Noch während der Rosenschen Verhandlungen in Paris wäre es möglich gewesen, um die Konferenz mit besserem Ertrage, als sie liefern konnte, herumzukommen. Rouvier bot auf vertraulichem Wege an, neben der Marokkofrage noch andere Punkte, wie Kamerunbahn und Bagdadbahn, à nous deux zu regeln. Der Kanzler wollte auf die Bagdadbahn eingehen, der Botschafter Frhr. v. Marschall in Konstantinopel wurde gefragt, aber ehe das Ersuchen um französische Vorschläge in Paris einging, war das Konferenzprogramm schon vereinbart, unterschrieben und veröffentlicht, weshalb Rouvier antwortete, daß nun erst das Ergebnis der Konferenz abgewartet werden müßte.

In Unterredungen mit den französischen Journalisten vom „Temps" und vom „Petit Parisien" sprach sich Fürst Bülow sehr optimistisch aus. Das vorläufige Abkommen bezeichnete er als ein erfreuliches, glückliches Ereignis, das einer Periode der Spannung und des Mißtrauens ein Ende mache und hoffentlich, wenn man in Frankreich erkenne, daß die Politik der Isolierung Deutschlands der Vergangenheit angehöre, zu einer aufrichtigen Annäherung beider Länder führen werde. Auch seinen Anweisungen für die deutsche Presse lag der Gedanke zugrunde, daß wir nun versuchen müßten, mit den beiden Westmächten auf besseren Fuß zu kommen. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, konnte sich nicht erfüllen, teils weil Frankreich schon zu eng mit England verbunden, teils weil in der fortgesetzten rauhen Methode des deutschen Vorgehens ein schwerer psychologischer Fehler enthalten war. Nachdem die Franzosen selbst den offenen Isolierungs- und heimlichen Revanchepolitiker Delcassé preisgegeben hatten, wurde das starre Festhalten am Konferenztribunal und die Ablehnung des versöhnlichen Rouvierschen Angebots eines Vergleichs als Demütigung empfunden. Die Kriegsfurcht vom April verwandelte sich all-

mählich während der langen diplomatischen Verhandlungen im Sommer in Gefühle des Zorns und der Rache. Unsichtbar begann sich ein Wandel in dem geistigen Zustand des französischen Volkes zu vollziehen. Die junge, nach 1870 geborene Generation kehrte sich von dem Pazifismus der Alten und den deutschfreundlichen Bestrebungen der sogenannten Humanitaristen der vorangegangenen Periode ab. An Stelle der Verehrer deutscher Geistesart, Renan, dem es beim Studium unseres geistigen Lebens im vorigen Jahrhundert war, als wäre er in einen Tempel eingetreten, ferner Taine, Monod u. a., traten die Léon Daudet und Barrès und feuerten den kriegerischen Sinn und den Stolz der Franzosen auf ihre vermeintliche kulturelle Überlegenheit gegenüber den deutschen „Barbaren" von neuem an *).

Außerordentlich förderlich für den neuen Geist in Frankreich erwies sich die von Holstein aufgebrachte Geiseltheorie. Sie erschien zuerst in einem Artikel der „Kreuzzeitung" von Th. Schiemann in folgender Form: Man sei sich in Deutschland einig darüber, daß, wenn wir in Konflikt mit England gerieten, dies in seinem Ursprung Frankreich zu verdanken wäre, weshalb Deutschland einen solchen Krieg nicht anders als in Frankreich führen würde. Die Pariser Presse griff die Drohung der „Kreuzzeitung", die sich mit der Geiseltheorie Holsteins deckte, auf und verdammte aufs heftigste den „Schiemanismus" der deutschen Politik. In der Tat konnte es für die Franzosen kaum etwas Aufreizenderes geben. Die Wirkung war entgegengesetzt den Bemühungen Bülows, ein besseres gegenseitiges Verstehen beider Völker herbeizuführen. Jules Huret, ein wohlwollender Berichterstatter über deutsche Zustände und Einrichtungen, mit dem Bülow auf Spaziergängen am Strand von Norderney gern Gespräche gepflogen hatte, erhielt aus seinem Leserkreise den Rat, seine Berichte einzustellen. Der Franzose geht nach den großen Sentiments. Ist das herrschende Gefühl Mißtrauen oder gar Abscheu gegen ein anderes Land, so muß sich der Zeitungsmann scheuen, selbst geringfügige objektive Wahrheiten über dieses Land zu verbreiten, die mit dem allgemeinen

*) Belege hierfür s. bei Eduard Wechßler, „Die Franzosen und wir, der Wandel in der Schätzung deutscher Eigenart 1891—1914", Jena 1915.

Gefühl nicht übereinstimmen. Selbst Jaurès konnte sich der tiefen Erregung über die Geiseltheorie nicht entziehen. Sein Kampf gegen die Revanche ließ nach, und noch 1909 hielt er über die Drohung, daß Frankreich in einem deutsch-englischen Kriege der erste Leidtragende sein würde, eine entrüstete Rede. So waren schon auf dem Wege nach Algeciras die großen Sentiments in Frankreich gegen Deutschland, und es begann jener innere Prozeß, der in den sogar von verständnisvollen Dichtern wie Romain Rolland geteilten Glauben an den gewalttätigen Hochmut des deutschen Imperialismus auslief.

Und doch machte der oberste Vertreter dieses Imperialismus gerade in dieser Zeit noch einen höchsteigenen Versuch, auf dem Umwege über den Zaren Frankreich versöhnlich auf die deutsche Seite zu ziehen. Über den sogenannten Björkövertrag hat man erst Anfang September 1917 aus dem „Newyork-Herald" einiges erfahren. Zwei russische Agenten, Burzew und Schegolow, die von der Provisorischen Regierung mit der Durchsuchung des Archivs des abgesetzten Zaren beauftragt waren, veröffentlichten in dem Newyorker Blatte einen Depeschenwechsel des Zaren mit dem Deutschen Kaiser aus den Jahren 1904 und 1905. Am 23. und 24. Juli 1905 hatten beide Monarchen bei der Insel Björkö im Finnischen Meerbusen eine Zusammenkunft auf der „Hohenzollern" und dem „Polarstern". In einem Telegramm des Kaisers vom 29. September 1905 heißt es: „Ein Vertrag wie derjenige, über den wir uns zu Björkö einigten, verstößt nicht gegen den französisch-russischen Bund, natürlich soweit sich dieser nicht gegen mein eigenes Land richtet." Es folgen dann Bemerkungen darüber, daß Rußland von seinem französischen Bundesgenossen während des japanischen Krieges im Stich gelassen, wogegen der Zar von Deutschland, soweit es die Neutralität erlaubte, unterstützt worden sei. Daran schließen sich der Rat, die Verantwortlichkeit beim Friedensschluß mit der Duma zu teilen, und eine Berufung auf die Indiskretion des gestürzten Delcassé, wonach der Verbündete Rußlands ein Abkommen mit England getroffen habe, um Deutschland zu überfallen. Der Schluß der Depesche lautet: „Ich bin vollkommen mit Dir einig, daß es Zeit, Arbeit und Geduld kosten wird, Frankreich auf unsere Seite

zu bringen, aber sein verständiges Volk wird sich wohl Geltung verschaffen. Unsere Marokkoangelegenheit ist zu unserer vollkommenen Befriedigung geordnet. Dieser Vertrag ist eine gute Basis, um darauf weiterzubauen."

Über den Inhalt des Björkövertrags teilte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 13. September 1917 folgendes mit: „Die beiden Kaiser sicherten einander zu, daß sie alles in ihrem Machtbereich Liegende tun würden, um die Übereinstimmung der beiderseitigen Volksinteressen im Falle drohender Kriegsgefahr auch durch die Tat zu bekunden, indem sie fremde Friedensstörer gemeinsam zur Ruhe verwiesen und, wenn dies erfolglos bleiben sollte, einander nötigenfalls auch mit den Waffen Beistand gewährten. Sie kamen ferner überein, daß versucht werden sollte, auch Frankreich zum Anschluß an diese die Wohlfahrt Europas besser als jede Kriegsrüstung sichernde Politik des Zusammengehens in der Abwehr aller friedensfeindlichen Machenschaften zu bewegen." Der Text kam also nicht über Allgemeinheiten hinaus und entbehrte jedes bestimmten Anhalts für den praktischen Fall eines Vorgehens gegen Friedensstörer. Die geplante festländische Koalition hatte keinen festen Boden und schwebte, jedem Winde preisgegeben, frei in der Luft.

Damit ist jedoch die Geschichte des Björkövertrags nicht erschöpft. War er ein persönlicher Akt oder ein Staatsvertrag? Ist er überhaupt in Wirksamkeit getreten? Als Vertreter des Auswärtigen Amts befand sich der Gesandte v. Tschirschky im kaiserlichen Gefolge. Fürst Bülow war zur Sommerfrische in Norderney. Mit dem Kaiser war er einig darin, daß bei der Begegnung des Kaisers mit dem Zaren im Finnischen Meerbusen der Versuch eines engeren deutsch-russischen Zusammenschlusses gemacht werden sollte. Das Ergebnis der Aussprache mit dem Zaren wurde vom Kaiser schriftlich in mehreren Paragraphen aufgesetzt und von ihm, dem Zaren, dem Gesandten v. Tschirschky und einem anwesenden russischen Admiral unterschrieben. Das war der sog. Björkövertrag. Fürst Bülow, von dem Texte in Kenntnis gesetzt, billigte zwar den Geist der Abreden, war aber mit einzelnen Punkten nicht einverstanden. Namentlich schien ihm bedenklich, daß der Beistand, den sich beide Teile bei kriegerischen Verwicklungen

gewähren sollten, auf Europa beschränkt war, wo im Falle eines russisch-englischen Konflikts wir viel mehr für Rußland hätten leisten müssen, als Rußland im Falle eines deutsch-englischen Konflikts für uns hätte leisten können. Auch hegte er starke Zweifel an einem günstigen Erfolge der Einladung Frankreichs zum Beitritt. Deshalb lehnte er die Verantwortung für die amtliche Behandlung des Schriftstückes ab und bot seinen Rücktritt an. Der Kaiser, der ganz im Sinne des Kanzlers gehandelt zu haben glaubte, war durch die Gegenvorstellungen sehr enttäuscht und wollte von Rücktritt nichts hören. Ähnlich, wie dem Kaiser mit dem Kanzler, erging es dem Zaren mit seinen amtlichen Leitern der auswärtigen Politik in Petersburg. Sie empfahlen eine nachträgliche Erklärung, daß im Falle eines deutsch-französischen Konflikts die Beistandspflicht Rußlands nicht gelten sollte, was sich zwar aus dem russisch-französischen Bündnis erklärte, aber ganz der Absicht widersprach, mit Hilfe Rußlands den französischen Chauvinismus („la queue de Delcassé") niederzuhalten und eine friedliche französisch-deutsche Nachbarschaft zu verbürgen. Die amtlichen Verhandlungen blieben darauf stecken, und dem Erzeugnis einer seltsam unwirklichen Phantasiewelt, in der man glaubt, mit höfischen Geheimtraktaten die Geschicke der Völker lenken zu können, war nur ein Dasein in einem verschwiegenen Archivfach beschieden.

Der Grundfehler in der Berechnung des kaiserlichen Planes lag, abgesehen von dem tatsächlichen Irrtum, daß die Marokkohändel mit Frankreich schon zur Zufriedenheit geregelt seien, in der Unterschätzung der persönlichen Schwäche des russischen Selbstherrschers und der Nichtbeachtung der lebendigen Kräfte der Völker. Darum war aber die Absicht, wenn möglich, einen neuen Bund mit Rußland zu schließen und damit eine russisch-englische Annäherung zu verhindern, doch keineswegs ungerechtfertigt. Nicht nur, daß sich die englische Preßkampagne gegen Deutschland während des Sommers 1905 noch verschärft und die „Army and Navy Gazette" ganz im Sinne der Reden von Lee und Fitzgerald verlangt hatte, Deutschland den Weiterbau der Flotte zu verbieten oder, wenn es sich nicht gutwillig fügte, diese zu vernichten. Auch von dem offiziellen England gingen Handlungen aus, die, wie die

Verstärkung der Heimatflotte, der Beginn des Dreadnoughtbaus und die Entsendung eines starken Geschwaders nach der Ostsee, wo seit dem Krimkriege kein englisches erschienen war, den Eindruck aggressiver Vorbereitungen gegen Deutschland machen mußten. Namentlich in Frankreich.

Schließlich hatte England dem geschlagenen Rußland mehr zu bieten als wir, zumal nachdem bei der Verlängerung seines Bündnisses mit Japan auf weitere zehn Jahre (2. August 1905) für einen verstärkten Schutz der indischen Grenzen gesorgt war. Wir hatten während des japanischen Krieges unsere wohlwollende Neutralität ohne Gegengabe vorausgeleistet, und kein Nüchterner durfte auf russischen Dank rechnen. Zur Zeit der obenerwähnten Kaiserdepesche an den Zaren liefen bereits Gerüchte um, daß die Londoner Hochfinanz den Gedanken, eine russische Anleihe in England aufzulegen, nicht mehr von der Hand weise, und es fehlte auch sonst nicht an Anzeichen dafür, daß Lord Lansdowne schon mit einem Entwurfe für ein Abkommen mit Rußland über Mittelasien beschäftigt war, das wirklich auch nach zwei Jahren in Gestalt der Teilung Persiens in Interessensphären zustande kam *).

Unter solchen widrigen Umständen, zum Teil Folgen der Versäumnisse von 1901, sah sich die deutsche Politik zu einer Verstärkung der Seerüstung gedrängt. Ob diese in der richtigen Weise — die Novelle zum Flottengesetz verlangte sechs große Panzerkreuzer — und mit der notwendigen inoffensiven Ruhe und Kaltblütigkeit vorgenommen wurde, ist heute keine streitige Frage mehr. Schon in der Bülow-Zeit tauchten neben politischen auch marinetechnische Zweifel auf. Ich entsinne mich eines Briefes des Fürsten Bülow aus Norderney, in dem er auf die Schrift des

*) Über die sich anbahnende englisch-russische Entente berichtete der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, am 14. Oktober 1905 nach Brüssel: „England desinteressiert sich jetzt vollkommen an dem Schicksal der Türkei, deren Erhaltung so lange der Grundsatz seiner Politik war. Es könnte Rußland in Kleinasien freie Hand lassen. In seinen Augen würde eine solche Kombination außerdem den Vorzug haben, die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu trüben, und Deutschlands Isolierung ist jetzt das Hauptziel der englischen Politik." (Belgische Aktenstücke 1905—1914, Berlin.)

Vizeadmirals Galster: „Welche Seerüstung braucht Deutschland?“ und auf einen Abwehrartikel Galsters im „Roten Tag“ verwies. Als Laie auf diesem Gebiet hatte der Kanzler natürlich kein eigenes Urteil, aber jene Darlegungen hatten doch Eindruck auf ihn gemacht und den Wunsch hervorgerufen, daß sie erörtert und nicht einfach totgeschwiegen würden. In dem Briefe war ungefähr gesagt: Wenn wir bei unseren Flottenrüstungen den Nachdruck mehr auf die Defensive (Unterseeboote, Minen, Küstenbefestigungen) legen würden, fiele der Hauptgrund der Spannung mit England weg und vielleicht wäre es auch für unsere eigene militärische Sicherheit besser. Politisch hatte der Kanzler gewiß recht, es wurde nur nicht danach gehandelt. Welcher von den Sachverständigen die bessere Voraussicht gehabt hat, Tirpitz oder Galster, hat der Weltkrieg entschieden. —

Die Eröffnung der Konferenz in Algeciras war auf den 16. Januar 1906 angesetzt. In einer Kammerrede vom 10. Dezember 1905 schlug der Ministerpräsident Rouvier einen ziemlich festen Ton an. Der Sommer des Mißvergnügens war einem Winter gesteigerten Kraftgefühls gewichen. Rouvier hob stark hervor, daß Deutschland bereits in dem Protokoll vom 8. Juli die ausschließliche Zuständigkeit Frankreichs für die Ordnung in den marokkanischen Gebieten an der langgestreckten algerischen Grenze anerkannt habe. Als das Ergebnis der französisch-deutschen Unterhandlungen bezeichnete er, daß die französischen Rechte, wenn nicht alle anerkannt, so doch alle vorbehalten seien. Mehr als das bestimmte aber den Ton der Rede die unausgesprochene Gewißheit, daß Frankreich in sich viel einiger und viel besser diplomatisch gerüstet auf die Konferenz ging als Deutschland. Den Widerhall der Rede in Frankreich faßte ein Pariser Blatt in dem kurzen Satze zusammen: „Wir sind bereit! Vor einem halben Jahre waren wir es nicht, jetzt sind wirs!“ Die Wirkung der Rede wurde noch durch ein Gelbbuch verstärkt, das in 368 Aktenstücken den Verlauf der Marokkopolitik seit 1901 darstellte und eine gewisse Rechtfertigung des Widerstandes Delcassés gegen den von Deutschland aufgezwungenen Gang zur Konferenz enthielt. Ihm war im Frühjahr 1905 hauptsächlich vorgeworfen worden, daß er es versäumt habe, den Vertrag mit England vom 8. April 1904

der deutschen Regierung amtlich zur Kenntnis zu bringen. Nach dem Gelbbuch hatte er aber schon am 23. März 1904, also vierzehn Tage vor dem Vertragsabschluß, alle wesentlichen Punkte des Abkommens in einer vertraulichen Unterredung dem deutschen Botschafter, Fürsten Radolin, mitgeteilt, außerdem noch einen Bericht über die Unterredung an den Botschafter Bihourd nach Berlin zur Verwertung im Auswärtigen Amt geschickt. Von der deutschen Regierung waren die mündlichen Mitteilungen geflissentlich ignoriert worden, weil für Eröffnungen von solcher Wichtigkeit die, wie es in einem Erlaß an Radolin hieß, „durch den diplomatischen Brauch konsekrierte" amtliche, schriftliche Form nötig gewesen wäre. Nach den Aufschlüssen des Gelbbuches empfand man in Frankreich diese strenge Unterscheidung als rabulistische Härte, zumal da doch der fertige Vertrag sofort veröffentlicht worden war, oder billigte allgemein dem gestürzten Minister wenigstens mildernde Umstände zu.

Die Londoner Regierung war nach der Tangerfahrt und nach dem Sturze Delcassés beflissen, ihre Vertragspflicht zum Beistand aller marokkanischen Ansprüche Frankreichs mit redlichem Eifer zu erfüllen, ebenso waren Spanien die Hände durch einen Vertrag gebunden, Italien war vertraglich zwar nicht zu aktivem Beistand, aber doch zum Verzicht auf jeden Widerstand gegen die französischen Pläne in Marokko verpflichtet, Rußland sah sich durch seinen Bündnisvertrag und mehr noch durch das dringende Bedürfnis einer neuen Anleihe in Paris veranlaßt, jede Verstimmung Frankreichs zu vermeiden. Während Frankreich auf die Gunst von vier Großmächten rechnen konnte und für die fünfte, die Vereinigten Staaten, Marokko gleichgültig war, mußte sich Deutschland, abgesehen von seinem österreichisch-ungarischen Sekundanten, ganz auf seinen internationalen Rechtsstandpunkt verlassen, und es war kaum zweifelhaft, daß die kleineren Nationen ihre Haltung mehr nach politischen als nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten einrichten würden.

Auch in der publizistischen Vertretung unserer Interessen standen wir weit hinter Frankreich zurück. Von unseren Delegierten war keiner für den Verkehr mit der Presse besonders geeignet. Der schon bejahrte Botschafter v. Radowitz war

ein Diplomat der alten Schule, die sich in der Kürze und Klarheit seiner Depeschen offenbarte. Der Gesandte Graf Tattenbach hatte sich wegen seines Auftretens in Fes bei allen Franzosen unverdient mißliebig gemacht, von dem Geh. Leg.-Rat Klehmet aus dem Auswärtigen Amt konnten nur sachlich tüchtige Arbeiten im inneren Dienst erwartet werden. Die Verhandlungen auf der Konferenz nahmen bis zum März einen schleppenden Verlauf. Wahrscheinlich hätte sich schneller ein Ausgleich erzielen lassen, wenn die Delegierten mehr unter sich geblieben wären. Aber sie waren auf kleinem Raum umlagert von einer Schar von Neuigkeitshunger geplagter, mehr und mehr gelangweilter Berichterstatter, die von dem oder jenem Diplomaten ein Wort zu erhaschen suchten, in den Mienen lasen und um jede Omelette ein großes Geräusch machten. Tag für Tag gingen, auch wenn gar nichts zu melden war, lange Depeschen in die Welt voll nichtiger Eindrücke oder trüber Prophezeiungen oder Klagen über die Leere des abgelaufenen Tages. In der Masse der Stimmungsberichte aus Algeciras wurde der böse Wille Deutschlands für alles Widrige verantwortlich gemacht. Die öffentliche Meinung in Frankreich rannte sich immer mehr in Mißtrauen gegen die deutsche Politik fest. Jaurès schrieb Ende Februar 1906: „Le comité marocain a mis la main et sur notre presse et sur notre diplomatie.“ Es schien Wahrheit geworden zu sein, was der vorahnende Genius Maupassants lange vor Beginn der „Pénétration pacifique du Maroc“ in dem Roman „Bel ami“ von dem preßgewaltigen Spekulanten in Marokkoaktien Walter und und seinem skrupellosen Redakteur Georges Duroy geschildert hatte. Im tiefsten Grunde beruhte ja auch der Marokkostreit ökonomisch auf dem Gegensatze zwischen dem französischen Kapitalreichtum, der vorteilhafte Anlagen in tunisizierten Gebieten suchte, und dem deutschen Warenüberschuß, der sich zukunftsreiche Länder nicht verschlossen zu sehen wünschte.

Auf den Gang der Beratungen von Algeciras ausführlich einzugehen, hat heute keinen Wert mehr. In den kritischsten Tagen der Konferenz machte der Präsident der Vereinigten Staaten Roosevelt die Bemerkung: „Wenn Parteien auf einen alten Streit zurückblicken, werden sie in der Regel gewahr, daß

sie Streitpunkten eine übertriebene Bedeutung beigelegt hatten, die in Wirklichkeit unwichtig waren." Die größten Schwierigkeiten bereitete die Frage, mit welchen internationalen Garantien die Einrichtung der Polizei in den Küstenplätzen versehen werden sollte. Vertrauliche Fühlungen hatten ergeben, daß sich die deutschen und die französischen Delegierten in ihren Forderungen wenig genähert hatten und eine Begegnung noch in weitem Felde stand. Beide Delegationen glichen einem verzankten Paar, das sich ungefähr in der Mitte zwischen Berlin und Paris treffen soll, aber unterwegs auf jeder größeren Station liegen bleibt. Auf französischer Seite fing man vorsichtig mit der Idee eines Generalmandats an Frankreich auch für die atlantische Küste an, die mit mündlichen Zusicherungen Rouviers bei den Verhandlungen über das Konferenzprogramm im Widerspruch stand und deshalb keine feste Gestalt annahm. Die zweite Station war ein Doppelmandat an Frankreich und Spanien. Auf deutscher Seite begann die Reise mit der Forderung, daß sich der Sultan Polizeiinstruktoren für die Hafenorte frei wählen sollte. Sodann blieb man auf dem Grundsatz stehen, daß dritte, nicht durch besondere Verträge gebundene Mächte an der Polizeiorganisation beteiligt sein müßten. Auch in der Bankfrage stand noch eine Einigung aus. Wieviel besser wäre es gewesen, wenn vor der Einberufung der Konferenz, wie es Rouvier wünschte, eine materielle Einigung über die Hauptfragen zwischen Berlin und Paris hergestellt worden wäre!

So war die Lage Anfang März. Sollten wir die Konferenz scheitern lassen? Holstein war zeitweilig für den Abbruch, in der Erwartung, daß dann nach einem längeren Schwebezustand Frankreich zu größeren Zugeständnissen bereit sein würde. Oder dachte er an Krieg? Trotz der offenbaren Unmöglichkeit, dafür eine sichere Einheitsfront im Innern zu erlangen? Seit Monaten wußte niemand im Auswärtigen Amt, worauf er eigentlich hinauswollte. Bei dem Kaiserbesuch in Kopenhagen im Hochsommer 1905 hatte er alles in Bewegung gesetzt, um ein politisches Gespräch des dort anwesenden ehemaligen Botschafters in Berlin, Baron de Courcel, mit dem Kaiser zu verhindern, weil er in Courcel einen bösen Feind sah. Später, als Courcel im Winter nach Berlin kam und Holstein einen Besuch machte, war jener der gegebene Mann, um

die Marokkosache in Ordnung zu bringen. In London, Washington, auch Paris unternommene Schritte, um die Lage in Algeciras zu erleichtern, waren fehlgeschlagen. Rouvier konnte erwidern: Ihr habt nicht mit uns verhandeln wollen und uns nach Algeciras genötigt, nun bringt auch dort, nicht in Paris, eure Wünsche an. Ein schon im Februar von dem österreichisch-ungarischen Delegierten Grafen Welsersheimb entworfener und von Herrn v. Radowitz befürworteter Vermittelungsvorschlag in der Polizeifrage war von Holstein so bepackt worden, daß der italienische Delegierte Visconti Venosta seine Unterstützung zurücknahm.

Die Entente cordiale hatte sich während der Konferenz außerordentlich gefestigt. England blieb stramm an Frankreichs Seite *). Rußland stand trotz Björkö Frankreich, wo es konnte, bei, die Instruktionen des russischen Bevollmächtigten stimmten ganz mit denen seines englischen Kollegen überein. Auf dem Boden von Algeciras vollzog sich der erste sichtbare Schritt zum Anschluß Rußlands an England **). Italien konnte uns beim besten Willen nicht viel helfen. Für die Amerikaner waren die Gegenstände des Streits mehr oder weniger non valeurs und die französischen Sympathien mindestens ebensoviel wert wie die deutschen. Wir dagegen waren so gut wie isoliert und wären es geblieben, wenn der Kanzler Fürst Bülow nicht eingegriffen hätte. Auch auf die Stimmung in Deutschland wirkte die Aussicht auf

*) E. van Grootven, belgischer Geschäftsträger in London, berichtete am 14. Januar 1906 nach Brüssel: „In der letzten Zeit sagte Sir Edward Grey (Minister des Äußeren im neuen liberalen Kabinett) zu wiederholten Malen den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum Äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges und auf alle Gefahr hin." Belgische Aktenstücke S. 18.

**) Vgl. Fürst Trubetzkoi a. a. O. S. 93: „Das freundschaftlich übereinstimmende Vorgehen der Vertreter beider Mächte ließ den Wunsch des Londoner und des Petersburger Kabinetts erkennen, sich ausschließlich vom Bewußtsein der veränderten Bedingungen und gegenseitigen Interessen leiten zu lassen und die früheren Unstimmigkeiten ganz vergessen zu machen."

ein ergebnisloses Auseinandergehen der mit so starken Mitteln durchgesetzten Konferenz niederdrückend. Es kam darauf an, aus der Sackgasse in Algeciras mit Anstand herauszukommen.

Deshalb entschloß sich Fürst Bülow Anfang März, die Bearbeitung der Konferenzangelegenheiten selbst zu übernehmen. Um der Politik die Winkelzüge und des fruchtlosen Aufkäscherns ein Ende zu machen, mußten alle Eingänge dem Kanzler vorgelegt werden, alle Erlasse durch seine Hand gehen. Nachdem der Kanzler den alten Welsersheimbschen Vorschlag ohne Zutaten wieder aufgenommen hatte, ging es weiter in beschleunigter Fahrt dem Ziele zu: Ni vainqueurs ni vaincus. Das Kernstück in dem Antrage war die Überwachung der französisch-spanischen Polizeiinstruktoren durch einen neutralen Generalinspektor, der auch als besonderes Tätigkeitsfeld die Organisation der Polizei im Hafen von Casablanca erhalten sollte. Allseitig wurde der Vorschlag als geeignete Basis für eine Verständigung angesehen, besonders der amerikanische Delegierte White und Visconti Venosta arbeiteten für den Ausgleich. Nur infolge einer Kabinettskrisis in Paris — das Ministerium Rouvier fiel am 7. März im Streite um das Kircheninventar, Bourgeois übernahm die Nachfolge im auswärtigen Ministerium — trat noch ein kurzer Rückschlag ein. Schon am 17. März war durch Verzicht auf die neutrale Polizei in Casablanca als neutrale Station auf deutscher Seite und durch neue Bestimmungen über den Generalinspektor sowie durch Zugeständnisse in der Bankfrage auf französischer Seite eine befriedigende Lösung gefunden.

Fürst Bülow hat als Kanzler niemals schwerere Arbeitswochen durchzumachen gehabt als in der Zeit bis zum Schluß der Algeciraskonferenz und vor Beginn der Reichstagsdebatte über Marokko. Wiederholt gab es noch in später Nacht Konferenzen. Ich erinnere mich, daß ich an einem bestimmten Tage nicht weniger als elf Zusendungen, Kartenbriefe, ausführlichere Niederschriften, Zeitungsausschnitte mit Randvermerken, durch Boten empfing, die letzte nach Mitternacht. All diese Mühsal endigte in Holstein-Krisis und Kanzlerohnmacht.

Acht Tage vor der Reichstagsdebatte machte Herr v. Holstein ein Briefbombardement auf den Kanzler mit gleichzeitiger Ein-

reichung eines Entlassungsgesuches. Zum Anlaß für sein Rücktrittsverlangen nahm er die Tatsache, daß der Kanzler wiederholt den Unterstaatssekretär v. Mühlberg und mich in Angelegenheiten des Marokkoreferats zu Rate gezogen hatte. Mit dem kühlkorrekten Staatssekretär v. Tschirschky war er ebenso wenig ausgekommen als mit dem im Januar einem Schlaganfall erlegenen Frhr. v. Richthofen, wie diesen, so hätte er auch dessen Nachfolger am liebsten auf die 2. und 3. Abteilung des Auswärtigen Amtes depossediert gesehen. Diesmal aber, nach den letzten Proben von unterirdischer persönlicher Politik und Greiseneigensinn Holsteins, war der Kanzler von vornherein bereit, sich von dem alten Freunde und Mitabeiter amtlich zu trennen.

Nach einer Dauer von $2^1/_2$ Monaten wurden die Beratungen in Algeciras mit einer Generalakte am 3. April 1906 zu Ende gebracht. Der förmliche Schluß der Konferenz stand für den 7. April bevor. Fürst Bülow wollte die erste Gelegenheit im Reichstag ergreifen, um über die Marokkopolitik zu sprechen. Sie ergab sich schon bei der Beratung des Etats des Reichskanzlers am 5. April. Die Vorbereitungen waren so getroffen, daß der Fürst gleich bei Beginn der Sitzung nach einem von mir angefertigten Entwurfe über Ausgangspunkt, Verlauf und Ergebnis der Konferenz sprechen und dann mit einer zweiten, von ihm selbst ausgearbeiteten längeren Rede in die Debatte eingreifen sollte. Als ich mich in der Nacht zum 5. April von ihm verabschiedete, sagte er mir, ich müßte sofort nach der Marokkodebatte einen Erholungsurlaub nehmen, worauf ich ihm riet, nach den letzten aufreibenden Wochen vor allem an sich selbst zu denken. Mehr als das Übermaß von täglicher amtlicher Arbeit hatte der Konflikt mit Herrn v. Holstein an seinen Nerven gezehrt. Kurz vor Beginn der Sitzung am 5. April teilte er mir mit, daß der Staatssekretär v. Tschirschky in seinem Auftrag am Vormittag das Abschiedsgesuch Holsteins dem Kaiser vorgetragen habe und daß die Entlassung gern erteilt worden sei.

Bei der ersten die Debatten einleitenden Rede fiel auf, daß sie Fürst Bülow nicht mit der gewohnten Frische vortrug. Die rein sachlichen Darlegungen wurden nur durch wenige Zurufe von links unterbrochen und erhielten zum Schluß Beifall von rechts und der

Mitte. Als erster Redner aus dem Hause sprach sich der Abg. Frhr. v. Hertling für das Zentrum im allgemeinen zustimmend aus. Die Haltung Rußlands auf der Konferenz bezeichnete er als recht unfreundlich und fügte den Wunsch hinzu, daß dieses Reich nun endlich durch freiheitliche Einrichtungen in die Reihe der Kulturstaaten einrücken möge. Dann kam der Abg. Bebel mit einer scharfen Kritik an die Reihe, bei der er wiederholt das Gesicht dem auf seinem Platz neben der Rednertribüne sitzenden Reichskanzler zukehrte. Bebel verurteilte den Zickzackkurs in der Marokkofrage und besonders die Tangerreise, die viel dazu beigetragen habe, Deutschland zu isolieren; unter Bismarck wäre sie undenkbar gewesen, auch hätte Bismarck eine solche Konferenz nicht veranlaßt, sondern ohne Bloßstellung genommen, was zu erreichen gewesen wäre. Bebel machte dann einen heftigen Ausfall gegen die Liebedienerei vor Rußland. Plötzlich brach er seine Rede ab, der Präsident Graf Stolberg-Wernigerode sprang von seinem Sessel auf und deutete mit erschreckter Miene auf den Kanzler, der in sich zusammengesunken war. Abgeordnete eilten aus dem Saale über die Stufen zu der Ministerbank herauf und stützten den Körper des Kanzlers, damit er nicht zu Boden gleite. Als der Ohnmächtige auf einer Couchette nach dem Zimmer des Präsidenten überführt wurde, hörte ich einen konservativen Abgeordneten mit gedämpfter Stimme sagen: „Das war uns Marokko nicht wert."

In der ersten großen Reichstagsrede, die Fürst Bülow nach seiner völligen Wiedergenesung gehalten hat (14. November 1906), befindet sich eine Stelle, mit der ich diese Erinnerungen schließen will. Sie lautet: „Wenn man auf den Fürsten Bismarck hingewiesen hat, so wird ein eingehendes Studium der Reden wie der Handlungen dieses unvergleichlichen Staatsmannes jeden davon überzeugen, daß seine Größe nicht im Sporenklirren, Kürassierstiefeln und nicht im Rasseln mit dem Pallasch bestand, sondern im rechten Augenmaß für Menschen und Dinge. Das Dogmatisieren des Fürsten Bismarck ist bei uns nicht nur zu einer Manie, sondern beinahe zu einer Kalamität geworden. Wir laborieren an dem mißverstandenen Fürsten Bismarck."

Nachwort.

Vorliegende Schrift, die eine folgenschwere Übergangsperiode deutscher Politik zu schildern versucht, ist während des Sommers 1918 verfaßt und im September in Druck gegeben worden. Was sich inzwischen auf der Weltbühne ereignet hat, konnte den Verfasser nicht veranlassen, Änderungen an dem Inhalte des Buches vorzunehmen oder sein Erscheinen aufzuhalten. Der stolze Reichsbau des eisernen Kanzlers liegt in Trümmern. Der echte Bismarck wird als größter Staatsbildner seiner Zeit fortleben, den mißverstandenen Bismarck — und auch den irrenden — hat der Weltkrieg erschlagen.

Berlin, am 10. November 1918.

Brief des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury.

(Übersetzung.)

Berlin, den 22. November 1887.

Seiner Exzellenz
dem Grafen von Salisbury
usw. usw. usw.

Herr Marquis!

Aus den Besprechungen, welche zwischen Euer Exzellenz und dem Grafen Hatzfeldt stattgefunden haben, um den Wert genau festzustellen, den England den zwischen Österreich und Italien mit Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen dieser beiden Mächte im Orient getroffenen Vereinbarungen beimißt, habe ich die Überzeugung geschöpft, daß ein direkter Gedankenaustausch zwischen uns den Interessen unserer beiden Länder nützlich sein und dazu beitragen könnte, auf der einen wie der anderen Seite einige derjenigen Zweifel zu beseitigen, die hinsichtlich der politischen Ziele, welche wir gegenseitig verfolgen, bestehen können.

Unsere beiden Nationen haben in der Tat so viele gemeinsame Interessen, und es gibt nur eine so kleine Anzahl von Punkten, wo Verschiedenheiten in den Anschauungen entstehen können, daß wir in der Lage sind, in unseren gegenseitigen Mitteilungen eine größere Freimütigkeit walten zu lassen, als dies die Gepflogenheiten unserer Diplomatie gewöhnlich mit sich bringen. Das Vertrauen, welches wir gegenseitig in die persönliche Aufrichtigkeit des einen wie des anderen setzen, erlaubt es uns, jener Freimütigkeit einen noch größeren Umfang einzuräumen. Was die englische Politik anbetrifft, so gewährt die Öffentlichkeit der parlamen-

tarischen Regierungsform in England uns eine genügende Quelle von Informationen, während die weniger durchsichtige Weise, in der bei uns die Geschäfte erledigt werden, der Anlaß zu schwer zu vermeidenden Irrtümern werden kann, wie z. B. zu demjenigen, welchen Euer Exzellenz begehen, wenn Sie die Befürchtung aussprechen, daß der Prinz Wilhelm, wenn er dermaleinst die Zügel der Regierung in der Hand hielte, prinzipiell zu einer antienglischen Politik hinneigen könnte. Weder dieses noch das Gegenteil wäre in Deutschland möglich. Ebensowenig wie S. K. H. der Kronprinz einst, als König, seine Politik von englischen Eingebungen würde abhängig machen können oder wollen, ebensowenig würde der Prinz Wilhelm, falls er sich an dessen Stelle befinden sollte, daran denken oder in der Lage sein, seine Politik den ihm aus Petersburg zukommenden Winken entsprechend einzurichten. Beide Fürsten werden, wenn sie zur Regierung berufen sein werden, der eine wie der andere, dieselbe Richtschnur verfolgen: indem sie sowohl ihren persönlichen Gefühlen als auch dem Zwange der monarchischen Tradition gehorchen, werden und können sie sich nur durch die Interessen des Deutschen Reiches beeinflussen lassen. Der zur Wahrung dieser Interessen einzuschlagende Weg ist aber in so zwingender Weise vorgeschrieben, daß es unmöglich ist, von ihm abzuweichen. Es wäre widersinnig, anzunehmen, daß die Regierung einer Nation von 50 Millionen Einwohnern — bei dem Maße von Zivilisation und der Macht der öffentlichen Meinung, wie sie in Deutschland vorhanden ist — diesem Lande die Leiden, welcher ein jeder große, auch ein siegreicher Krieg im Gefolge hat, auferlegen würde, ohne der Nation genügende schwerwiegende und schlagende Beweise zu geben, um die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen. Mit einem Heere wie dem unserigen, welches sich ohne Unterschied aus allen Klassen der Bevölkerung zusammensetzt, welches die Gesamtheit der Lebenskraft des Landes darstellt und nichts anderes als ein Volk in Waffen ist, mit einem solchen Heere sind die Kriege der verflossenen Jahrhunderte, welche die Folge von dynastischen Stimmungen und Verstimmungen oder monarchischen Ehrgeizes waren, nicht mehr zu führen. Seit fast einem Vierteljahrhundert bildet Deutschland jährlich 150 000 Soldaten aus, so daß es heute

über drei bis vier Millionen Mann zwischen 20 und 45 Jahren, die alle im Dienst ausgebildet sind, verfügen kann. Für diese große Masse von Leuten besitzen wir nicht nur die notwendigen Waffen und Ausrüstungsgegenstände, sondern sogar die Offiziere und Unteroffiziere, um sie in den Kampf zu führen. Unsere Kaders sind vollständig, — ein Vorteil, dessen sich, was Offiziere und Unteroffiziere anbelangt, keine andere Nation rühmen kann.

Diese Millionen von Männern eilen ohne Ausnahme zu den Fahnen und ergreifen die Waffen, sobald ein ernsthafter Krieg die nationale Unabhängigkeit und den Bestand des Reiches bedroht. Aber dieser große Kriegsapparat ist zu gewaltig, um selbst in unserem, vom monarchischen Gefühl erfülltem Lande willkürlich durch den bloßen Willen des Königs in Bewegung gesetzt zu werden; es würde vielmehr der Übereinstimmung der Fürsten und Völker dieses Reiches in dem Glauben bedürfen, daß das Vaterland, seine Unabhängigkeit und seine neugeschaffene Einheit in Gefahr schwebt, um eine so große Zahl von Leuten ohne Gefahr zur Aushebung zu bringen. Daraus folgt, daß unser militärischer Apparat in erster Linie defensiver Natur und nur bestimmt ist, in Bewegung gesetzt zu werden, wenn die Nation die Überzeugung gewonnen hat, daß es sich um die Abwehr eines Angriffs handelt. Deutschland wird daher seiner Organisation nach kaum einen anderen als einen Defensivkrieg führen. Wendet man das Vorstehende auf einen konkreten Fall an, so ergibt sich aus der Lage der Dinge in Deutschland, daß die Reichsregierung gegenüber dem Volke die Verantwortung für einen Krieg nicht übernehmen könnte, in welchem andere als deutsche Interessen, z. B. orientalische Interessen, auf dem Spiel ständen. Der Sultan ist unser Freund und wir haben alles Wohlwollen für ihn. Aber von hier bis dahin, sich für ihn zu schlagen, ist ein weites Stück Wegs, den zu überschreiten wir dem deutschen Volke nicht zumuten können.

Durch vorstehende Erklärungen will ich nicht die Annahme hervorrufen, als ob nur ein unmittelbarer Angriff auf unsere Grenzen den Ruf zu den Waffen in Deutschland rechtfertigen würde. Das Deutsche Reich hat drei Großmächte zu Nachbarn und offene Grenzen. Es darf daher die Frage der Koalitionen

nicht aus dem Auge lassen, die sich gegen dasselbe bilden könnten. Nehmen wir an, daß Österreich besiegt, geschwächt oder uns feindlich gesinnt wäre, so würden wir auf dem europäischen Kontingent isoliert dastehen in Gegenwart von Rußland und Frankreich und angesichts der Möglichkeit einer Koalition dieser beiden Mächte. Unser Interesse gebietet uns, und sei es mit der Waffe, zu verhindern, daß eine derartige Lage der Dinge eintritt. Die Existenz Österreichs als einer starken und unabhängigen Großmacht ist für Deutschland eine Notwendigkeit, an der die persönlichen Sympathien des Herrschers nichts zu ändern vermögen. Österreich, ebenso wie Deutschland und das heutige England, gehört zu der Zahl der zufriedenen, „saturierten", um mit dem verstorbenen Fürsten Metternich zu sprechen, und folglich friedliebenden und erhaltenden Mächte. Österreich und England haben in aufrichtiger Weise den statusquo des Deutschen Reichs anerkannt und haben kein Interesse, dasselbe geschwächt zu sehen. Frankreich und Rußland dagegen scheinen uns zu bedrohen: Frankreich, indem es den Traditionen der letzten Jahrhunderte treu bleibt, wo es sich als den beständigen Feind seiner Nachbarn erwiesen hat, und infolge des französischen Nationalcharakters; Rußland, indem es heute Europa gegenüber die für den europäischen Frieden beunruhigende Haltung einnimmt, welche Frankreich unter den Regierungen Ludwigs XIV. und Napoleons I. kennzeichnete. Es ist auf der einen Seite der slawische Ehrgeiz, der die Verantwortung für diesen Zustand der Dinge trägt; andererseits muß man die Gründe für die herausfordernde Haltung Rußlands und seiner Armeen in den innerpolitischen Fragen suchen: die russische Umsturzpartei erhofft von einem auswärtigen Kriege die Befreiung von der Monarchie; die Monarchisten, im Gegensatz, erwarten von demselben Kriege das Ende der Revolution. Man muß auch das Bedürfnis in Betracht ziehen, eine müßige und zahlreiche Armee zu beschäftigen, den Ehrgeiz ihrer Generale zu befriedigen und die Aufmerksamkeit der Liberalen, welche Verfassungsänderungen verlangen, auf die auswärtige Politik abzulenken.

Angesichts dieser Sachlage müssen wir die Gefahr, unseren Frieden von seiten Frankreichs und Rußlands getrübt zu sehen, als eine beständige erachten. Unsere Politik wird daher notgedrungener-

weise dahin zielen, uns Bündnisse zu sichern, welche sich uns, angesichts der Möglichkeit, gleichzeitig unsere beiden mächtigen Nachbarn bekämpfen zu müssen, darbieten. Falls das Bündnis mit den befreundeten, von *denselben* kriegerischen Nationen bedrohten Mächten uns in Stiche ließe, so würde unsere Lage in einem Kriege nach beiden Grenzen nicht eine verzweifelte sein; aber der Krieg gegen das vereinte Frankreich und Rußland würde, selbst angenommen, daß er als militärischer Erfolg ebenso ruhmvoll für uns endigen würde wie der siebenjährige Krieg, immerhin ein so großes Unglück für das Land sein, daß wir versuchen würden, ihn uns durch eine freundschaftliche Verständigung mit Rußland zu ersparen, für den Fall, daß wir denselben *ohne Bundesgenossen* führen müßten. Solange wir aber nicht die Gewißheit haben, von denjenigen Mächten, deren Interessen mit den unserigen identisch sind, im Stiche gelassen zu werden, wird kein deutscher Kaiser eine andere Politik verfolgen können als diejenige, die Unabhängigkeit der befreundeten Mächte zu verteidigen, welche, wie wir, mit der gegenwärtigen politischen Lage in Europa zufrieden und bereit sind, ohne Zaudern und ohne Schwäche zu handeln, wenn ihre Unabhängigkeit bedroht wäre. Wir werden also einen russischen Krieg vermeiden, solange es mit unserer Ehre und unserer Sicherheit vereinbar ist und solange die Unabhängigkeit Österreichs-Ungarns, dessen Bestand als Großmacht für uns eine Notwendigkeit allerersten Ranges ist, nicht in Frage gestellt wird. Wir wünschen, daß die befreundeten Mächte, welche im Orient Interessen zu beschützen haben, die nicht die unserigen sind, durch ihren Zusammenschluß und durch ihre Streitkräfte sich stark genug machen, um das russische Schwert in der Scheide zu halten oder um demselben Widerstand leisten zu können, falls die Umstände zu einem Bruch führen sollten. Solange kein deutsches Interesse dabei auf dem Spiele stände, würden wir neutral bleiben; aber unmöglich ist die Annahme, daß jemals ein deutscher Kaiser Rußland *die Unterstützung* seiner Waffen leihen könnte, um ihm zu helfen, eine derjenigen Mächte niederzuwerfen oder zu schwächen, auf deren Beistand wir rechnen, sei es, um einen Krieg mit Rußland zu verhindern, sei es, um uns zu helfen, ihm die Stirn zu bieten. Von diesem Gesichtspunkte aus wird die deutsche

Politik immer gezwungen sein, in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, wenn die Unabhängigkeit Österreich-Ungarns durch einen russischen Angriff bedroht wäre oder England oder Italien Gefahr liefen, durch französische Heere überflutet zu werden. Die deutsche Politik steuert daher gezwungenerweise einen Kurs, der ihr durch die politische Lage Europas vorgeschrieben ist und von dem sie weder die Stimmungen noch Verstimmungen eines Monarchen oder eines leitenden Ministers abweichen lassen könnten.

Ich schmeichle mir der Hoffnung, daß Euer Exzellenz die Richtigkeit der Schlußfolgerungen des vorstehend gekennzeichneten Gedankenganges anerkennen werden. Was mich betrifft, so wiederhole ich, daß ich darin in so zwingender Weise die Prinzipien der Politik, welche Deutschland jetzt und in Zukunft zu befolgen gezwungen ist, erkenne, daß selbst die wärmsten Sympathien für eine fremde Macht oder für irgendeine politische Partei niemals einem deutschen Kaiser oder seiner Regierung die Möglichkeit offen lassen würden, davon abzuweichen.

Ich bitte usw.

gez. Fürst Bismarck.

Namenverzeichnis.

Abdul Hamid, Sultan 6.
Albert, Fürst von Monako 125.
Alexander II., Zar 24 f., 43, 94.
Alexander III., Zar 32 f., 57 f., 61.
Alexejew, russ. General 83, 98.
Alvensleben, Graf, Botsch. 84.
Andrassy, Graf, österreichischer Minister 24, 41.
Arndt, E. M. 70.
Asquith, englischer Ministerpräsident 16, 51 f.

Badeni, Graf, österreichischer Minister 112.
Balfour, englischer Minister 93, 115, 117.
Barrès, franz. Schriftsteller 140.
Barrère, französischer Botschafter 105, 125.
Bebel, August 78, 122, 152.
Begas, Bildhauer 69.
Behr-Bandelin, Graf, Kammerherr 29.
Bergmann, Prof. 69.
Bernardiston, britischer Attaché, 135.
Bernstein, sozialistischer Abgeordneter 78.
Bernstorff, Graf, Botschaftsrat 113.
Bihourd, französischer Botschafter 138, 146.
Bismarck, Fürst 3, 14, 18, 20 ff., 29 ff., 32 ff., 38 ff., 43, 47, 54 ff., 63, 67, 74 f., 86, 94 f., 105, 136, 152, 154 ff.
Bismarck, Fürst Herbert 53, 84.
Blum, Hans 37.
Bonnal, französischer General 110.
Bourgeois, franz. Minister 150.
Botha, Burengeneral 115.
Böttticher, v., Minister 3, 66.
Brauer, v., Geh. Leg.-Rat 33.
Brodrick, englischer Minister 62.
Bucher, Lothar 29.
Büchmann, Georg 70.
Bu Hamara, marokkanischer Prätendent 118.
Bülow, Fürst 2 f., 10, 12 f., 43 f., 48 f., 53 ff., 63 ff., 65—80, 83 ff., 93, 100 ff., 110, 121 ff., 134 ff., 140 ff., 149 ff.
Bülow, v., Generalmajor 2.
Burzew, russischer Agent 141.

Cambon, franz. Botschafter 118 ff.
Caprivi, Graf, Reichskanzler 13, 15, 28, 30 ff., 37, 66, 68, 74, 115.
Caran d'Ache, franz. Zeichner 123.
Carlos, König von Portugal 49, 133.
Carnot, französ. Präsident 30.
Castro, Präsident von Venezuela 117 ff.
Cato 74.
Chamberlain, englischer Minister 16, 46 ff., 56, 81, 85, 89.
Chambers, Oberrichter 53.
Chiroll, V., Vertreter der „Times" 100.
Cohen, Dr., Arzt 25.
Combes, franz. Minister 109, 118.

Courcel, Baron, französischer Botschafter 148.
Cranborne, Lord, englischer Minister 84, 101.
Crispi, italienischer Minister 27, 37, 105.

Daudet, Léon, französischer Schriftsteller 140.
Decazes, Herzog v., französischer Minister 24.
Delaray, Burengeneral 115.
Delcaffé, franz. Minister 55 ff., 90 ff., 100 ff., 105 ff., 121, 125 f., 132 ff., 141, 145 ff.
Derenthal, Frhr. v., Botschafter 5.
Deschanel, französischer Staatsmann 91.
Dewet, Burengeneral 115 f.
Dinder, Erzbischof 36.
Dönhoff, Graf 3.
Dostojewski, russ. Schriftsteller 34.
Dreyfus 109.
Ducarne, belgischer Generalstabschef 135.

Eckardt, Julius v., Schriftsteller 39 f.
Eckardstein, Frhr. v. 81, 86 ff.
Eduard VII., König von England 58 f., 89, 97, 126 ff.
Elisabeth, Königin von England 101.
Engels, Sozialist 30.

Faure, Präsident von Frankreich 34, 110.
Fischer, Justizrat 100.
Fitzgerald, Admiral 135, 143.
Franz Joseph, Kaiser 4, 9, 41.
Friedrich Wilhelm, Großer Kurfürst 19.
Friedrich Wilhelm I. 19.
Friedrich der Große 19, 43.
Friedrich III. 21, 155.

Galster, Vizeadmiral 145 f.
Gambetta, franz. Staatsmann 25.
Georg, Prinz von Griechenland 6, 15.
Giolitti, italienischer Minister 107.
Gladstone, englischer Ministerpräsident 29.
Göhre, Sozialdemokrat 78.
Goluchowski, Graf, österreichischer Minister 9, 87, 107, 120.
Gortschakoff, Fürst, russischer Kanzler 22 ff., 41, 58.
Goethe 69.
Granville, englischer Minister 29.
Greindl, Baron, belgischer Gesandter 144.
Grey, englischer Minister 16, 50 ff., 149.
Grillparzer, Dichter 112.
Grootven, van, belg. Diplomat 149.

Haller, Joh., Historiker 21.
Hanotaux, franz. Minister 6 f., 9, 55.
Harcourt, engl. Staatsmann 16.
Harnack, v., Generaldirektor 69.
Hatzfeldt, Graf, Botschafter 46 ff., 86 ff., 104, 154.
Hayaschi, Graf, japan. Botschafter 87 ff., 97 ff.
Heine, Wolfgang, Sozialist 78.
Heinrich, Prinz von Preußen 110, 127.
Hertling, Frhr. v., Reichstagsabgeordneter 152.
Hintze, Otto, Historiker 29.
Hohenlohe, Fürst, Reichskanzler 2 ff., 12, 21, 32, 37 f., 44, 65 ff., 75.
Hohenlohe, Prinz Alexander 67.
Hohenlohe, Prinzessin Amalie 67.
Holleben, v., Botschafter 5, 111.
Hollmann, Admiral 66.
Holstein, v., Wirkl. Geh. Rat 4 ff., 48 ff., 53, 59, 75, 78 f., 81 ff., 87 ff., 92, 95, 100, 111, 127 f.

Huhn, Arthur v., Vertreter der „Köln. Zeitung" 67.
Humbert, König von Italien 3 ff., 12.
Huret, Jules, französischer Schriftsteller 140.

Jacobi, Hugo, Journalist 40.
Jagow, v., Botschafter 1, 50.
Jaurès, französischer Sozialist 110, 118, 133, 137 ff., 141, 147.
Jörg, Abgeordneter 34.
Irmer, Leg.-Rat 53.
Ito, Marquis, japanischer Staatsmann 96 ff.

Kämmel, Professor 31.
Katharina II., Zarin 19.
Katsura, Vicomte, japanischer Staatsmann 96 f.
Ketteler, Fr. v., Gesandter 61.
Kiderlen-Wächter, v., Diplomat 1.
Kitchener, Lord, englischer General 45.
Kjellen, Historiker 29.
Klehmet, Geh. Leg.-Rat 147.
Komura, Graf, japanischer Staatsmann 96 ff.
Konrad v. Würzburg 70.
Koscielski, v., Abgeordneter 37.
Köster, Dr. A., Schriftsteller 28.
Kramarsch, Jungtscheche 112.
Krauel, Geh. Rat 53.
Krüger, Präsident 42, 46, 55, 129.
Kühlmann, v., Diplomat 133.
Kuropatkin, russischer Kriegsminister 59.

Lamsdorff, Graf, russischer Minister 98, 110, 120.
Lansdowne, englischer Minister des Auswärtigen 81 ff., 88, 92, 97 ff., 101, 111, 115, 118 ff., 135.
Lanza, Graf, ital. Botschafter 108.
Lascelles, englischer Botschafter 90, 59, 87.
Lawther, englischer Diplomat 134.
Lee, Lord, englischer Minister 135, 143.
Lensch, Paul, Schriftsteller 77.
Leyds, Gesandter von Transvaal 116.
Lichnowsky, Fürst v., Botschafter 50 ff., 81.
Liebermann, Max, Maler 69.
Li-hung-tschang, chinesischer Staatsmann 10.
Liszt, Franz 69.
Loubet, französischer Präsident 118, 124 ff.
Ludwig XIV. 22, 157.

Mac Donald, Sir Claue 97.
Makart, Maler 69.
Malietoa, samoanischer Häuptling 53.
Marchand, französischer Afrikaforscher 45, 55.
Marcks, Erich, Geschichtschreiber 33.
Marie Christine, Regentin von Spanien 119.
Marschall, Frhr. v., Staatssekretär 2 f., 5 f., 10 f., 32, 66, 100, 139.
Marx, Sozialist 30.
Mataafa, samoanischer Häuptling 53.
Maupassant, französischer Schriftsteller 147.
Meinecke, Fr., Professor 29.
Menebbi, marokkanischer Minister 91.
Menelik, König von Abessinien 105.
Menzel, Ad. v. 69.
Metternich, Fürst 157.
Metternich, Graf, Botschafter 93, 113, 135.
Milner, Lord 55.
Miquel, v., Finanzminister 66 ff.
Moltke, Graf, Gen.-Feldmarschall 28.
Monod, französischer Geschichtschreiber 140.

Montesquieu, französischer Geschichtschreiber 69.
Monts, Graf, Botschafter 43.
Mühlberg, v., Unterstaatssekretär 60, 128, 150.
Mulay, Abdelmalek, marokkanischer Minister 133.
Murawiew, Graf, russischer Minister 7, 9, 57 f.

Napoleon I. 19, 22, 157.
Napoleon III. 20 f.
Nicolaus II., Zar 15, 32 ff., 81, 110, 114, 120 ff., 141 ff.
Nieberding, Staatssekretär des Reichsjustizamts 66.
Noailles, Marquis, franz. Botschafter 6.
Northcliffe, Lord 115.

Oncken, Hermann, Geschichtschreiber 18, 29, 32, 37.
Osten-Sacken, Graf, Botschafter 58.

Pascal, Blaise, französischer Schriftsteller 69 f.
Pauncefote, englischer Botschafter 111, 129.
Peter der Große, Zar 19.
Peters, Karl, Afrikareisender 29.
Plato 69.
Podbielski, v., Minister 66.
Posadowsky, Graf, Staatssekretär 5, 66, 114.
Poschinger, H. v., Schriftsteller 39.
Prinetti, ital. Minister 107, 109.

Racine 70.
Radolin, Fürst, Botschafter 125 ff., 137 f., 146.
Radowitz, v., Botschafter 146, 149.
Raffel, Dr. 53.
Ranke, Leopold v., Geschichtschreiber 69.
Raschdau, L., Diplomat 23, 26, 33 ff.
Renan, französischer Gelehrter 140.
Reventlow, Graf Ernst, Geschichtschreiber 25, 90, 93.
Reventlow, Graf, Abg. 123.
Révoil, französischer Diplomat 139.
Richter, Eugen, Abgeordneter 9.
Richthofen, Frhr. v., Staatssekretär 5, 48, 79, 114, 127 ff.
Robolsky, Hermann, Schriftsteller 39 f.
Rohrbach, Paul, Schriftsteller 74.
Roberts, Lord 83.
Rolland, Romain, französischer Dichter 141.
Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten 111, 147.
Rosen, Baron, russischer Gesandter 11, 98.
Rosen, Dr., deutscher Gesandter 138 f.
Rouvier, französischer Minister 137 ff., 145, 148 f., 150.
Rotenhan, Frhr. v., Unterstaatssekretär 5.

Saburof, russischer Botschafter 25.
San Giuliano, ital. Minister 109.
Salisbury, Lord, englischer Minister 6 ff., 16, 27 ff., 42 ff., 46 ff., 57, 81 ff., 86 ff, 97, 101, 104, 111, 154 ff.
Sattler, Abgeordneter 122.
Saurma, Graf, Botschafter 5.
Schegolow, russischer Agent 141.
Schiemann, Th., Professor 100, 132, 140.
Schmoller, Professor 69.
Seckendorff, Graf, Oberhofmeister 126 f.
Seymour, Admiral 61.
Silvela, span. Minister 119.
Skobeleff, russischer General 24.
Stablewski, v., Erzbischof 36.
Stephan, v., Staatssekretär 66.
Stolberg-Wernigerode, Graf, Reichstagspräsident 152.

Szögyeny, v., österr. Botschafter 108.

Taillandier, Saint René, französischer Diplomat 132 ff., 134.
Taine, französischer Historiker 69, 140.
Talleyrand, Fürst v., französischer Staatsmann 69.
Tana, samoanischer Häuptling 53.
Tardieu, André, franz. Schriftsteller 100.
Tatitschew, russ. Diplomat 115.
Tattenbach, Graf, Gesandter 5, 134 ff., 138, 147.
Thielen, v., Minister 67.
Thielmann, v., Staatssekretär 5, 66.
Tirpitz, v., Admiral 66, 145.
Tittoni, italienischer Minister 125.
Treitschke, H. v., Geschichtschreiber 2.
Trubetzkoi, Fürst 11, 97, 149.
Tschirschky, von, Staatssekretär 142 ff., 150.
Tschertkow, russischer General 110.

Uchtomski, Fürst 120.

Vallier, Graf St., französischer Diplomat 37, 40, 95.
Varnbüler, Frhr. v., württembergischer Minister 24.
Vassel, Konsul 132.
Vassos, griechischer Oberst 6 ff.
Venosta, Visconti, italienischer Diplomat 140 ff.
Verdy, v., Kriegsminister 28.
Viktor Emanuel III., König 124 ff.
Viktoria, Kaiserin 41.
Viktoria, Königin von England 56, 59.
Virchow, Rudolf 69.
Vollmar, v., Sozialist 78.

Waddington, französischer Minister 25.
Waldeck-Rousseau, französischer Minister 109.
Waldersee, Graf, Feldmarschall 28, 62 f, 68, 89, 115.
Wagner, Ad., Nationalökonom 69, 75.
Wechßler, Eduard, Schriftsteller 140.
Welsersheimb, Graf, österreichischer Diplomat 149 ff.
Wesselitzki-Boschidarowitsch, russischer Journalist 115.
White, amerikanischer Diplomat 150.
Wilmowski, Frhr. v. 66.
Witte, Graf, russischer Minister 11, 98.

Zarnadelli, italienischer Minister 107.
Zedlitz-Trützschler, Graf, Kultusminister 36.

943.08 H224 84225

Duke University Libraries
D02511251H